

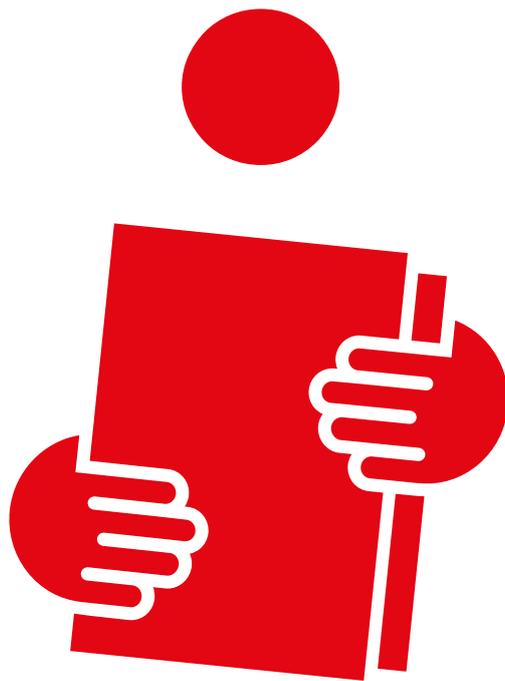
Geschäftsbericht des Jahres 2016

Sparkasse Südholstein - Der Unterschied beginnt beim Namen.



Wenn's um Geld geht

Sparkasse
Südholstein



spk-suedholstein.de



191. GESCHÄFTSJAHR

Die Sparkasse Südholstein ist zum 1.8.2005 mit bilanzieller Wirkung zum 1.1.2005 aus der Kreissparkasse Südholstein und der Stadtparkasse Neumünster hervorgegangen.

Träger der Sparkasse ist der Zweckverband Sparkasse Südholstein.

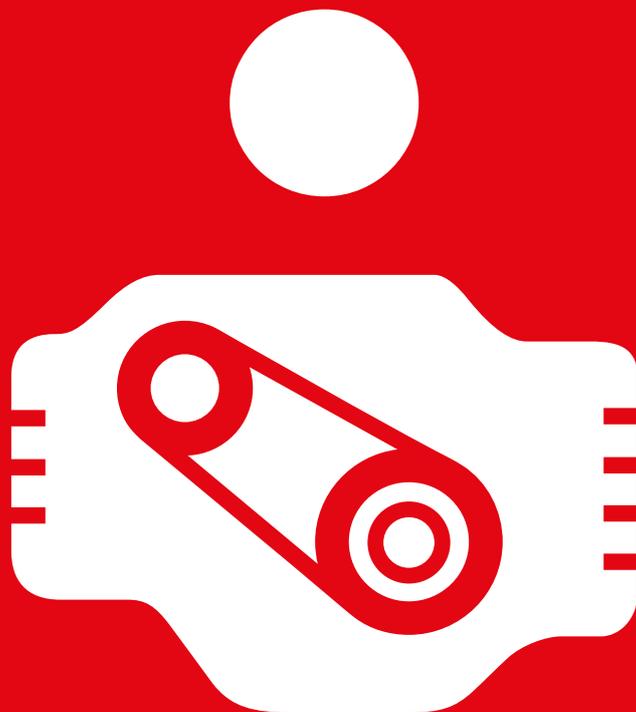
Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein und damit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angeschlossen.



INHALTSVERZEICHNIS

Lagebericht	5
A. Rahmenbedingungen	5
B. Wirtschaftsbericht	7
C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht	16
D. Schlussbemerkung	30
Sonstige Angaben	32
Bericht des Verwaltungsrates	34
Jahresabschluss	37
Anhang	42
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	63

Brummen ist einfach.



LAGEBERICHT

A Rahmenbedingungen

A.1 Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse Südholstein bietet in ihrem Geschäftsgebiet ein umfassendes Angebot an Finanzdienstleistungen für private und gewerbliche Kunden sowie Kommunen an.

Als Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Neumünster ist die Sparkasse Südholstein Mitglied im Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein (SGVSH), Kiel, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin und Bonn, angeschlossen.

Der Träger der Sparkasse ist der Zweckverband Sparkasse Südholstein, bestehend aus den Kreisen Pinneberg und Segeberg sowie den Städten Neumünster und Uetersen. Das Geschäftsgebiet der Sparkasse erstreckt sich folglich auf den Kreis Pinneberg, den Kreis Segeberg, die Stadt Neumünster und andere angrenzende Gemeinden sowie die Freie und Hansestadt Hamburg.

Die Sparkasse ist ein regionales Kreditinstitut mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft - insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet - sicherzustellen. Zur Förderung des Gemeinwohls im Geschäftsgebiet unterstützt die Sparkasse mittels Spenden aus eigenen Mitteln bzw. die Stiftung der Sparkasse Südholstein verschiedenste Aktivitäten.

Die Sparkasse gehört dem Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein an. Der Sparkassenstützungsfonds ist Bestandteil des als Einlagensicherungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der angehörenden Institute der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen nach dem EinSiG erfüllt werden kann („Einlagensicherung“). Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die angehörenden Institute selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („Institutssicherung“).

Die Mittel für das Sicherungssystem werden durch Beiträge von den angehörenden Instituten erbracht. Der Gesetzgeber sieht vor, dass das Sicherungssystem seine finanziellen Mittel bis zum 3. Juli 2024 aufbaut. Die gesetzliche Zielausstattung beträgt dabei 0,8 % der gedeckten Einlagen der Mitglieder des Sicherungssystems. Die Höhe der Beiträge der Mitgliedsinstitute bemisst sich nach aufsichtsrechtlich definierten Risikogrößen. Die Beiträge eines Mitgliedsinstituts steigen mit seinen aufsichtsrechtlichen Risikogrößen an. Damit werden Anreize zu risikobewusstem Verhalten und somit zur Sicherung der Solidität der Mitgliedsinstitute gesetzt. Die

künftigen Einzahlungsverpflichtungen in das nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 43 EinSiG als Einlagensicherungssystem anerkannte institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe belaufen sich für die Sparkasse Südholstein am Bilanzstichtag auf insgesamt rund 10,4 Mio. EUR. Bis zum Erreichen des individuellen Zielvolumens in 2024 sind jährliche Beiträge zu entrichten.

A.2 Strategische Ausrichtung

Der Vorstand hat die strategische Ausrichtung der Sparkasse in der Geschäftsstrategie inklusive ihrer Teilstrategien festgelegt. Die geschäftsstrategischen Ziele werden dabei durch die mittelfristige Planung sowie durch eine Balanced-Scorecard operationalisiert. Des Weiteren hat der Vorstand eine Risikostrategie unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit definiert. Die Strategien werden jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst. Mit der Geschäftsstrategie ist das Geschäftsmodell einer Kundensparkasse determiniert.

Als Kundensparkasse fokussiert sich die Sparkasse Südholstein auf das Privat- und Firmenkundengeschäft in ihrem Geschäftsgebiet. Dabei ist sie dem Gemeinwohl und der Wirtschaftsförderung der Region verpflichtet. Die Sparkasse überzeugt mit Regionalität, hoher Qualität und einem überzeugenden Preis-/Leistungsverhältnis.

Auf dieser Grundlage wird die Sparkasse Südholstein die positive Entwicklung der zurückliegenden drei Jahre fortführen. Sie wird zudem weiterhin die maßgeblichen Veränderungen am Bankenmarkt adressieren, d.h. insbesondere die voranschreitende Digitalisierung, das sich wandelnde regulatorische Umfeld sowie die anhaltende Niedrigzinsphase.

Insbesondere die fortdauernde Phase extrem niedriger Zinsen setzt speziell die klassischen Geschäftsmodelle von Kundenbanken zunehmend unter Druck. Daher wird auch die Sparkasse Südholstein in allen Geschäftsfeldern verstärkt an der Sicherung des Zinsergebnisses arbeiten und zusätzlich das Provisionsgeschäft ausbauen. Auch hierzu wird die Digitalisierung im Kundengeschäft einen zunehmenden Beitrag leisten.

Neben dem weiteren Ausbau des Privatkundengeschäfts wird die Sparkasse auch im Firmenkundengeschäft verstärkt Potentiale zu Ertragssteigerungen heben. Nicht zuletzt aufgrund der Nähe zum wirtschaftsstarken Standort Hamburg ist das Geschäftsgebiet der Sparkasse Südholstein für Firmenkunden attraktiv. Ansätze für zusätzliche Zins- und Provisionserträge bieten hier das breite Firmenkundengeschäft sowie speziell das Bauträger- und Projektgeschäft.

Ergänzend wird die Sparkasse die erfolgreiche Entwicklung des Private Banking fortführen. Dies beinhaltet unter anderem auch den bedarfsorientierten Ausbau der Produktpalette.

Im Privatkundengeschäft wird unter anderem der sich verändernde Kundenbedarf im Vordergrund der Weiterentwicklungen stehen. Hier bedient die Sparkasse schon heute die von den

Kunden bevorzugten Kontaktwege wie beispielsweise über den medialen Vertrieb. Wir erwarten gerade in diesem Geschäftssegment auch in den kommenden Jahren weitere Veränderungen des Kundenverhaltens, nicht zuletzt getrieben von der flächendeckenden Digitalisierung.

Neben dem Ausbau der Ertragsbasis ist die Sicherung der Kostenposition für den nachhaltigen Geschäftserfolg essentiell. Die hierfür erforderliche Anpassung der Personalkapazitäten ist bei der Sparkasse Südholstein weit vorausgeschritten. Dennoch wird dieser Prozess auch künftig schrittweise fortgeführt werden. Entscheidend wird hier die vorausschauende Ausrichtung auf den demografischen Wandel und die Effizienzgewinne durch die Digitalisierung sein.

Im Ergebnis wird die Sparkasse Südholstein auf Basis der zukunftsorientierten Anpassungen auch in den kommenden Jahren ihre Kostenbasis optimieren, die Ertragskraft ausbauen sowie die Kapitalbasis weiter stärken.

Zu Steuerungszwecken bedient sich die Sparkasse hierbei verschiedener finanzieller und nicht-finanzieller Leistungsindikatoren. Als wesentliche Leistungsindikatoren sind insbesondere Folgende zu nennen:

- die Cost-Income-Ratio (CIR),
- das Betriebsergebnis vor Bewertung im Verhältnis zur DBS (Durchschnittsbilanzsumme),
- die Verwaltungskosten im Verhältnis zur DBS,
- das Jahresergebnis nach Steuern im Verhältnis zur DBS und
- die Gesamtkapitalquote im Risikofall der Risikotragfähigkeitsberechnung.

Über diese Indikatoren wird im Wirtschaftsbericht sowie im Prognose-, Chancen- und Risikobericht näher berichtet.

Für die Steuerung relevante nicht-finanzielle Leistungsindikatoren sind im Wesentlichen

- im Personal- und Sozialbereich angesiedelt sowie
- die Beratungsqualität und Kundenzufriedenheit.

Über diese Indikatoren wird im Abschnitt B.3 näher berichtet.

A.3 Restrukturierung der Sparkasse Südholstein

In den Jahren 2009 und 2013 wurde für die Sparkasse Südholstein der Stützungsfall nach Maßgabe des jeweils gültigen Regelwerks des Sparkassenstützungsfonds des SGVSH festgestellt.

Im Rahmen der Restrukturierung wurden erfolgreich Projekte zur Ertragssteigerung sowie zur Kostensenkung durchgeführt. Darüber hinaus wurden der Sparkasse Südholstein von Seiten des SGVSH bzw. seiner Sicherungseinrichtung diverse Instrumente zur Deckung des Kapitalbedarfs zur Verfügung gestellt. 15,6 Mio. EUR wurden in das Stammkapital sowie in die Kapitalrücklage einbezahlt. Per 31. Dezember 2016 standen der

Sparkasse zudem stille Einlagen i.H.v. 63,7 Mio. EUR als hartes Kernkapital zur Verfügung. Des Weiteren bestehen stille Einlagen mit Fälligkeit Ende 2019 i.H.v. 60,0 Mio. EUR, die im Rahmen der Übergangsregelungen gem. CRR teilweise als zusätzliches Kernkapital und teilweise als Ergänzungskapital angerechnet werden können. Ergänzend wurde eine Ausfallbürgschaft (unbare Bilanzhilfe) in Höhe von 30,0 Mio. EUR gewährt. Zum 31. Dezember 2016 war diese Ausfallbürgschaft mit bilanzieller Sicherungswirkung in Höhe von nur noch 19,0 Mio. EUR beansprucht. Ab dem Jahresabschluss für das Jahr 2018 ist eine Rückführung in Höhe von jährlich 5,0 Mio. EUR geplant. Für diese unbare Bilanzierungshilfe besteht keine Vergütungspflicht.

Ferner wurde der Sparkasse im Rahmen des überregionalen Ausgleichs zusätzliches Kernkapital in Höhe von 35,0 Mio. EUR in Form von Contingent Convertible Bonds (ausgestaltet als Herabschreibungsanleihe) gewährt.

Zu der guten Kapitalausstattung der Sparkasse Südholstein hat darüber hinaus die Bildung von versteuerten Reserven aus den Ergebnissen der Jahre 2013 bis inklusive 2016 beigetragen. Hier konnte die Sparkasse Südholstein hartes Kernkapital in Höhe von 58,5 Mio. EUR bilden. Bestehende Zusagen i. H. v. 20 Mio. EUR zur Bereitstellung von weiteren Nachrangmitteln seitens des SGVSH wurden nicht in Anspruch genommen. Die ab dem 1. Januar 2017 durch die Schleswig-Holsteinische Sparkassen-Förderungs GmbH & Co. KG, Kiel, zu marktgerechten Konditionen zugesagten weiteren 40 Mio. EUR Ergänzungskapital im Sinne der CRR, werden zur Zeit ebenfalls nicht in Anspruch genommen.



B Wirtschaftsbericht

B.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und branchenbezogene Rahmenbedingungen

B.1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Statistische Bundesamt hat das reale Wirtschaftswachstum Deutschlands für 2016 in seiner ersten Schätzung auf 1,9 % beziffert (1,7 % für 2015). Deutschland wuchs somit das dritte Jahr in Folge leicht oberhalb seiner Potentialrate und setzte sein stetiges Wachstum fort. Dieses speiste sich vor allem aus der inländischen Verwendung (besonders staatlichem Konsum und Wohnungsbau) bei einem leicht negativen Außenbeitrag und dem Abbau von Vorräten.

Begleitet wurde das Wachstum von einem weiteren Beschäftigungsaufbau am deutschen Arbeitsmarkt um etwa 429.000 Erwerbstätige auf nun 43,5 Mio. Erwerbstätige. Die Zahl der Arbeitslosen sank gegenüber Dezember 2015 um 113.000 auf 2,568 Mio. und eine Quote von 5,8 %.

Die Verbraucherpreise sind besonders infolge der niedrigen Energiepreisentwicklung auch in 2016 mit 0,5 % (2015: 0,3 %) nur leicht gestiegen. Da die Energiepreise gegenüber dem Vorjahr aktuell deutlich höher notieren, dürfte die Inflationsrate 2017 steigen, wenngleich sie unterhalb des EZB-Inflationsziels von knapp 2,0 % verharren sollte.

B.1.2 Entwicklung des Zinsniveaus

Die EZB hat im März des Jahres 2016 eine Ausweitung ihrer monatlichen Anleihenkäufe auf 80 Mrd. EUR vorgenommen und die Auflage neuer gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte durchgeführt, da die Verbraucherpreissteigerungsrate im Euroraum auch 2016 weit unterhalb von 2 % lag und auch im Ausblick für 2017 und 2018 bleiben sollte. Zusammen mit den steigenden Energiepreisen, der sich im Euroraum stabilisierenden Konjunktur und der Erwartung einer globalen Reflation, seit der Wahl Trumps zum amerikanischen Präsidenten, sind seit Oktober die mittelfristigen Inflationserwartungen gestiegen, wodurch sich die Deflationsgefahr deutlich verringert hat. Die monatlichen Ankaufprogramme wurden im Dezember um 9 Monate bis Ende 2017 bei einem Volumen von 60 Mrd. EUR verlängert, sodass eine rasche Fortsetzung des Anstiegs der Kapitalmarktzinsen, wie sie sich im vierten Quartal 2016 ereigneten, unwahrscheinlich erscheint. Dies gilt auch, weil keine weitere Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in der Eurozone erwartet wird und der Druck auf die Inflation hierdurch nicht spürbar zunehmen sollte.

B.1.3 Wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsgebiet

Im vierten Quartal 2016 ist der IHK-Konjunkturklimaindex für Schleswig-Holstein auf einen Wert von 113,5 Punkten angestiegen. Der entsprechende Vorjahreswert von 122 Punkten wurde jedoch nicht wieder erreicht. Grundpfeiler der wirtschaftlichen

Entwicklung in Schleswig-Holstein ist weiterhin der robuste Binnenmarkt aufgrund des hohen Beschäftigungsniveaus.

Die Geschäftslage in der Industrie wird als überwiegend befriedigend bewertet. Die Dienstleistungswirtschaft erweist sich unverändert als Garant für die stabile Konjunktorentwicklung im Norden. Vor allem unternehmensbezogene Dienstleister bewerten die gegenwärtige Geschäftslage als gut und blicken mit Zuversicht in das Jahr 2017. Die Lage für die Bauwirtschaft ist weiterhin robust und befindet sich auf einem hohen Niveau. Mit Blick auf den Frühlingsanfang deuten die Zukunftserwartungen des Baugewerbes auf eine weitere Stimmungsverbesserung hin. Die Lagebeurteilung im Einzelhandel hat sich durch das Weihnachtsgeschäft verbessert, bleibt aber vorsichtig. Angesichts eines höheren Transportaufkommens ist die Stimmung im Verkehrsgewerbe gestiegen.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt war in 2016 positiv. So ergab sich ein Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen (+2.000) und auch die Zahl der Arbeitslosen sank im Jahresdurchschnitt auf 95.700.

Die schleswig-holsteinische Wirtschaft ist durchaus positiv ins Jahr 2017 gestartet. Die Unternehmen beurteilen die weiteren Zukunftsaussichten jedoch aufgrund innen- und außenpolitischer Unsicherheiten vorsichtiger als im Vorjahr.

B.1.4 Entwicklungs- und Wettbewerbssituation der Kreditwirtschaft

Das Geschäftsumfeld der deutschen Banken war im Jahresverlauf durch drei große Einflussfaktoren geprägt: regulatorische Anforderungen, ein weiterhin historisch niedriges Zinsniveau sowie die fortschreitende Digitalisierung.

Bezüglich der vielfältigen Regulierungsmaßnahmen haben sich die deutschen Kreditinstitute mittlerweile auf die Herausforderungen eingestellt und verfügen über mehr Kapital- und Liquiditätsreserven als noch vor der Finanzmarktkrise. Im Ergebnis ist der Bankensektor inzwischen stabiler und besser gegen Krisen gewappnet als zuvor, muss sich aber in Zukunft weiter neuen regulatorischen Herausforderungen, wie beispielsweise SREP (Supervisory Review and Evaluation Process), stellen. Neben der direkten Wirkung auf die Kapital- und Liquiditätslage führen die gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen teilweise zu erheblichen administrativen und kostenseitigen Mehraufwänden für die deutsche Kreditwirtschaft, die insbesondere kleinen Instituten - auch vor dem Hintergrund von kurzen Umsetzungsfristen - schwer zu schaffen machen.

Daneben wirkt die anhaltende Niedrigzinsphase nachhaltig auf den Bankensektor. Die klassische Ertragsquelle Zinsüberschuss wird noch lange durch niedrige Zinsen belastet und Banken sollten andere - ggf. auch branchenfremde - Ertragsquellen für sich erschließen.

Ein weiterer großer Einflussfaktor ist die zunehmende Digitalisierung. Diese bietet Chancen, u.a. Prozesskosten zu sparen

oder neue Ertragsquellen zu erschließen. Aber sie beinhaltet auch die Herausforderung, die Kundenbedürfnisse in der medialen Welt zu erfüllen und den Wandel von starren Strukturen zu mehr Flexibilität aktiv zu gestalten.

Das Drei-Säulensystem der deutschen Kreditwirtschaft - bestehend aus Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken - hat in den vergangenen Jahrzehnten dazu beigetragen, dass sich alle Kreditinstitute den Anforderungen eines wachsenden Wettbewerbs permanent anpassen mussten. Dieser Anpassungsdruck führt auch dazu, dass den Kunden in Deutschland qualitativ hochwertige Finanzdienstleistungen zu kompetitiven Preisen angeboten werden.

Der Wettbewerb stellt sich aufgrund der Attraktivität des Geschäftsgebietes der Sparkasse Südholstein weiterhin als intensiv dar, insbesondere durch andere Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Zudem wird u.a. durch die Marktauftritte der Direktbanken, Online-Broker und ausländischen Institute die Intensität des Wettbewerbs getrieben. In Zeiten, in denen Medien, wie das Internet und Vergleichsportale, Finanzangebote zunehmend vergleich- und austauschbar werden lassen, sind Kunden weniger loyal als früher. Darüber hinaus haben sich Fintechs am Markt etabliert, die den klassischen Anbietern von Finanzprodukten und -dienstleistungen zunehmend Konkurrenz machen und diese damit zwingen, Anpassungen des bisherigen Geschäftsmodells in Erwägung zu ziehen. Die Sparkassen-Finanzgruppe ist einerseits regional verwurzelt und dezentral organisiert und andererseits verfügt sie über einen leistungsstarken Verbund mit erfolgreichen überregionalen Partnern. Diese Arbeitsteilung ermöglicht es, ihren Kunden auch künftig die gesamte Breite der Finanzdienstleistungen flächendeckend anzubieten.

Der Schlüssel zur partnerschaftlichen und erfolgreichen Kundenverbindung der Sparkasse Südholstein ist das gegenseitige Vertrauen als Grundlage für eine möglichst hohe Kundenzufriedenheit. Über die auf die Kundenbedürfnisse zugeschnittenen Vertriebswege, eine hohe Dienstleistungsorientierung und entsprechende Services soll die Zufriedenheit der Kunden gesteigert werden. Auch eine aktive Kundenansprache, eine ganzheitliche und bedarfsorientierte Kundenberatung auf allen Kanälen sowie das Angebot von bedarfsgerechten Produkten zu wettbewerbsfähigen Preisen zahlen auf dieses Ziel ein.

B.1.5 Wesentliche Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen in 2016

Im Zusammenhang mit weiteren Änderungen des Basel III-Rahmens wurde die Einführung einer strukturellen Liquiditätskennzahl - Net Stable Funding Ratio (NSFR) - vorgenommen. Zur Zeit sind die Institute nur zur Ermittlung, Meldung und Offenlegung der NSFR verpflichtet. Ebenso neu ist die Leverage Ratio. Es wird einem Bericht der EBA aus 2016 zur Folge ein Wert von 3 % empfohlen. Die Einhaltung der Empfehlung wird voraussichtlich ab 2018 verpflichtend sein.

Mit dem Abwicklungsmechanismusgesetz vom 02. November 2015 wurde die Rechtsgrundlage des Bail-in in nationales Gesetz umgesetzt. Die Änderung tritt zum 01. Januar 2017 in Kraft. Neben der Festlegung der Rangfolge der Befriedigung in einem Insolvenzverfahren wirkt sich die Regelung auch bei einer Abwicklung eines CRR-Instituts nach den Vorschriften des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes bzw. der SRM-Verordnung aus. Sofern die Voraussetzungen für eine Abwicklung eines Instituts vorliegen, kann die Abwicklungsbehörde u.a. das Instrument der Gläubigerbeteiligung anwenden. Im Rahmen dessen können berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten herabgeschrieben oder für eine Rekapitalisierung in Eigenmittel des Instituts umgewandelt werden (sogenannter Bail-in). Dabei hat die Abwicklungsbehörde bei Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung die vorgegebene Haftungskaskade zu befolgen.

Das Finanzmarktnovellierungsgesetz setzt die Vorgaben der Finanzmarktrichtlinie und zugehöriger Verordnung (MiFID II, MiFIR, der überarbeiteten Marktmissbrauchsrichtlinie und -verordnung (CSMAD, MAR)) um. Die Marktmissbrauchsverordnung wurde bereits im Juli 2016 umgesetzt. Im Übrigen ist mit einer Umsetzung Anfang 2018 zu rechnen. Die Sparkasse hat für die Umsetzung ein Projekt aufgelegt.

Die Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge ist zum 21. März 2016 in Kraft getreten und umfasst Kreditverträge, die grundpfandrechtlich gesichert sind, und die Verträge, die für den Erwerb oder die Erhaltung von Eigentumsrechten an einem Grundstück oder Gebäude bestimmt sind. Die Vorgaben wurden im Rahmen eines Projektes in der Sparkasse umgesetzt.



B.2 Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufes

	Bestand**		Veränderungen**	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	Berichtsjahr Mio. EUR	Berichtsjahr in %
Geschäftsvolumen *)	5.037,3	4.891,0	146,3	3,0
Bilanzsumme	4.931,2	4.775,0	156,2	3,3
Kundenkreditvolumen: darunter:	4.496,5	4.319,4	177,1	4,1
Forderungen an Kunden (netto)	3.993,1	3.894,6	98,5	2,5
Treuhandkredite	7,8	9,5	-1,7	-17,9
Unwiderrufliche Kreditzusagen	389,5	299,3	90,2	30,1
Avale	106,1	116,0	-9,9	-8,5
Forderungen an Kreditinstitute	308,7	307,9	0,8	0,3
Wertpapiervermögen:	377,1	371,5	5,6	1,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	286,7	296,3	-9,6	-3,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	90,4	74,9	15,5	20,7
Handelsbestand	0,0	0,3	-0,3	-100,0
Anteilsbesitz	58,5	53,8	4,7	8,7
Sachanlagevermögen	14,2	10,0	4,2	42,0
Sonstige Vermögenswerte darunter:	171,9	127,8	44,1	34,5
Barreserve	167,1	122,3	44,8	36,6
Sonstige Vermögensgegenstände	4,0	4,6	-0,6	-13,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,8	0,9	-0,1	-11,1
Mittelaufkommen von Kunden darunter:	3.614,9	3.479,7	135,2	3,9
Verbindlichkeiten ggü. Kunden				
Spareinlagen	1.183,8	1.251,1	-67,3	-5,4
andere Verbindlichkeiten, täglich fällig	2.232,4	2.020,0	212,4	10,5
andere Verbindlichkeiten, mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	160,4	113,2	47,2	41,7
Verbriefte Verbindlichkeiten, begebene Schuldverschreibungen	3,7	10,8	-7,1	-65,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	34,6	84,6	-50,0	-59,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten darunter:	777,1	760,0	17,1	2,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	1,0	1,0	0,0	0,0
Sonstige Passivposten darunter:	164,8	160,9	3,9	2,4
Treuhandverbindlichkeiten	7,8	9,5	-1,7	-17,9
Sonstige Verbindlichkeiten	5,1	11,9	-6,8	-57,1
Rechnungsabgrenzungsposten	3,5	4,5	-1,0	-22,2
Rückstellungen	51,3	57,6	-6,3	-10,9
Fonds für allgemeine Bankrisiken	61,7	42,0	19,7	46,9
Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals	35,4	35,4	0,0	0,0
Eigenkapital	374,5	374,5	0,0	0,0

*) Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

**) Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit auftreten

B.2.1 Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme der Sparkasse erhöhte sich um 3,3 % auf 4.931,2 Mio. EUR. Gleichzeitig nahm auch das Geschäftsvolumen um 146,3 Mio. EUR auf 5.037,3 Mio. EUR zu.

Der Anstieg der Bilanzsumme und des Geschäftsvolumens war auf der Aktivseite insbesondere durch die Zunahme der Forderungen an Kunden um 2,5 % auf 3.993,1 Mio. EUR sowie durch die um 44,8 Mio. EUR auf 167,1 Mio. EUR angestiegene Barreserve geprägt.

Auf der Passivseite wurde die Ausweitung des Geschäftsvolumens vor allem durch erhöhtes Mittelaufkommen von Kunden finanziert (+135,2 Mio. EUR).

Vor dem Hintergrund der strukturellen und konjunkturellen Rahmenbedingungen wird die Geschäftsentwicklung der Sparkasse als zufriedenstellend bewertet. Die Sparkasse Südholstein ist auch weiterhin eines der großen regionalen Kreditinstitute in ihrem Geschäftsgebiet und konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Marktstellung behaupten.

B.2.2 Aktivgeschäft (einschließlich Eventualverbindlichkeiten)

Die Sparkasse Südholstein erfüllt als gemeinwohlorientiertes Kreditinstitut einen öffentlichen Auftrag. Dazu gehört im nachfolgend dargestellten Aktivgeschäft die Bereitstellung von Krediten für Privatkunden und Unternehmen inklusive Baufinanzierungen und weiteren Finanzinstrumenten.

Das Kundenkreditvolumen einschließlich der Treuhandkredite, Avale und der unwiderruflichen Kreditzusagen nahm um 4,1 % auf 4.496,5 Mio. EUR (Vorjahr 4.319,4 Mio. EUR) zu. Die durchschnittlichen Jahresbestände der Kundenkredite haben den Planwert für 2016 leicht übertroffen.

Die Darlehenszusagen sanken um 5,5 % auf 754,5 Mio. EUR. Die Darlehensauszahlungen sanken ebenfalls um 6,0 % auf 699,1 Mio. EUR ab, bei einer gleichzeitigen gemäßigten Bestands-erhöhung der Kundenforderungen in Höhe von 98,5 Mio. EUR.

Der Bestand an privaten Wohnungsbaukrediten nahm im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % zu.

Von den an Unternehmen und selbständigen Kunden zugesagten Mitteln in Höhe von 479,8 Mio. EUR wurden 426,8 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, dies entspricht einem Anteil von 88,9 %. Der Rückgang der Zusagen in diesem Segment betrug 5,5 %.

Die Forderungen an Kreditinstitute blieben mit 308,7 Mio. EUR (Vorjahr 307,9 Mio. EUR) nahezu konstant. Die überwiegend in dieser Position enthaltenen Termingelder und laufenden Guthaben dienen zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität. Die durchschnittlichen Jahresbestände der Forderungen an Kreditinstitute lagen leicht über den Planungen.

Die Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ sank im Berichtsjahr um 9,6 Mio. EUR auf 286,7 Mio. EUR. Der Bestand an „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ erhöhte sich um 15,5 Mio. EUR auf 90,4 Mio. EUR und steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Aufstockung des Spezialfonds. Die durchschnittlichen Jahresbestände des gesamten Wertpapiervermögens lagen leicht über den Planungen.

Der im Vorjahr begonnene Ausbau des Depot A wurde in 2016 sukzessive fortgeführt. Die Sparkasse hat im Verlauf des Jahres den vorsichtigen Aufbau eines ertragssteigernden Portfolios, das im Rahmen des bereitgestellten Risikokapitals bei entsprechender Diversifizierung vornehmlich durch ein behutsam erhöhtes Adressenrisiko einen angemessenen Ergebnisbeitrag liefern soll, weiter umgesetzt. Die Darstellung der stärker Risiko tragenden Aktiva erfolgt unverändert zu großen Teilen über den bestehenden Spezialfonds.

Die Sparkasse besitzt zusätzlich ein weitgehend risikoarmes Anleiheportfolio. Dieses Portfolio weist eine angemessene Beleihungsfähigkeit auf und leistet so einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der operativen Liquiditätssteuerung. Weiterhin dient es der Sicherstellung der Erfüllung der neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Liquidität.

Die Eigenanlagen zeigten auch in 2016 eine zufriedenstellende und stabile Entwicklung. Insgesamt ergibt sich auf Portfolioebene ein moderater Aufwand aus der Bewertung der Eigenanlagen in Höhe von 3,3 Mio. EUR, der sich im Rahmen der Planannahmen bewegt.

Der ausgewiesene Anteilsbesitz der Sparkasse erhöhte sich im Wesentlichen durch die Stammkapitalerhöhung am SGVSH auf 58,5 Mio. EUR (Vorjahr 53,8 Mio. EUR).

B.2.3 Passivgeschäft

Im Passivgeschäft stellt die Sparkasse Südholstein die Anlage von Kundengeldern in diversen Spar- und Anlageformen dar. Nähere Ausführungen enthalten die folgenden Abschnitte:

Das Mittelaufkommen von Kunden erhöhte sich um 3,9 % auf 3.614,9 Mio. EUR und lag mit dieser Entwicklung über der Planung.

Innerhalb dieser Position kam es zu folgenden Veränderungen: Die Spareinlagen nahmen um 67,3 Mio. EUR auf 1.183,8 Mio. EUR ab. Parallel hierzu stiegen die täglich fälligen Verbindlichkeiten um 212,4 Mio. EUR auf 2.232,4 Mio. EUR an. Die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit nahmen ebenfalls um 47,2 Mio. EUR auf 160,4 Mio. EUR zu. Des Weiteren verringerten sich die nachrangigen Verbindlichkeiten um 50,0 Mio. EUR auf 34,6 Mio. EUR. Die begebenen Schuldverschreibungen reduzierten sich erneut um 7,1 Mio. EUR auf 3,7 Mio. EUR. Das Mittelaufkommen von Kunden bei den unverbrieften Verbindlichkeiten mit vereinbarter Kündigungsfrist einschließlich Nachrangverbindlichkeiten bewegte sich mit einer summarischen Abnahme

von lediglich 2,8 Mio. EUR auf 195,0 Mio. EUR damit nahezu auf Vorjahresniveau.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen zum Bilanzstichtag um 17,1 Mio. EUR auf 777,1 Mio. EUR zu. Im Jahresdurchschnitt betrachtet konnten diese Verbindlichkeiten stärker als in unseren Planungen erwartet verringert werden.

B.2.4 Kundenwertpapiergeschäft

Bei einem in Summe kaum zum Vorjahr veränderten Wertpapier-Neugeschäft entfiel ein Großteil des Neugeschäftes des Jahres 2016 auf Deka-Investmentfonds. Dem bundesweiten Trend folgend, erfreuten sich vermögensverwaltende Anlageformen sowie breit gestreut anlegende Dach- und Mischfonds weiter anhaltender Nachfrage.

Deutlich mehr als die Hälfte des Fonds-Neugeschäftes entfielen dabei auf Produkte, mit denen die Chancen der Aktienmärkte genutzt werden können, ohne auf fest eingebaute bzw. individuell gestaltbare Sicherungsmerkmale zu verzichten. Insgesamt konnte im Bereich Investmentfondsanteile erneut ein positiver Nettoabsatz erreicht werden.

Der Absatz in Zertifikaten und strukturierten Produkten konnte im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wurden aktienbasierte Produkte mit kurzer Laufzeit bevorzugt. Dazu haben die positive Entwicklung der Aktienmärkte in den vergangenen Jahren und die damit verbundenen guten Erfahrungen mit ähnlichen Produkten in der jüngeren Vergangenheit beigetragen.

Der Bereich „klassische Anleihen“ konnte im Jahr 2016 eine Renaissance feiern. Trotz des niedrigen Zinsniveaus waren die Papiere über das gesamte Jahr gefragt.

Aktien wurden erneut sehr rege gehandelt, lagen aber im Gesamtumsatz merklich unter dem Vorjahreswert.

B.2.5 Bauspargeschäft

In 2016 wurde ein Bruttoneugeschäft von knapp 86 Mio. EUR erzielt. Der Geschäftsverlauf des vergangenen Jahres entsprach damit nicht ganz den Erwartungen und liegt rund 19 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert.

B.2.6 Versicherungsgeschäft

Die Kooperation mit den Provinzial-Versicherungen und anderen Partnern im Vorsorge- und Versicherungsbereich konnte erneut angemessen zum Ergebnis der Sparkasse beitragen.

Die Provisionserträge aus dem Vertrieb von Versicherungsprodukten sind gegenüber dem Jahr 2015 um 13,5 % gestiegen. Der Anstieg beruht im Wesentlichen auf dem gestiegenen Absatz von GarantRente Vario Verträgen.

Der Abschluss von Versicherungsverträgen im Kompositversicherungsgeschäft entwickelte sich in 2016 um 16,6 % rückläufig. Der Rückgang beruht im Wesentlichen auf die rückläufigen Abschlüsse im KFZ-Bereich (- 28,6 %) und im Firmenkundenbereich (- 23,3 %).

Die Sparkasse befindet sich im Lebens- und Kompositversicherungsgeschäft – gemessen am vermittelten Geschäft je Privatkonto – weiterhin in der Spitzengruppe der Verbundsparkassen im Verbandsgebiet des SGVSH.

B.2.7 Sonstiges Vermittlungsgeschäft

Das sonstige Vermittlungsgeschäft ist insbesondere durch die Vermittlung von Immobilien und durch das Leasinggeschäft geprägt.

Im Immobilienvermittlungsbereich konnte das beste Courtagenergebnis seit Bestehen der ImmobilienCenter im Jahr 2007 erreicht werden. Es wurden insgesamt 191 Immobilien mit einem Kaufpreisvolumen von 36,1 Mio. EUR (+16,8 %) und einem Courtagenvolumen von 1,7 Mio. EUR (+22,6 %) vermittelt.

Das Vermittlungsvolumen im Bereich des Leasing- und Mietkaufgeschäftes an die S-Finanztochter Deutsche Leasing AG, Bad Homburg, konnte von 26,9 Mio. EUR auf 28,3 Mio. EUR (+4,9 %) gesteigert werden. Somit hat die Sparkasse Südholstein abermals den ersten Platz im Vertrieb von Leasing- und Mietkaufprodukten im Verband des SGVSH erreicht. Die Vertragsabschlüsse konnten ebenfalls deutlich um 10,6 % im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

B.2.8 Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente dienen ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen sowie der Kundengeschäfte und nicht spekulativen Zwecken. Eine Gliederung, wie sich die Kontrakte nach Art und Umfang aufteilen, ist dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

B.2.9 Investitionen

Die Investitionen der Sparkasse in materielle und immaterielle Anlagewerte beliefen sich in 2016 auf 5,7 Mio. EUR (Vorjahr 2,2 Mio. EUR). Im Wesentlichen entfielen die Zugänge des Geschäftsjahres auf den Erwerb einer Immobilie in der Innenstadt von Neumünster.



B.3 Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

B.3.1 Personal- und Sozialbereich

Zum Jahresende 2016 beschäftigte die Sparkasse drei Vorstände und 894 aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen 544 als Vollzeit und 350 als Teilzeitbeschäftigte bei der Sparkasse angestellt waren.

67 Auszubildende und Studenten vervollständigten das Bild und sind gleichzeitig Ausdruck der Nachwuchskräfteförderung sowie der gesellschaftlichen Verantwortung für die Region Südholstein. In 2016 sind 19 Auszubildende und eine Nordakademie-Studentin in ein Angestelltenverhältnis übernommen worden.

Die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze der Sparkasse werden weiterhin gut besetzt. Der Ausbildungsbereich präsentiert sich aktiv und erfolgreich in Schulen und auf Ausbildungsmessen in unserem Geschäftsgebiet.

In der Teilzeitquote von über 30 % spiegeln sich nicht nur die flexiblen Arbeitszeitmodelle wider. Sie ist neben vielen anderen Maßnahmen (z. B. betriebliche Elternzeit) ein Beleg dafür, dass die Sparkasse als besonders familienfreundlicher Betrieb eingestuft wird.

Umgerechnet auf Vollzeitarbeitsplätze hat die Sparkasse zum Jahresende 815 Planstellen ausgewiesen. Im Vorgriff auf den anstehenden Personalabbau waren davon zum Jahresende 54 unbesetzt. Im Jahresverlauf 2016 ergab sich ein Personalaufwand von 60,4 Mio. EUR.

Die Ziele aller Mitarbeiter sind weiterhin eng mit den Zielen der Sparkasse und der individuellen Leistung des einzelnen Mitarbeiters und des Filialteams verknüpft. Die Vergütungssysteme der Sparkasse setzen die richtigen Anreize.

Die laufende Restrukturierung erfolgt ohne betriebsbedingte Kündigungen und trägt damit zu einem sozialverträglichen Abbau bei. Auch künftig verfolgt die Sparkasse das Ziel einer sukzessiven Personalreduzierung, in dem wir kontinuierlich die Geschäftsprozesse und die Aufbauorganisation optimieren.

B.3.2 Beratungsqualität und Kundenzufriedenheit

Der Vertriebsansatz der Sparkasse Südholstein wird wesentlich durch eine ganzheitliche, systematische und an den Bedürfnissen des Kunden orientierten Betreuung in allen Kundengruppen bestimmt. Qualitativ hochwertige Beratungsprozesse sind die Grundlage für eine hohe Kundenzufriedenheit in allen Kundensegmenten und damit für den nachhaltigen und dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg der Sparkasse.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde zur weiteren Verbesserung der Qualität der Kundenbetreuung wesentlich in die Aus- und

Fortbildung der Berater vor Ort investiert. Mit der Schulungsmaßnahme „Menschen gewinnen“ wurde die Qualität in der Bedürfniserkennung gesteigert und mit dem Ausbildungsgang „DekalInvestmentBerater“ die Ganzheitlichkeit und Systematisierung der Anlageberatung weiter verbessert. Die Verbesserung der Qualität ließ sich zum Ende des Jahres zeitnah im wiederum verbesserten Kundenfeedback im Rahmen der jährlich stattfindenden Kundenbefragung (Sparkassen Online-Kundenbefragung) ablesen.

Insgesamt haben in 2016 ein Mitarbeiter den Studiengang „Dipl. Bankbetriebswirt“, fünf Mitarbeiter den Studiengang „Sparkassenbetriebswirt“ oder „Bankbetriebswirt“ und fünf Mitarbeiter den Studiengang „Sparkassenfachwirt“ oder „Bankfachwirt“ erfolgreich abgeschlossen. Zudem besuchten 31 Mitarbeiter ein aufgabenbezogenes vertiefendes Fachseminar, um ihre Spezialistenkompetenzen zu erweitern.

Durch diese hohe Qualität der Betreuung und Beratung konnte die Sparkasse auch im Jahre 2016 diverse Qualitätssiegel verschiedener Anbieter wie „Die Welt Bankentest“ erwerben.

B.4 Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

B.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage ist weiterhin durch die laufende Restrukturierung der Sparkasse beeinflusst. Auf die Ausführungen im Teil „Restrukturierung der Sparkasse Südholstein“ wird verwiesen.

Neben der Sicherheitsrücklage in Höhe von 215,2 Mio. EUR, dem Stammkapital in Höhe von 24,9 Mio. EUR zzgl. Kapitalrücklage in Höhe von 10,7 Mio. EUR, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 61,7 Mio. EUR und den stillen Einlagen über insgesamt 123,7 Mio. EUR verfügt die Sparkasse über weitere ergänzende Eigenkapitalbestandteile (nachrangige Verbindlichkeiten). Die Gesamtkapitalquote gem. Art. 92 CRR per 31. Dezember 2016 betrug 15,44 % (Vorjahr 15,43 %) und übersteigt damit den aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % zum Bilanzstichtag deutlich. Mit SREP-Bescheid vom 22. Dezember 2016, durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, ergibt sich eine erhöhte Anforderung an die Gesamtkapitalquote, welche durch die Sparkasse aber jederzeit erfüllt wird. Nach Berücksichtigung der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt die Gesamtkapitalquote 16,07 %.

Ferner wurde die Sparkasse Südholstein auf Antrag von der Inanspruchnahme einer Nachschusspflicht gemäß § 16 Abs. 5 der Satzung des Sparkassenstützungsfonds des SGVSH (a. F.) unter der auflösenden Bedingung befreit, dass der Vorstand eine Aufhebung dieser Befreiung unter bestimmten Voraussetzungen beschließen kann. Zum Jahresende 2016 betrug der Befreiungsbetrag weiterhin 20,2 Mio. EUR.

Im abgelaufenen Berichtsjahr ergaben sich innerhalb der Bilanzstruktur auf der Aktivseite keine wesentlichen Veränderungen. Die Forderungen an Kreditinstitute mit 6,3 %

(Vorjahr 6,4 %), die Forderungen an Kunden mit 81,0 % (Vorjahr 81,6 %) und die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Verbindung mit den Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit 7,6 % (Vorjahr 7,8 %) waren weiterhin die tragenden Positionen.

Auf der Passivseite stellten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 72,5 % (Vorjahr 70,9 %) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 15,7 % (Vorjahr 15,9 %) weiterhin die bedeutendsten Positionen dar.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden zu den Anschaffungskosten bzw. zu niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen bzw. beizulegenden Zeitwerten am Bilanzstichtag bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Gegebenenfalls wurde auf höhere Werte (maximal Anschaffungskosten) zugeschrieben. Für verzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens wurden durch die Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips Abschreibungen in Höhe von 27 TEUR vermieden. Die im Posten 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ enthaltenen Fondsanlagen sind dem Anlagevermögen zugeordnet und werden grundsätzlich gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Eine Ausnahme bilden die Anteile am Spezialfonds, diese werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Teile des Wertpapierbestandes werden auf Märkten gehandelt, die als nicht eindeutig aktiv anzusehen sind. In diesen Fällen erfolgte eine Bewertung auf Basis plausibilisierter Vergleichskurse. Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die - trotz sachgerechter Ermessensausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen wurde den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Bewertung der übrigen Vermögensgegenstände erfolgte ebenfalls nach den geltenden Vorschriften.

Die Vermögenslage der Sparkasse ist geordnet.

B.4.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Berichtsjahr jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennzahl, die sich aus dem Verhältnis der kurzfristigen Zahlungsmittel zu den kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten ergibt, gilt als ausreichend, wenn dieses Verhältnis den Wert 1 nicht unterschreitet. Die Sparkasse hat zum Jahresende 2016 eine Liquiditätskennzahl von 1,6, gegenüber 1,7 im Dezember 2015. Im Jahresverlauf 2016 lag die Liquiditätskennziffer immer oberhalb von 1,5, sodass die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen stets eingehalten waren.

Die Liquiditätskennziffer der delegierten Verordnung 2015/61 zur Bewertung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos (LCR – Liquidity Coverage Ratio) war nach einer Beobachtungsphase ab 1. Oktober 2015 bis Ende 2016 im Rahmen einer Übergangsphase mit einem Wert von 60 % in 2015 und mit einem Wert von 70 % in 2016 einzuhalten. Für das Geschäftsjahr 2017 ist eine Mindestkennziffer der LCR von 80 % gemäß der delegierten Verordnung einzuhalten, bevor diese Kennziffer in 2018 auf 100 % steigt. Im Jahr 2016 war diese jederzeit eingehalten. Zum Jahresende 2016 lag die LCR-Kennziffer bei 127,9 %. Die Reichweite der Liquidität lag im Berichtsjahr stets über der strategischen Mindestreichweite im Normalfall von 12 Monaten und im Risikofall von 6 Monaten.

Der Sparkasse stehen Kreditlinien bei Landesbanken zur Verfügung, die aufgrund der guten Liquiditätssituation der Sparkasse nicht genutzt wurden. Die für die Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechenden Guthaben wurden bei der zuständigen Zentralbank unterhalten.

Die Sparkasse refinanziert sich primär aus dem Kundengeschäft. Darüber hinaus benötigte Mittel werden am Kapitalmarkt beschafft. Die Sparkasse hat ihr Liquiditätsmanagement im Rahmen der MaRisk-Umsetzung weiter optimiert und betreibt erfolgreich das systematische Liquiditätsmanagement mit dem Ziel, eine gleichmäßige Verteilung der Fälligkeiten für die Zukunft zu sichern. Weitere Angaben zu den Liquiditätsrisiken enthält der Risikobericht.

Nach unserer Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft auch in absehbarer Zukunft jederzeit gesichert.



**Nähe
ist einfach.**



B.4.3 Ertragslage

Die Erfolgskomponenten aus der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) entwickelten sich im aktuellen Geschäftsjahr 2016 wie folgt:

	Bestände		Veränderungen Im Geschäftsjahr	
	2016 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss Pos. 1;2;3;4	96,25	99,22	-2,97	-2,99%
Provisionsüberschuss Pos. 5;6	32,77	31,91	0,86	2,70%
Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands Pos. 7	0,05	0,13	-0,08	-61,54%
Sonstige betriebliche Erträge Pos.8	5,90	7,10	-1,20	-16,90%
Summe der Erträge	134,97	138,36	-3,39	-2,45%
Personalaufwand Pos. 10a	60,35	61,52	-1,17	-1,90%
Andere Verwaltungsaufwendungen Pos. 10b	35,27	37,52	-2,25	-6,00%
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte, Sachanlagen und sonstige betriebliche Aufwendungen Pos. 11;12	7,18	11,98	-4,80	-40,07%
Zwischensumme	102,80	111,02	-8,22	-7,40%
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	32,17	27,34	4,83	17,67%
Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge Pos. 13;14;15;16	-5,51	11,44	-16,95	-148,16%
Aufwendungen aus Verlustübernahme Pos.17	0,00	0,00	0,00	---
Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken Pos. 18	-19,71	-30,10	10,39	---
Außerordentliches Ergebnis Pos. 22	-0,26	-0,26	0,00	---
Ergebnis vor Steuern	6,69	8,42	-1,73	---
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag und sonstige Steuern Pos. 23;24	-4,52	-5,16	0,64	---
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne Pos. 25	-2,17	-3,26	1,09	---
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	---



Zukunft ist einfach.

Zu den einzelnen wesentlichen Erfolgskomponenten:

Der Zinsüberschuss einschließlich laufender Erträge (gemäß GuV, Pos. 3) und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen (gemäß GuV, Pos. 4) sank im Vergleich zum Vorjahr geringfügig auf 96,3 Mio. EUR. Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften insgesamt gingen dabei deutlich um 14,1 Mio. EUR auf 150,3 Mio. EUR zurück. Hierbei verringerten sich insbesondere die Zinserträge aus Forderungen an Kunden um 10,4 Mio. EUR auf 132,2 Mio. EUR. In den Zinserträgen enthalten sind zudem 4,7 Mio. EUR aus Vorfälligkeitsentgelten sowie Erträge aus Close-out Zahlungen für die vorzeitige Schließung von Swaps in Höhe von 2,4 Mio. EUR. Die Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren nahmen um 1,1 Mio. EUR auf 3,4 Mio. EUR ab. Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren bzw. aus Beteiligungen sanken um 0,7 Mio. EUR auf 4,5 Mio. EUR.

Demgegenüber verringerten sich die Zinsaufwendungen insgesamt um 13,0 Mio. EUR auf 61,9 Mio. EUR. Im Kundenbereich verringerte sich der Zinsaufwand um 5,9 Mio. EUR, im Bereich der Kreditinstitute lediglich um 0,9 Mio. EUR und aus Weiterleitungsmitteln erneut um 1,0 Mio. EUR. Zinsaufwendungen aus Close-out Zahlungen für die vorzeitige Schließung von Swaps sind in Höhe von 12,6 Mio. EUR angefallen.

Das im Zinsüberschuss enthaltene Zinsergebnis aus dem derivativen Geschäft läuft bei einem um 6,6 Mio. EUR reduzierten Zinsaufwand und einem um 0,3 Mio. EUR erhöhten Zinsertrag bei -13,8 Mio. EUR aus.

Der Zinsüberschuss bleibt weiterhin die wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse.

Der Provisionsüberschuss betrug 32,8 Mio. EUR und befand sich damit über dem Vorjahresergebnis in Höhe von 31,9 Mio. EUR. Grund hierfür waren insbesondere die erhöhten Provisionen aus dem Versicherungsgeschäft (+ 0,5 Mio. EUR).

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um 1,2 Mio. EUR. Die Veränderungen sind im Wesentlichen auf die niedrigeren Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, auf die deutliche Verringerung von Zinserträgen für Steuererstattungen nach Abwicklung der steuerlichen Außenprüfung im Vorjahr und geringeren Erstattungen von Seiten der VBL zurückzuführen.

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sowie für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung waren aufgrund des Personalabbaus grundsätzlich rückläufig (-1,2 Mio. EUR). Andere Effekte (Beispielsweise Tarifsteigerungen) wurden hierdurch kompensiert.

Bei den anderen Verwaltungsaufwendungen war ein Rückgang von 2,3 Mio. EUR zu verzeichnen. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus verringerten Kosten für Dienstleistungen

Dritter als Folge der nun nahezu abgeschlossenen Reintegration ehemals ausgelagerter Bereiche.

In Summe der unter anderem oben genannten Faktoren verringerten sich die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen erheblich um 3,5 % auf 95,6 Mio. EUR (Vorjahr 99,0 Mio. EUR).

Die deutliche Abnahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Pos. 12) in Höhe von 4,7 Mio. EUR ergibt sich im Wesentlichen aus einem geringeren Aufzinsungseffekt für Rückstellungen und einer niedrigeren Zuführung zu Restrukturierungsrückstellungen.

Insgesamt verringerten sich die Erträge der Sparkasse leicht um 2,5 % auf 135,0 Mio. EUR (Vorjahr 138,4 Mio. EUR). Da zugleich der Gesamtaufwand um 7,4 % auf 102,8 Mio. EUR (Vorjahr 111,0 Mio. EUR) gesunken ist, ergibt sich hieraus eine deutliche Verbesserung des Ergebnisses vor Bewertung und vor Risikovorsorge auf 32,2 Mio. EUR (Vorjahr 27,3 Mio. EUR).

Die im Berichtsjahr angefallenen Aufwendungen aus der Bewertung und Risikovorsorge betragen insgesamt 5,5 Mio. EUR gegenüber 11,4 Mio. EUR Ertrag im Vorjahr. Wesentlich ursächlich hierfür ist die um 7,0 Mio. EUR reduzierte Inanspruchnahme der Ausfallbürgschaft zum 31. Dezember 2016 (19,0 Mio. EUR in 2016 statt 26,0 Mio. EUR in 2015). Aus dem Kreditbereich waren mit -0,6 Mio. EUR leicht ergebnisbelastende Bewertungsmaßnahmen zu verzeichnen (Vorjahr +14,2 Mio. EUR). Aus dem Wertpapierbereich ergab sich im Vergleich zum Vorjahr ein höheres negatives Ergebnis in Höhe von insgesamt 3,3 Mio. EUR.

Abschreibungen auf Beteiligungen waren im Geschäftsjahr 2016 im Umfang von 2,0 Mio. EUR erforderlich (Vorjahr 0,0 Mio. EUR).

Die Höhe der Steuern vom Einkommen und Ertrag setzen sich unter anderem aus Vorauszahlungen, anrechenbaren Steuern, den gebildeten Rückstellungen für Körperschaft- und Gewerbesteuer für das Berichtsjahr sowie Steuereffekten aus der Einbuchung von Forderungen im Zusammenhang mit laufenden Einspruchsverfahren zusammen.

Nach Berücksichtigung aller Bewertungsmaßnahmen und der Bedienung der stillen Einlagen konnte erneut ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt werden.

Abweichungsanalyse

Die in diesem Abschnitt folgenden Aussagen zur Ertragslage basieren auf einer nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgegliederten Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend den Planungssystemen der Sparkassenorganisation.

Grundlage bilden dabei die nach den Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassenorganisation ermittelten Kennzahlen. Bei dem Betriebsvergleich handelt es sich insbesondere um eine betriebswirtschaftliche Darstellung von Kennzahlen auf

Basis des Verhältnisses zur Durchschnittsbilanzsumme (DBS) des Geschäftsjahres oder anderer einheitlicher Ermittlungsverfahren. Periodenfremde und außergewöhnliche Posten werden dabei nach einheitlichen Regelungen dem neutralen Ergebnis zugerechnet. Eine unmittelbare Herleitung der dargestellten betriebswirtschaftlichen Vergleichsgrößen aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist daher nicht möglich.

Die DBS sank im Geschäftsjahr von 4.917 Mio. EUR auf 4.813 Mio. EUR und liegt damit über dem geplanten Niveau von 4.763 Mio. EUR.

Der Zinsüberschuss stieg von 1,88 % auf 2,01 % der DBS. Dies resultiert neben der positiven operativen Leistung auch aus weiteren, teilweise gegenläufigen Faktoren. Unter anderem wurde der Zinsüberschuss durch das vorzeitige Schließen von Swaps in 2015 gestützt, gegenläufig wirkte insbesondere das anhaltend niedrige Zinsniveau. Der Planwert von 1,97 % der DBS wurde übertroffen. Im Vergleich zum Planwert wirkten sich unter anderem Änderungen zur Berechnung und zum Ausweis der Verzinsung von Pensionsrückstellungen positiv aus. Des Weiteren wirken sich auch teilweise günstigere Bedingungen für nachrangige Refinanzierungen positiv aus.

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich von 0,66 % auf 0,70 % der DBS und entsprach damit dem Planwert für 2016. Die Wachstumstreiber dabei sind die Provisionen aus dem Giroverkehr, den Immobilien und Versicherungen.

Die ordentlichen Aufwendungen lagen auf dem Vorjahresniveau in Höhe von 2,02 % der DBS und konnten damit den Planwert von 2,06 % der DBS unterschreiten. Die Reduzierung gegenüber Plan resultiert hauptsächlich aus der Umsetzung der Maßnahmen aus der Sanierung und dem damit verbundenen konsequenten Kostenmanagement.

Der Planwert für das Betriebsergebnis vor Bewertung 2016 in Höhe von 0,64 % der DBS konnte mit 0,71 % der DBS im Geschäftsjahr deutlich übertroffen werden. Ursache hierfür waren die gesteigerten Erträge und die reduzierten ordentlichen Aufwendungen.

Das Bewertungsergebnis stellt sich, ohne Berücksichtigung der Reserven nach § 340g HGB, mit -0,12 % der DBS deutlich besser als mit -0,41 % der DBS prognostiziert dar. Hauptursache für diese positive Entwicklung sind die deutlich unter den Erwartungen gebliebenen Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden.

Besser als erwartet ist das Bewertungsergebnis Wertpapiere mit -0,07 % der DBS (Plan: -0,08 % der DBS) ausgefallen.

Das Bewertungsergebnis Kredit fällt mit -0,01 % der DBS deutlich positiver aus als für 2016 prognostiziert (-0,28 % der DBS).

Das sonstige Bewertungsergebnis in Höhe von -0,04 % der DBS ist im Wesentlichen von Beteiligungsabschreibungen geprägt. Der Bewertungsaufwand fällt somit höher aus als im Vorjahr

(0,00 % der DBS), jedoch leicht besser als geplant (-0,05 % der DBS).

Die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB trägt mit -0,41 % der DBS zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Sparkasse bei und liegt damit deutlich über dem Planwert mit -0,12 % der DBS.

Das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse stellt sich nach der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB ausgeglichen dar. Es liegt somit vor der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken deutlich über den Erwartungen und übertraf insgesamt die Erwartungen aus der im Rahmen der Stützung vereinbarten Sanierungsplanung für das Geschäftsjahr 2016.

Die Cost-Income-Ratio betrug in 2016 73,8 % und hat sich gegenüber 2015 (78,7 %) erheblich verbessert.

Die gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Quote (Jahresüberschuss nach Bedienung der Stillen Einlagen / Bilanzsumme) betrug zum 31. Dezember 2016 0,00 % (Vorjahr: 0,00 %).

B.5. Abschließende Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen wird die Geschäftsentwicklung der Sparkasse als zufriedenstellend bewertet. Die Sparkasse Südholstein ist auch weiterhin eines der großen regionalen Kreditinstitute in ihrem Geschäftsgebiet und konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Marktstellung behaupten.

Die Finanz- und Vermögensverhältnisse sind geordnet. Bei der Ertragslage konnte eine weitere Annäherung an den SGVSH-Durchschnitt erreicht werden. Die in der Planung vorgesehenen Erwartungen wurden teilweise deutlich übertroffen, daher konnte dem Fonds für allgemeine Bankrisiken ein Betrag von 19,7 Mio. EUR zugeführt werden. Insoweit wird die Entwicklung der Ertragslage im Geschäftsjahr 2016 als zufriedenstellend bewertet.

C Prognose-, Chancen- und Risikobericht

C.1 Risikobericht

C.1.1 Das Risikomanagement

Ein aktives und kompetentes Risikomanagement stellt die Grundlage für die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken als Kernfunktionen von Kreditinstituten dar. Die bewusste Übernahme von Risiken erfolgt generell nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse.

Das Risikomanagement ist Bestandteil der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation der Sparkasse. Dies gewährleistet einen angemessenen Umgang mit allen für die Sparkasse bestehenden Risiken.

Die Sparkasse bewertet jährlich im Rahmen einer ganzheitlichen Risikoinventur die unterschiedliche Relevanz der jeweiligen Risikoarten für die Sparkasse. Für wesentliche Risiken gelten besondere Anforderungen an das Risikomanagement.

Als wesentliche Risiken hat die Sparkasse das Adressenrisiko einschließlich des Beteiligungsrisikos, das Marktpreisrisiko einschließlich des Zinsänderungsrisikos, das Vertriebsrisiko, das operationelle Risiko und das Liquiditätsrisiko bewertet. Für diese Risikoarten werden regelmäßig (mindestens jährlich) Stresstests unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen durchgeführt. Aufgrund der Kontinuität des Geschäftsmodells haben sich keine neuen Risikoarten ergeben.

Die Stresstests gliedern sich in zwei separate Verfahren, die für jedes wesentliche Risiko anzuwenden sind. Zum einen werden turnusgemäß und anlassbezogen sogenannte Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Dabei werden für jede Risikoart eigene Annahmen für bestimmte Parameterentwicklungen getroffen, die in der jeweiligen Stresssituation auftreten. Zum anderen werden die Auswirkungen eines angenommenen makroökonomischen Ereignisses auf die Risikoarten untersucht. Dabei wirken auf alle Risikoarten dieselben Annahmen. Die Ergebnisse beider Stresstests werden anschließend mit den in der Risikotragfähigkeit enthaltenen Risiken verglichen und gegebenenfalls werden Handlungsempfehlungen abgeleitet. Zusätzlich zu diesen Stresstests wird ein ganzheitlicher inverser Stresstest durchgeführt. Ziel ist es dabei herauszufinden, ab welcher Risikoausprägung das Überleben der Sparkasse gefährdet ist.

Zur Messung, Analyse, Steuerung und Überwachung der Risiken hat die Sparkasse Risikomanagement- und Risikocontrollingsysteme implementiert und entwickelt diese permanent weiter. Ziel des Risikomanagementprozesses ist zum einen die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, zum anderen die Optimierung des erzielten Ertrages im Verhältnis zum eingegangenen Risiko.

Durch die Geschäftsleitung wurden entsprechend der Risikotragfähigkeit den einzelnen Risiken Limite zugeordnet. Die Betrachtung erfolgt GuV-orientiert. Die Kontrolle dieser Vorgaben erfolgt durch das Risikocontrolling unter Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Zur Darstellung der Risikomanagementprozesse nutzt die Sparkasse ein Risikohandbuch, das mindestens einmal jährlich aktualisiert wird. Die Darstellung der Risikomanagementprozesse erfolgt in Form von Arbeitsanweisungen.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstandes eine funktionale Trennung zwischen Handel einerseits und Abwicklung, Rechnungswesen und Überwachung andererseits festgelegt. Im Kreditgeschäft sind die Bereiche Markt und

Marktfolge funktional getrennt. Damit wird der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in den MaRisk geforderten Funktionstrennung Rechnung getragen.

Die Messung und Überwachung der Risiken erfolgt in den Bereichen Unternehmenssteuerung, Kreditmanagement und Marktfolge Aktiv. Im Rahmen des Risikomanagements werden Reports erstellt, sowie Analysen und Stresstests durchgeführt. Ergänzend erfolgen anlassbezogen unverzügliche Ad-Hoc-Berichterstattungen.

Die Ordnungsmäßigkeit des internen Kontrollsystems in den unterschiedlichen Betriebsabläufen unterliegt, ebenso wie das Risikomanagement und -controlling der Prüfungstätigkeit der Internen Revision.

Die Prüfungen der Internen Revision erfolgen risikoorientiert mit der Zielsetzung, das Vermögen der Sparkasse zu sichern, die wirtschaftliche und betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern, sowie die Geschäfts- und Risikopolitik des Vorstandes zu unterstützen.

Bei der Sparkasse Südholstein besteht daneben ein unabhängiges Compliancemanagement, welches die Compliance-Funktion zur Begrenzung und Überwachung von Risiken, die aus Verstößen gegen rechtliche Vorschriften erwachsen können, wahrnimmt. Diese Funktion ist insbesondere für die Koordination der Implementierung von wirksamen Verfahren und Prozessen zur Einhaltung wesentlicher rechtlicher Vorgaben und Regelungen sowie entsprechender Kontrollen zuständig.

Zusätzlich zu den oben genannten, am Risikomanagement teilhabenden Bereichen ist, gemäß den Anforderungen der MaRisk, der Leiter Risikocontrolling (LRC) funktionaler Bestandteil des Risikomanagementprozesses.

Die Funktionsausübung des Risikocontrollings wird in der Sparkasse Südholstein durch die nachfolgenden Organisationseinheiten wahrgenommen: Referat Controlling, Bereich Vorstandssekretariat, Bereich Marktfolge Aktiv, Bereich Compliancemanagement, Referat Kreditmanagement sowie Referat Projekt- und Prozessmanagement.

Die Funktionsausübung des Risikocontrollings bezieht sich auf folgende Aufgaben:

- Unterstützung zur Risikostrategie und Risikopolitik,
- Erstellung von Risikoinventur und Risikoprofil,
- Einrichtung und Weiterentwicklung der Prozesse,
- Überwachung und Kommunikation der Risiken,
- Ad-Hoc-Berichterstattung,
- System von Risikokennzahlen und Risikofrüherkennung entwickeln und überwachen.

Den Mitarbeitern der Risikocontrolling-Funktion sind alle notwendigen Befugnisse und ein uneingeschränkter Zugang zu allen Informationen einzuräumen, die für die Erfüllung ihrer

Aufgaben erforderlich sind. Die Risikocontrolling-Funktion hat, im Rahmen ihrer Aufgaben, bei wesentlichen Veränderungen der Aufbau- und Ablauforganisation sowie in den IT-Systemen zu Auswirkungen auf Kontrollverfahren und -intensität Stellung zu nehmen. Weiterhin haben die Mitglieder der Risikocontrolling-Funktion Informationspflichten gegenüber dem Leiter Risikocontrolling (LRC). Die Funktion „Leitung Risikocontrolling“ wird durch den Direktor Unternehmenssteuerung ausgeübt. Der LRC ist als eine weitere Ebene im internen Kontrollsystem (IKS) im Sinne des AT 4.3 Tz. 1 MaRisk zu verstehen. Der LRC hat durch mindestens jährliche Abforderung einer Bestätigung der fachlich zuständigen Führungskräfte sichergestellt, dass das IKS des Risikocontrollings funktionsfähig ist.

Die vorhandenen Risikomanagementsysteme entsprechen dem Profil und der Strategie der Sparkasse Südholstein und werden somit durch den Vorstand als angemessen erklärt.

C.1.2 Adressenrisiken

Das Adressenrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass durch Bonitätsverschlechterungen und/oder durch den Ausfall einer Person oder Unternehmung, zu der eine wirtschaftliche Beziehung besteht, Verluste entstehen. Es betrifft sowohl bilanzwirksame Forderungen in Form von Krediten und Wertpapieren als auch nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche (z.B. aus derivativen Finanzinstrumenten).

Die Adressenrisiken hält die Sparkasse für vertretbar.

Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft

Zur Steuerung der Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft stellt die Adressenrisikostategie ein zentrales Steuerungsinstrument der Kreditpolitik der Sparkasse dar. Diese wird bei allen Beschlüssen/Entscheidungen im Kreditgeschäft berücksichtigt. Eine Aktualisierung der Adressenrisikostategie erfolgte mit Wirkung zum Geschäftsjahr 2017.

Die Kreditrisiken werden, zur Erfüllung der Adressenrisikostategie, durch die sorgfältige Auswahl der Vertragspartner der Sparkasse nach den Regeln der Kreditwürdigkeitsprüfung begrenzt. Als unterstützendes Instrument zur Kreditrisikosteuerung im Firmenkundengeschäft setzt die Sparkasse die von der Sparkassen Rating- und Risikosysteme GmbH (SR) zur Verfügung gestellten zentralen Ratingverfahren als Risikoklassifizierungsverfahren im Kreditgeschäft ein. 89,1 % des Kundenkreditvolumens verteilt sich auf Ratingklassen, welche als „bedenkenfrei“ bzw. als „kein gravierendes Risiko enthaltene Ratingklassen“ gelten. Die volumengewichtete Durchschnittsratingnote über das gesamte Portfolio beträgt 4,9 (Vorjahr 5,2).

Ratingstruktur Kundenkreditgeschäft

Ratingklasse	Bestand*	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Note 1	1.543,6	1.468,3
Note 2	224,5	223,3
Note 3	367,8	424,1
Note 4	453,4	447,6
Summe 1-4	2.589,3	2.563,4
Note 5	536,1	435,0
Note 6	545,7	451,9
Note 7	492,0	435,6
Summe 5-7	1.573,8	1.322,6
Note 8	348,5	358,3
Note 9	233,7	278,7
Summe 8-9	582,2	637,0
Note 10	138,0	144,0
Note 11	77,6	80,3
Note 12	55,0	54,4
Summe 10-12	270,6	278,6
Note 13	24,4	55,0
Note 14	28,8	46,5
Note 15	25,0	49,6
Summe 13-15	78,2	151,1
Note 16	30,6	13,5
Note 17	53,1	48,3
Note 18	67,3	94,2
Summe 16-18	151,0	156,0
Ungeratet	82,3	59,3
Gesamt	5.327,4	5.168,1

*) Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit auftreten

Des Weiteren erfolgt die Steuerung der für die Sparkasse in der Kreditrisikostategie festgelegten bedeutsamen Engagements über Einzelengagementstrategien. Diese werden je nach Ausrichtung (Reduktion, Konstanz, Erhöhung) zusammengefasst und zielgerichtet überwacht und gesteuert.

Basis für jede Einzelkreditentscheidung ist ein mehrstufiges Kompetenzsystem, das unter Nutzung von Risikoklassifizierungsverfahren zur Anwendung kommt. Die in der Adressenrisikostategie verankerte Trennung von Markt und Marktfolge findet auch im Kompetenzsystem ihre Anwendung.



Die Sparkasse hat für alle erkennbaren latenten Risiken im Kundenkreditgeschäft durch Wertberichtigungen und Rückstellungen angemessene Vorsorge getroffen. Es erfolgt eine laufende Ermittlung von Einzelwertberichtigungen (EWB) zur Risikoabschirmung. Eine EWB wird gebildet, wenn ein latentes Ausfallrisiko für die Sparkasse besteht. Die Höhe der EWB richtet sich nach dem Buchwert der Forderungen, gemindert um die zu erwartenden Zahlungseingänge aus der Verwertung der Sicherheiten. Rückstellungen für Avale werden differenziert nach der Inanspruchnahmequote der jeweiligen Avalarten gebildet.

Das Bewertungsergebnis Kredit wird im Rahmen der Institutsplanung ermittelt. Orientierungsgrundlage ist der Risikowert der erwarteten Verluste aus dem Periodikmodul des Portfolio-Steuerungstools Credit Portfolio View (CPV). Weiterhin werden geplante bzw. erwartete Entwicklungen im Neugeschäft, in Teilen des Bestandsgeschäftes sowie Pauschalwertberichtigungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen berücksichtigt.

Für 2016 wurde auf dieser Grundlage ein negatives Bewertungsergebnis Kredit in Höhe von 13,2 Mio. EUR geplant. Mit einem negativen Ergebnis von 0,6 Mio. EUR ist das Bewertungsergebnis Kredit um 12,6 Mio. EUR günstiger als geplant ausgefallen. Weiterhin gute Marktbedingungen haben zu geringeren Neubildungen als auch zu höheren Auflösungen in der Risikovorsorge beigetragen. Im Ergebnis enthalten ist auch eine verminderte Inanspruchnahme der Ausfallbürgschaft des Sparkassenstützungsfonds in Höhe von 7,0 Mio. EUR (aktuelle Inanspruchnahme 19,0 Mio. EUR von insgesamt 30,0 Mio. EUR).

Bestand Risikovorsorge

Art der Risikovorsorge	Bestand	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Einzelwertberichtigungen	38,5	48,0
Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,4	0,3
Pauschalwertberichtigungen	7,3	7,5

Das geplante Bewertungsergebnis Kredit für den Planungszeitraum bis 2021 beträgt jährlich durchschnittlich -18,0 Mio. EUR. Hierbei ist die ab 2018 ursprünglich vorgesehene sukzessive Rückführung der Stützungsbürgschaft in Höhe von 5,0 Mio. EUR jährlich (in jeweils notwendiger Höhe) berücksichtigt. Im Risikofall der Risikotragfähigkeit wird das Bewertungsergebnis Kredit für das Jahr 2017 mit -29,4 Mio. EUR ausgewiesen.

Auf Basis des Adressenrisiko-Portfolioreports sowie des Adressenrisiko-Einzelengagementreports erfolgt in vierteljährlichen Sitzungen die notwendige Überwachung der Kreditrisiken als Bestandteil der Gesamtbanksteuerung. Neben einer Darstellung der aktuellen Risikosituation im Kreditgeschäft erfolgt eine Analyse des Gesamtportfolios nach verschiedenen

Strukturmerkmalen, z. B. nach Kundengruppen und Größenklassen sowie die Darstellung bestimmter signifikanter Kreditengagements. Hieraus werden, falls erforderlich, Maßnahmen zur Risikobegrenzung initiiert. Die vierteljährlichen Reports werden dem Vorstand, dem Risikoausschuss und dem Verwaltungsrat der Sparkasse erläutert und zur Kenntnis gegeben. Zum Jahresende 2016 verteilt sich das Kundenkreditvolumen zu 60,7 % auf die Firmenkunden und zu 39,3 % auf die Privatkunden. Mit Blick auf die konjunkturellen Entwicklungen erfolgt weiterhin eine regelmäßige Analyse des Kreditportfolios auf Branchenbasis. Die Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ stellt mit 20,1 % des vergebenen Kreditvolumens die Schwerpunktbereich dar.

Branchenstruktur Kundenkreditgeschäft

Branche	Bestand	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Land-/Forstwirtschaft/Fischerei	110,7	114,6
Energie/Wasser/Bergbau	79,9	69,1
Verarbeitendes Gewerbe	169,9	176,8
Baugewerbe	220,8	216,9
Kraftfahrzeughandel	96,2	81,2
Großhandel	139,3	137,9
Einzelhandel	121,5	126,1
Verkehr/Nachrichten	43,6	41,5
Kredit-/Versicherungsgewerbe	78,6	76,3
Gastgewerbe	73,7	58,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	1.070,3	957,2
Dienstleistungen für Unternehmen	141,0	141,9
Beratung/Planung/Sicherheit	160,0	175,5
Öffentliche und private Dienstleistungen	56,0	56,0
Gesundheit/Soziales	149,5	147,5
Organisationen ohne Erwerbszweck	35,3	33,0
Bauträger	206,6	144,0
Öffentliche Haushalte	273,6	273,1
Sammel HWZ	6,4	0,9
Summe	3.232,9	3.027,9
Privatkunden	2.094,5	2.140,1
Gesamt	5.327,4	5.168,1

Größenklassengliederung Kundenkreditgeschäft

Größenklasse in Mio. EUR	Bestand	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
> 50,0	91,0	84,3
> 35,0 – 50,0	126,6	163,5
> 25,0 – 35,0	178,3	116,3
> 15,0 – 25,0	350,1	243,8
> 10,0 – 15,0	253,5	231,9
> 5,0 – 10,0	429,2	415,4
> 0,5 – 5,0	1.482,7	1.409,0
> 0,25 – 0,5	616,9	603,3
> 0,0 – 0,25	1.799,1	1.900,6
Summe	5.327,4	5.168,1

Im Rahmen der Risikoinventur 2016 wurde das Länderrisiko der Sparkasse, welches als Summe aller Risiken, die mit der Gewährung grenzüberschreitender Kapitaldienstleistungen entstehen, verstanden wird, als unwesentlich bewertet.

Die von der SR bereitgestellte Anwendung „Credit Portfolio View“ (CPV) stellt ein notwendiges Instrumentarium zur Kreditportfoliosteuerung, auch in der periodischen Betrachtung, dar. Weiterhin dient sie der Simulation von Portfoliomaßnahmen. Die Aktualität dieser Anwendung sowie der zugrundeliegenden Parameter wird turnusmäßig überprüft. Die Sparkasse verwendet größtenteils die Pooldaten der SR, welche diese auf der Datenbasis aller zuliefernden Institute deutschlandweit validiert zur Verfügung stellt. Hierzu gehören z. B. angenommene Ratingmigrationen, Ausfallquoten der verschiedenen Branchen sowie grundlegende Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung im Allgemeinen. Auch hinsichtlich der Verwertungs- und Einbringungsquoten greift die Sparkasse auf Pooldaten der SR zurück. Die wesentlichen Informationen zum Value-at-Risk und zu den erwarteten Verlusten werden im Rahmen des regelmäßigen Adressenrisiko-Portfolioreports berichtet. Zum Jahresende 2016 betragen die erwarteten Verluste 13,9 Mio. EUR. Der Risikowert Value-at-Risk beträgt 25,1 Mio. EUR bei einem Konfidenzniveau von 99,0 %. Durch den Einsatz von CPV hat die Sparkasse eine solide Basis für das Kreditportfoliomanagement gelegt, welches fortlaufend weiter ausgebaut wird.

Adressenrisiken aus Eigenanlagen

Die Adressenrisiken aus den Eigenanlagen werden dem Vorstand der Sparkasse über den Marktpreisrisiko-Report monatlich zur Kenntnis gegeben.

Zur Steuerung von Emittentenrisiken erfolgt die Festlegung der Limite im Zwei-Voten-Prozess unter Berücksichtigung der

wesentlichen Kennzahlen des Emittenten sowie des externen Ratings.

Für Neuanlagen im Direktbestand ist ein Mindestrating im Investmentgrade vorgesehen. Die Entwicklung von Ratings und Spreads wird monatlich überwacht und dem Vorstand über den Marktpreisrisiko-Report zur Kenntnis gegeben. Die Limite sind grundsätzlich auf maximal ein Jahr befristet und werden dann zur Prolongation neu vorgelegt.

In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos historische Ausfallwahrscheinlichkeiten von der weltweit führenden Ratingagentur Moodys zugrunde gelegt.

Per Jahresende haben 81,2 % (Vorjahr 84,3 %) der Rentenanlagen ein Mindestrating von A-/A3. Die übrigen Renten haben ein Mindestrating von BBB/Baa2 und befinden sich damit alle im Investmentgrade.

Der Schwerpunkt der Investitionen in den Rentenpapieren im Direktbestand liegt mit 58,6 % (Vorjahr 53,3 %) im Finanzsektor. Bei einem Großteil handelt es sich um Pfandbriefe sowie um Spezialkreditinstitute (z. B. NRW Bank). Der ungedeckte Anteil am Bankenbestand beläuft sich auf 39,9 % (Vorjahr 41,4 %). Darin enthalten sind auch eine Nachrangleihe der Deka Bank und eine der Landesbank Baden-Württemberg. Einen weiteren Schwerpunkt mit 41,4 % (Vorjahr 46,7 %) bildet der Staatsbereich. Hier handelt es sich im Wesentlichen um Bundesländeranleihen.

Weiterhin hält die Sparkasse in ihrem Bestand einen Spezialfonds sowie einen weiteren Investmentfonds.

Der Schwerpunkt der Depot A-Investitionen einschließlich der Tages- und Termingelder und Spezialfondsanlagen auf der ersten Ebene liegt weiterhin mit 83,4 % (Vorjahr 86,5 %) in Deutschland. Weitere Investitionen sind in Luxemburg sowie Supranationalen Einrichtungen 4,1 % (Vorjahr 2,9 %), in den USA 2,4 % (Vorjahr 2,9 %) sowie in sonstigen Ländern 10,1 % (Vorjahr 7,7 %) erfolgt. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 hatte die Sparkasse ein Volumen von 29,7 Mio. EUR an Anleihen aus Peripheriestaaten (Spanien, Portugal und Irland) im Bestand. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit ist für den Risikofall ein Risikowert von 4,0 Mio. EUR im Bewertungsergebnis Wertpapiere berücksichtigt.

Um Kontrahentenrisiken zu begrenzen, erfolgt die Abwicklung der Handelsgeschäfte grundsätzlich durch Zahlung gegen Lieferung bzw. Lieferung gegen Zahlung. Davon ausgenommen sind ausgewählte Adressen, insbesondere innerhalb des Sparkassenverbundes.

Adressenrisiken aus Beteiligungen

Im Rahmen der Beteiligungsstrategie wird der Umgang mit Beteiligungsrisiken dargestellt. Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Eigenkapitalbeteiligung an

Dritten Verluste entstehen oder Ausschüttungen bzw. Zinserträge nicht wie geplant fließen. Die wesentlichen Beteiligungen stellen Verbund- oder Pflichtbeteiligungen im Rahmen der S-Finanzgruppe dar, über die mindestens jährlich an den Vorstand, den Risikoausschuss und den Verwaltungsrat berichtet wird. Über Beteiligungen mit Gewinnerzielungsabsicht wird vierteljährlich im Rahmen des Adressenrisiko-Reports berichtet.

Die Beteiligungsrisiken werden mindestens jährlich ermittelt und in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Für Beteiligungsrisiken hat die Sparkasse eine angemessene Risikovorsorge getroffen.

Die Entwicklung des SGVSH, der mit 95,6 % derzeit die größte Beteiligung der Sparkasse Südholstein innerhalb des Beteiligungsportfolios darstellt, wird maßgeblich durch die wesentlichen Unterbeteiligungen geprägt. Aktuell beläuft sich der Beteiligungswert auf 55,9 Mio. EUR (Vorjahr: 51,1 Mio. EUR). Darin enthalten ist eine unterjährig durchgeführte Buchwertschöpfung von 6,8 Mio. EUR, die aus der zum 30. Juni 2016 vorgenommenen Stammkapitalerhöhung des SGVSH resultiert und eine Wertberichtigung aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase in Höhe von 2,0 Mio. EUR.

Aufgrund der Verbandsempfehlung werden für das Jahr 2017 bei Eintritt des Risikofalls jedoch Belastungen in Höhe von 11,7 Mio. EUR in der Limitierung berücksichtigt.

Im Zusammenhang mit den mittelbaren Beteiligungen des Verbandes können sich aufgrund des aktuellen Bankenumfeldes (u.a. strengere regulatorische Anforderungen, erneute Stresstests, historisch niedrige Zinsen und den damit verbundenen Unsicherheiten einer zu erwartenden Erhöhung des Kapitalisierungszinssatzes) zukünftig weitere Abschreibungsrisiken ergeben, in Teilen bestehen hohe Planerfüllungsrisiken.

Bezüglich der HSH Nordbank AG konnte im Oktober 2015 eine Einigung mit der EU-Kommission zur Beendigung des Beihilfeverfahrens erreicht werden. Die Bank wurde danach in eine Holdinggesellschaft und eine operative Tochtergesellschaft aufgespalten, diese Tochtergesellschaft ist bis Ende Februar 2018 zu veräußern. Sollte der Verkaufsprozess scheitern, wird die Bank ihre Neugeschäftsaktivitäten einstellen müssen.

Der Wert der Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, die mit 4,3 % den zweitgrößten Anteil am Beteiligungsportfolio der Sparkasse Südholstein hat, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entwicklung der Landesbank Berlin Holding AG. Der Buchwert der Beteiligung beläuft sich per 31. Dezember 2016 auf 2,5 Mio. EUR (Vorjahr 2,5 Mio. EUR) und wird als werthaltig befunden. Für das Jahr 2017 wird bei Eintritt des Risikofalls ein Wertberichtigungsrisiko in Höhe von 0,7 Mio. EUR für möglich gehalten.

Die Sparkasse ist nach § 35 Abs. 1 Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein (SGVSH). Der SGVSH ist eine

Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, die gemeinsamen Angelegenheiten seiner Mitgliedssparkassen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wahrzunehmen und zu fördern. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors (unter anderem HSH Nordbank AG, Provinzial Nordwest AG, DekaBank AöR, LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG) gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen (z.B. aus der Gewährträgerhaftung für Beteiligungsunternehmen) des Verbandes haftet den Gläubigern gegenüber allein der Verband. Der Verband kann einen nach Heranziehung der Sicherheitsrücklage verbleibenden Fehlbetrag von den Mitgliedssparkassen nach dem Verhältnis ihrer Einzelanteile einfordern. Für uneinbringliche Beträge haften die übrigen Mitglieder in gleicher Weise. Der Verband erhebt nach § 37 Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht tragen.

C.1.3 Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko wird die Gefahr verstanden, dass sich Marktpreise von Sachgütern oder Finanztiteln aufgrund von Änderungen der Marktlage zu Ungunsten des Inhabers entwickeln. Das Marktpreisrisiko schließt das Zinsänderungsrisiko und das Spreadrisiko für verzinsliche Positionen mit ein.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Termingelder	140,0	159,0
Schuldverschreibungen und Anleihen	285,3	294,3
Wertpapier-Spezialfonds	89,5	73,5
Sonstige Investmentvermögen	0,9	1,3
Handelsbestand	0,0	0,3

Die Marktpreisrisiken werden im Rahmen der bereit gestellten Risikodeckungsmassen so allokiert, dass sich eine angemessene Ertrags-/Risikorelation ergibt. Zur Abschätzung der Risiken bedient sich die Sparkasse u. a. der modernen historischen Simulation und aktueller Marktprognosen für die erwartete Ertragsentwicklung.

In der Marktpreisrisikostategie hat der Vorstand der Sparkasse die grundlegende Strategie festgelegt. Die Eigenanlagen sollen im Rahmen des bereitgestellten Risikokapitals einen angemessenen Ergebnisbeitrag leisten. Bei den getätigten Investitionen wird auf eine vertretbare Relation von Chancen und Risiken geachtet. Darüber hinaus soll das Depot A einen wesentlichen Beitrag bei der Sicherstellung einer betriebs-

wirtschaftlichen und aufsichtsrechtlich notwendigen Liquiditätshaltung leisten.

Im Bereich der Eigenanlagen findet eine tägliche Überprüfung der Marktpreisrisiken auf Basis eines Value-at-Risk-Ansatzes im Rahmen des Tagesreportes statt. Die Verteilung des Tagesreportes erfolgt an den Vorstand, die Abteilung „Unternehmenssteuerung“ sowie an das Referat „Treasury und Handel“. Das verwendete Konfidenzniveau beträgt 95 %, die Haltedauer einen Tag. Zusätzlich erfolgt im Tagesreport eine Untersuchung, ob das eingetretene Marktpreisrisiko durch das zur Verfügung stehende Limit über einen Mindestzeitraum von 10 Handelstagen abgedeckt ist. Die Sparkasse nutzt datenverarbeitende Systeme, um diese Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen. Bei Überschreitung von Limiten bzw. vordefinierten Warngrenzen ist vorgesehen, dass der Vorstand der Sparkasse über entsprechende Maßnahmen zu entscheiden hat.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen und Limite für den Wertpapierbereich definiert, an denen die Sparkasse u. a. die geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Für die Risikotragfähigkeit wird für die Ermittlung der Risiken für verzinsliche Positionen auf die Verwendung von Spread- und Zinsszenarien zurückgegriffen. Das geplante negative Bewertungsergebnis für den Planungszeitraum bis 2021 beträgt jährlich durchschnittlich 3,9 Mio. EUR (-3,6 Mio. EUR für 2017). Im Risikofall wird für 2017 ein Wert von 36,1 Mio. EUR (Vorjahr 31,3 Mio. EUR) ausgewiesen.

In regelmäßigen Abständen überprüft die Sparkasse die verwendeten Parameter (Backtesting). Die Ergebnisse werden in den Risikoparametern berücksichtigt.

Devisentermingeschäfte und Zinsterminkontrakte (Collar) werden nur im Kundeninteresse und in Form von Deckungsgeschäften mit Kreditinstituten als geschlossene Positionen abgewickelt.

Zur Ertragssteigerung wurden weitere ungedeckte Bankanleihen zur Beimischung erworben. Dazu erfolgte der Erwerb einer weiteren Nachranganleihe aus der S-Finanzgruppe in 2016.

Im Anlagebestand der Sparkasse befinden sich Anleihen mit einem Nominalvolumen von 78,9 Mio. EUR und mit einer Laufzeit über 2016 hinaus, bei denen das Halten bis zur Fälligkeit vorgesehen ist. Die Bewertung erfolgt im Jahresabschluss zum gemilderten Niederstwertprinzip, wodurch eine Abschreibung von 27 TEUR vermieden wurde. Hierbei handelt es sich um Emittenten mit einem Rating im Investmentgrade-Bereich.

Beim Spezialfonds erfolgte in 2015 eine Anpassung der Strategie. Diese wurde in 2016 weiter verfolgt. Der Bestand wurde in 2016 um weitere 18,0 Mio. EUR planmäßig aufgestockt. Es wurden weitere Assetklassen erworben. Hierbei handelt es sich um Rentenfonds und Emerging Market Fonds. Für 2017 ist eine weitere Aufstockung bis auf ein Volumen von 100,0 Mio. EUR

vorgesehen. Weitere Assetklassen (u.a. in der Assetklasse Aktien) sind vorgesehen, um einen angemessenen Ergebnisbeitrag für die Sparkasse zu erwirtschaften.

Die Sparkasse besitzt im Direktbestand ein weitgehend risikoarmes Anleiheportfolio, das zu einem Großteil aus gedecktem Material oder staatsgarantierten Papieren und Staatspapieren besteht. Das Rating für diese Papiere liegt in der Regel bei einem Mindestrating von AA-/Aa3. Zur Beimischung erfolgte auch der Erwerb von ungedeckten Papieren. Sämtliche Papiere befinden sich im Investmentgrade. Dieses Portfolio wurde kontinuierlich ausgebaut. Hier sind auch für 2017 weitere Umsätze sowohl im gedeckten als auch im ungedeckten Bereich geplant. Dieses Portfolio weist eine angemessene Beleihungsfähigkeit auf und leistet so einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der operativen Liquiditätssteuerung. Weiterhin dient es der Sicherstellung der Erfüllung der neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Liquidität.

Im Zuge des Risikocontrollings wird monatlich an den Vorstand sowie vierteljährlich an den Risikoausschuss und den Verwaltungsrat der Sparkasse berichtet.

Die Marktpreisrisiken hält die Sparkasse für vertretbar.

C.1.4 Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Allgemein entstehen Zinsänderungsrisiken aus dem Aktiv- und dem Passivgeschäft, wenn diese nicht zins- und laufzeitkongruent abgeschlossen werden.

Die Steuerung der Zinsänderungsrisiken in der Sparkasse erfolgt durch die für die Risikosteuerung festgelegten Gremien anhand der festgelegten Limite und Parameter.

Die Sparkasse verfügt über ein Instrumentarium, das geeignet ist die Zinsänderungsrisiken und -chancen im Zeitablauf angemessen zu beurteilen.

Ausgehend von den Zinsannahmen zur mittelfristigen Planung, die eine leichte Steigerung des 10-Jahres-Satzes von rund 0,3 %-Punkten bis Ende 2017 und ein leichtes Sinken um rund -0,1 %-Punkten für den 6-Monats-Satz vorsehen, erfolgt in der periodischen Betrachtung eine Simulation der Auswirkungen verschiedener Zinsszenarien auf den Zinsüberschuss der Folgejahre. Die Ergebnisse hieraus fließen in die Berechnung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse ein. In der Risikotragfähigkeit wird das Zinsszenario verwendet, das über alle Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung in Summe das größte Risiko aufweist. Für den Risikofall ist für 2017 ein Betrag in Höhe von -36,5 Mio. EUR für die Position Bewertungsergebnis Wertpapiere in der periodischen Risikotragfähigkeit eingestellt (inkl. Adressenrisiko Wertpapier und exkl. des geplanten Bewertungsergebnisses Wertpapier im Normalfall, zusammen -3,6 Mio. EUR). Hiervon entfallen -13,1 Mio. EUR auf das Zinsänderungsrisiko und -14,6 Mio. EUR auf das Spreadrisiko. In

diesem Szenario kommt es zu keinen negativen Veränderungen in der Position Zinsüberschuss (Vorjahr -5,5 Mio. EUR).

In anderen betrachteten Zinsszenarien kommt es zu positiven Abweichungen zum Erwartungswert für die Gewinn- und Verlustrechnung, womit eine Chance für das Ergebnis in 2017 aufgezeigt wird. Das periodische Zinsänderungsrisiko wird für den Zinsüberschuss quartalsweise für einen Betrachtungszeitraum von jeweils 12 Monaten in die Zukunft untersucht, um Veränderungen im Zinsänderungsrisiko messen und steuern zu können. Die Marktpreisrisiken werden täglich überwacht.

Die Parameter für die Steuerung des Zinsänderungsrisikos legt der Vorstand mindestens einmal jährlich fest. In Verbindung mit der barwertigen Betrachtung steuert die Sparkasse das Zinsänderungsrisiko gemäß der DSGVO Steuerungsphilosophie und bezieht alle zinsinduzierten relevanten Positionen der Bilanz ein. Die Zahlungsströme der Festzinsgeschäfte werden auf Basis der Kontraktdatei generiert. Die Cashflows der variabel verzinslichen und der unverzinslichen Positionen werden aufgrund von Fiktionen gebildet. Diese basieren auf der Methode der gleitenden Durchschnitte. Die operative Steuerung orientiert sich passiv an einer gehebelten Benchmark gleitend 10 Jahre. Der Hebel orientiert sich an der Risikotragfähigkeit und berücksichtigt aufsichtsrechtliche Kennziffern. Die Risikobegrenzung erfolgt anhand eines Risikolimits das relativ an die Benchmark gebunden ist (Basis: Value-at-Risk mit Konfidenzniveau 95 %, Haltedauer 63 Handelstage, Historische Simulation). Zusätzlich besteht ein Abweichungslimit zwischen Zinsbuch und Benchmark. Ziel dieser Steuerung ist das Erreichen der Benchmark-Performance bei Einhaltung der bestehenden Limite.

Die aufsichtsrechtlichen Koeffizienten stellen eine zu beachtende Nebenbedingung für das Zinsänderungsrisiko dar. Die Risikomessung erfolgt hier mittels der Auswirkung des standardisierten Zinsschocks auf den Barwert. Dieser Zinsschock wird gemäß Anforderungen der BaFin mit +/- 200 Basispunkten (BP) Overnight simuliert. Das BaFin-Prüfkriterium für erhöhte Zinsänderungsrisiken ist limitiert und wird im Rahmen der monatlichen Berichterstattung überwacht.

Das Zinsänderungsrisiko wird auf Basis des oben beschriebenen Limitsystems durch den Vorstand bzw. den Bilanzstrukturmanagement-Dispositions-Ausschuss (BSM-DA) gesteuert. Dieser setzt sich aus dem Vorstand und aus Mitarbeitern der Abteilungen „Unternehmenssteuerung“ sowie „Treasury und Handel“ zusammen. Die Empfehlungen von Maßnahmen werden in einem vorbereitenden Ausschuss erarbeitet.

Grundlage ist ein monatliches Reporting, dessen Empfänger der Vorstand sowie die Mitglieder des BSM-DA sind. Die Instrumente zur Steuerung können bilanzieller Art oder auch Finanzderivate in Form von Swapgeschäften sein. Das Basisvolumen der betreffenden Finanzderivate beträgt per Stichtag 31. Dezember 2016 1.455,0 Mio. EUR und liegt damit um 215

Mio. EUR über dem Vorjahresstichtagswert (1.240,0 Mio. EUR).

Das relative Risikolimit des Zinsbuches beträgt +/- 0,40 Prozentpunkte des jeweiligen Benchmarkrisikos. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 beträgt der relative Value-at-Risk des Zinsbuches 3,61 % (Vorjahreswert: 4,64 %) bei einem zulässigen Risikolimit von 2,79 % bis 3,59 % (Vorjahreswerte: 4,17 % bis 4,97 %). Somit wird das Risikolimit knapp überschritten. Im 2. Halbjahr 2016 erfolgte eine deutliche Risikoreduzierung für das Zinsänderungsrisiko (u.a. Senken des Benchmarkhebels) was auch der Vergleich zu den Vorjahreswerten zeigt. Das zusätzliche Abweichungslimit von -0,2 Prozentpunkten der Benchmarkperformance wird zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 eingehalten. Die Performance des Zinsbuches beträgt 0,55 % (Vorjahreswert: 0,32 %).

Der aufsichtsrechtliche Risikowert des standardisierten Zinsschocks bei einem Zinsanstieg von +200 BP beträgt zum 31. Dezember 2016 11,9 % (Vorjahreswert: 19,1 %) bei einem aufsichtsrechtlichen Schwellwert von 20,0 % und wird somit eingehalten.

Im Rahmen des Risikocontrollings wird monatlich an den Vorstand sowie vierteljährlich an den Risikoausschuss und den Verwaltungsrat der Sparkasse berichtet.

Die Zinsänderungsrisiken hält die Sparkasse für vertretbar.



Ruckzuck ist einfach.

C.1.5 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken ergeben sich aus der Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen, von Menschen, von Systemen oder von externen Ereignissen eintreten können.

Das operationelle Risiko ist gem. MaRisk als wesentliches Risiko für die Sparkasse einzustufen und in der Risikotragfähigkeit zu berücksichtigen.

Das Eingehen von operationellen Risiken ist zwangsläufig notwendig, um Erträge in den Kerngeschäftsfeldern der Sparkasse generieren zu können. Den operationellen Risiken lässt sich jedoch kein Ertrag zuordnen, so dass nicht von einer angemessenen Ertrags-/Risikorelation gesprochen werden kann. Das Ziel der Sparkasse ist eine grundsätzliche Minimierung bzw. Transferierung der operationellen Risiken. Steht der Aufwand für die Minimierung respektive Transferierung nicht in einem angemessenen Verhältnis zur Risikoreduktion, wird das Risiko akzeptiert.

Die Sparkasse verwendet für die aufsichtsrechtliche Ermittlung der operationellen Risiken den Basisindikatoransatz und für die risikoorientierte Ermittlung einen alternativen internen Ansatz als Bemessungsgrundlage.

Grundlage für einen angemessenen Umgang mit operationellen Risiken ist der bestehende Risikomanagementprozess, der die Identifizierung, die Bewertung / Messung, das Reporting und die Steuerung dieser Risiken sicherstellt. Die Instrumente zur Risikofrüherkennung werden im Rahmen dieses Prozesses fortlaufend weiterentwickelt.

Die Sparkasse unterscheidet hier zwei Sichtweisen. Zum einen erfolgt eine ex-post-Betrachtung der bereits tatsächlich eingetretenen Schadenfälle, die auf operationelle Risiken zurückzuführen sind. Diese Schadenfälle werden seit 2005 historisiert. Zum anderen werden im Zuge einer ex-ante-Betrachtung operationelle Risiken, die in der Zukunft in der Sparkasse auftreten können, in Form einer Risikoinventur identifiziert.

Im Rahmen des Risikocontrollings werden operationelle Risiken jährlich an den Vorstand, den Risikoausschuss sowie an den Verwaltungsrat der Sparkasse berichtet. Aktuell beträgt das operationelle Risiko der Sparkasse 2,2 Mio. EUR (Vorjahr 2,0 Mio. EUR) und beinhaltet Risikokonzentrationen bzgl. der Teilrisiken „Mitarbeiter“ und „Externe Einflüsse“. Ziel ist es, die Mitarbeiter durch geeignete Maßnahmen zu steuern und somit das Risiko zu begrenzen. Bereits in der Vergangenheit wurden Maßnahmen ergriffen, die weiterhin nachgehalten und erweitert werden. Dazu zählen unter anderem die Durchführung von Schulungen, Optimierung von Prozessen, Sensibilisierung von Mitarbeitern und die Durchführung von Traineeprogrammen. Die externen Einflussfaktoren sind deutlich schwerer zu beeinflussen. Die vorhandenen Prozesse, wie z. B. Maßnahmen gegen Internetbetrug, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die Risikoermittlung erfolgte durch eine Zusammen-

führung von historischen und zukünftigen sowie internen und externen Daten unter Verwendung eines Rechentools.

Das operationelle Risiko bleibt nach wie vor über den Bilanzstichtag hinaus bis zum Zeitpunkt der jährlichen Ermittlung konstant.

Bei der Minimierung der Mitarbeiterrisiken werden die finanziellen Rahmenbedingungen der Sparkasse berücksichtigt, so dass eine risikoorientierte Abwägung von Kosten und Nutzen eine angemessene Berücksichtigung findet.

Des Weiteren hat die Sparkasse das Ziel, durch eine Reduzierung des Komplexitätsgrades und langfristig weitere Standardisierung in den Prozessen Risiken aus den Geschäftsprozessen zu minimieren. Dabei konzentriert sie sich vorrangig auf die Optimierung im Kundengeschäft (Kreditgeschäft sowie Passiv- und Dienstleistungsgeschäft). Auf dieser Basis wird langfristig die Steuerung der Prozessqualität unter wirtschaftlichen Aspekten in Bezug auf die wesentlichen Prozesse sichergestellt.

Um die Wiederherstellung der Geschäftsprozesse und die Wiederanlaufbarkeit der IT nach einem Notfall sicherzustellen und damit den Schaden so gering wie möglich zu halten, hat die Sparkasse Pläne zur Notfallbewältigung erstellt und in einem zentralen BCM-Handbuch (Business Continuity Management-Handbuch) zusammengefasst. Des Weiteren ist im Bereich „IT-Sicherheit“ seit 2006 ein IT-Sicherheitsmanagementkonzept umgesetzt und ein IT-Sicherheitsmanager sowie ein Sicherheitsmanagementteam installiert worden.

Die Sparkasse verfolgt weiterhin konsequent das Ziel potenziellen Risiken in Bezug auf die IT, insbesondere Personen- und Betriebsrisiken, wirkungsvoll zu begegnen und somit dauerhaft die Sicherheit, Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit der IT zu gewährleisten. Im Mittelpunkt steht die Reduktion der Prozesskomplexität in den IT-Prozessen. Dies wird durch die konsequente Standardisierung und Fokussierung auf die Produkte der Finanz Informatik erreicht. Damit profitiert die Sparkasse vom hohen Sicherheitsniveau der Finanz Informatik.

Die operationellen Risiken hält die Sparkasse für vertretbar.

C.1.6 Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass das Kreditinstitut seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Liquiditätsrisiken ergeben sich aufgrund mangelnder Synchronitäten zwischen Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen, die vor allem durch die Fristentransformation und durch Unsicherheiten bei den erwarteten Zahlungsströmen begründet sind.

Strategisches Ziel der Liquiditätssteuerung der Sparkasse ist es, neben den erwarteten Zahlungsverpflichtungen auch einen unerwartet auftretenden Liquiditätsbedarf jederzeit erfüllen zu können. Die Sparkasse verändert hierzu die Diversifikation der

Vermögens- und Kapitalstruktur, um sich so auch vor eventuellen Risikokonzentrationen stärker zu schützen. In diesem Zusammenhang ist geplant, die Abhängigkeit von institutionellen Refinanzierungen langfristig zu reduzieren. Hier will die Sparkasse die bestehenden Refinanzierungsmöglichkeiten durch die Nutzung der gedeckten Refinanzierung weiter ausbauen. Neben einer Verbreiterung der Liquiditätsbasis sollen auch hier Zinsvorteile genutzt werden.

Die quantitative Bewertung des Liquiditätsrisikos erfolgt im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbeurteilung der GuV für 2017. Dabei werden die Teilrisiken des Liquiditätsrisikos gemäß Risikoinventur (z. B. Refinanzierungsrisiko, Abrufisiko, Marktliquiditätsrisiko) quantitativ und qualitativ bewertet. Der in der Risikotragfähigkeit eingestellte Risikowert beträgt 2,6 Mio. EUR und hat sich gegenüber 2016 um 1,2 Mio. EUR erhöht. Der Risikowert setzt sich aus 1,9 Mio. EUR für das Teilrisiko des Refinanzierungsrisikos, 0,15 Mio. EUR für die Eigenmittelaufnahme sowie insgesamt 0,5 Mio. EUR für die weiteren Teilrisiken (z. B. Abrufisiko, Marktliquiditätsrisiko) zusammen. Der Anstieg resultiert aus der Erhöhung des Refinanzierungsrisikos.

Das Liquiditätsmanagement der Sparkasse besteht aus der operativen und der strategischen Liquiditätssteuerung.

In der operativen Steuerung erfolgt die tägliche Disposition der Liquidität und somit die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit über den Geldmarkt. Darüber hinaus wird die Liquidität anhand der Kennziffern der Verordnung über die Liquidität der Institute (LiQV) sowie der Liquidity Coverage Ratio (LCR) gesteuert.

Die strategische Liquidität wird anhand von Zahlungsströmen und einer Betrachtung sogenannter Funding-Gaps (Refinanzierungslücken) auf Basis der jeweiligen Mittelfristplanung gesteuert und im Rahmen des BSM-DA überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich und enthält neben den Normalfällen sogenannte Risikofälle und einen Stressfall zur Betrachtung von unplanmäßigen Ereignissen. Die notwendigen Parameter und Limite werden vom Vorstand der Sparkasse festgelegt und mindestens einmal jährlich überprüft. Ebenfalls wird das Konzentrationsrisiko der Refinanzierung limitiert und mit dem Ziel der Vermeidung von zukünftigen Blockfälligkeiten gesteuert.

Des Weiteren sind sowohl Prozesse zur Erkennung eines Liquiditätsnotfalles als auch ein dann in Kraft tretender Notfallplan mit möglichen durchzuführenden Maßnahmen vorhanden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 und auch zum betrachteten Bilanzstichtag war die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen zu keiner Zeit bedroht. Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wurden stets erfüllt.

Im Folgenden werden beispielhaft einige aktuelle Kennzahlen und Werte informatorisch genannt. Die Liquiditätskennziffer der Liquiditätsverordnung beträgt zum 31. Dezember 2016 1,6 und liegt somit um 0,6 über dem aufsichtsrechtlichen Wert von 1,0. Die Kennzahl Liquidity Coverage Ratio gemäß der delegierten Verordnung 2015/61 beträgt zum 31. Dezember 2016 127,9 %. Somit liegt der Wert über der aufsichtsrechtlichen Mindestkennziffer von 70,0 %.

Die Sparkasse verfügt zum 31. Dezember 2016 über kurzfristige Tages- und Termingeldanlagen in Höhe von 421,0 Mio. EUR in der Direktanlage, von denen 122,0 Mio. EUR bei der EZB angelegt sind.

Im Rahmen der strategischen Steuerung wurden in 2016 langfristige Refinanzierungsmittel in Höhe von 105,0 Mio. EUR aufgenommen. Darin enthalten sind 77,0 Mio. EUR aus Pfandbriefemissionen sowie 28,0 Mio. EUR Sparkassenbriefe.

Im kommenden Geschäftsjahr sind Neuabschlüsse von langfristigen Refinanzierungsmitteln (ohne Betrachtung von Nachrangmitteln) in Höhe von 160,0 Mio. EUR gemäß Funding-Managementauftrag vom 6. Dezember 2016 geplant.

Für mögliche Nachrangaufnahmen besteht ein gesonderter Beschluss für 2017. Hier wird mit einer möglichen Aufnahme von bis zu 20,0 Mio. EUR geplant.

Bezogen auf die Refinanzierungspartner ist aufgrund des Volumens eine Konzentration auf die Landwirtschaftliche Rentenbank vorhanden. Blockfälligkeiten bestehen derzeit nicht.

Im Rahmen des Risikocontrollings wird monatlich an den Vorstand sowie vierteljährlich an den Risikoausschuss und den Verwaltungsrat der Sparkasse berichtet.

Die Liquiditätsrisiken hält die Sparkasse für vertretbar.

C.1.7 Vertriebsrisiken

Das Vertriebsrisiko beinhaltet die Gefahr von Ertragsrückgängen durch eine nicht erwartete Veränderung des Kundenverhaltens, die aus internen und externen Einflussfaktoren resultieren kann. Neben strategischen Entscheidungen des Vorstandes über das bankbetriebliche Leistungsprogramm und die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Produkte der Sparkasse sind auf externer Seite grundlegende gesellschaftliche Veränderungen oder auch nicht vorhersehbares Auftreten neuer Wettbewerber bzw.



eine schnellere und effizientere Marktreaktion von Wettbewerbern anzuführen.

Dem Vertriebsrisiko sind die Teilrisiken Provisionsrisiko und Zinsmargenrisiko (Gefahr sich verändernder Bilanzpositionen und Margen) zuzuordnen.

Mindestens jährlich erfolgt eine periodische Messung der Vertriebsrisiken. Die Ergebnisse hieraus fließen in die Berechnung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse ein. Für das Vertriebsrisiko im Zinsüberschuss der Sparkasse sind für den Risikofall 2017 -2,8 Mio. EUR in der periodischen Risikotragfähigkeit eingestellt (Vorjahr -3,4 Mio. EUR). Für das Vertriebsrisiko im Provisionsüberschuss der Sparkasse sind für den Risikofall 2017 -5,5 Mio. EUR in der periodischen Risikotragfähigkeit eingestellt (Vorjahr -5,0 Mio. EUR).

Als regional tätige Sparkasse mit schwerpunktmäßiger Ausrichtung auf den Vertrieb ist die Sparkasse zwangsläufig Vertriebsrisiken ausgesetzt. Das wichtigste Ziel ist daher die Sicherstellung der Einhaltung der im Zuge der jährlichen Gesamthausplanung verankerten Zielwerte auf Gesamthaus-, Abteilungs-, Vertriebsregions-, Filial- und Mitarbeiter-Ebene durch entsprechende Maßnahmen. Unterjährige Abweichungen sind frühzeitig zu identifizieren und mit Maßnahmen zur Gegensteuerung zu hinterlegen.

Das Vertriebsrisiko wird unterjährig durch zwei aufeinander abgestimmte Prozesse gesteuert.

Zum einen verifiziert die Sparkasse den erwarteten Erfolgswert unterjährig anhand von Planungsüberprüfungen. Die Ergebnisse werden dem Vorstand monatlich und dem Verwaltungsrat der Sparkasse vierteljährlich mitgeteilt. Für die Planüberprüfungen werden Hochrechnungen und Einschätzungen von Experten in der Sparkasse verwendet. Bei jeder neuen Planung wird die Zweckmäßigkeit und Güte der verwendeten Methoden und Parameter überprüft.

Zum anderen sind die Planwerte in Form von Vertriebszielen auf die Marktbereiche verteilt. Die Zielerreichung einzelner Vertriebsstellen wird mindestens monatlich gemessen.

Aus diesen Prozessen werden - sofern erforderlich - Maßnahmen initiiert, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Aufgrund der strategischen Ausrichtung der Sparkasse als Universal-Finanzdienstleister ergibt sich eine risikomindernde Wirkung durch die breite Aufstellung in der Produktpalette und in den angesprochenen Kundengruppen. Abweichungen in einzelnen Produktfeldern können gegebenenfalls durch Ergebnissteigerungen in anderen Bereichen kompensiert werden.

Das Vertriebsrisiko hält die Sparkasse für vertretbar.

C.1.8 Zusammenfassung der Risikolage

Das Gesamtbankrisiko, das sich im Wesentlichen aus der Zusammenführung der zuvor genannten Risiken ergibt, ist durch das eingesetzte Risikokapital der Risikotragfähigkeit abgeschirmt. Die Risikotragfähigkeit bildet die Grundlage für den Risikomanagementprozess der Sparkasse. Sie bezeichnet die Fähigkeit der Sparkasse, die Risiken des Bankgeschäftes durch die vorhandenen finanziellen Mittel zu decken. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn alle wesentlichen Risiken des Institutes laufend durch das zur Verfügung stehende Risikokapital abgedeckt sind.

Die Steuerung erfolgt über den GuV-Status. Die regulatorische Sicht ist hierbei zwingend zu berücksichtigen. Bei der Berechnung des Eigenkapitals, das als Risikokapital zur Verfügung steht, steht die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften im Vordergrund. Das verbleibende Eigenkapital nach Eintritt des Risikofalles soll ausreichen, um eine Gesamtkapitalquote von mindestens 12,25 % sicherzustellen. Das Risikotragfähigkeitskonzept ist daher auf die Fortführung der Geschäfte ausgerichtet (Going Concern).

In 2016 hat sich durch die Zuführung von 30,1 Mio. EUR zu den Reserven gemäß § 340g HGB im Rahmen des Jahresabschlusses für 2015 die Eigenkapitalsituation weiter verbessert. Unter Berücksichtigung aller anerkannten Eigenkapitalkomponenten ergäbe sich nach den Berechnungen zum Jahresende 2016 auf den Betrachtungstichtag 31. Dezember 2017 bei Eintritt des Risikofalles eine Gesamtkapitalquote von 12,55 %.

Im Rahmen der prospektiven Risikotragfähigkeit sowie zur Kapitalplanung unter Berücksichtigung der ermittelten Risiken ist - im Hinblick auf die erhöhten Eigenmittelanforderungen gemäß der CRR in Verbindung mit dem neu eingeführten SREP-Zuschlag sowie mit der gegebenen Fälligkeitsstruktur der Eigenmittelbestandteile - auch eine weitere Stärkung des Eigenkapitals durch Zuführung zu den Reserven gemäß § 340g HGB der Sparkasse vorgesehen.

Die Berechnung der steuerungsrelevanten periodischen Risikotragfähigkeit erfolgt monatlich durch die Zusammenführung sämtlicher Risiken. Die Betrachtung des Gesamtrisikos erfolgt durch Addition der Einzelrisiken. Die Ermittlung der Risiken in dieser periodischen Sichtweise erfolgt auf den Planungshorizont des laufenden Jahres. Ab Mitte des Jahres erfolgt eine Berechnung der Risiken für das Folgejahr.

Wesentliche Treiber im Risikofall der Risikotragfähigkeit sind das Bewertungsergebnis Kundenkreditgeschäft, das Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie das sonstige Bewertungsergebnis (Beteiligungen). Die Limitierung der einzelnen Risikoarten erfolgt über die GuV-Positionen. Unbedeutende Einzellimitüberschreitungen im Risikofall gab es im Jahresverlauf beim Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, Sachaufwand, sonstigen ordentlichen Aufwand sowie beim neutralen Ergebnis. Das Gesamtlimit war jederzeit eingehalten. Die Risikotragfähigkeit auf Gesamthausebene war jederzeit gegeben.

Neben dem Wertpapiergeschäft stehen die Kreditrisiken im Fokus des Risikomanagements. Die Risiken aus dem Kreditgeschäft hat die Sparkasse unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angemessen in die Risikotragfähigkeit eingestellt. Die bereits bestehenden Maßnahmen zur gezielten Steuerung dieser Risiken werden erfolgreich in den laufenden Prozessen risikomindernd umgesetzt. Die weitere Optimierung der Prozesse wird auch in den Folgejahren von Bedeutung sein.

Im Wertpapiergeschäft erfolgte die Bewertung der verzinslichen Papiere und der Fondsanlagen des Anlagebestandes im Jahresabschluss grundsätzlich zum gemilderten Niederstwertprinzip. Der im Anlagebestand befindliche Spezialfonds wird nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei allen anderen Positionen hat die Sparkasse ebenfalls das strenge Niederstwertprinzip angewandt.

Im sonstigen Bewertungsergebnis hat die Sparkasse eventuelle Belastungen aus Beteiligungen in den Szenarien der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Nach dem vorliegenden Ergebnis der Wertermittlungen und Prüfungen haben sich zum 31. Dezember 2016 Wertberichtigungserfordernisse in Höhe von 2,0 Mio. EUR ergeben.

Im zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzten Swapbuch sind am Bilanzstichtag stille Lasten in Höhe von 62,9 Mio. EUR (Vorjahr: 86,5 Mio. EUR) und stille Reserven in Höhe von 31,0 Mio. EUR (Vorjahr: 33,3 Mio. EUR) vorhanden. Vermiedene Abschreibungen im Wertpapierportfolio bestehen in Höhe von 26,7 TEUR. Bezüglich weiterer stiller Lasten wird auf den Anhang verwiesen.

Neben der Risikotragfähigkeitsberechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ergebnissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden nicht berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit wird als gegeben angesehen. Die Sparkasse beurteilt die Risikolage als vertretbar.

C.2 Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung mitsamt Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Das wirtschaftliche Umfeld ist - wie auch die letzten Jahre gezeigt haben - ein bedeutender Faktor für den Erfolg der Sparkasse. Daher wird zunächst ein Ausblick auf das erwartete künftige wirtschaftliche Umfeld gegeben, um dann die Wirkung auf die Sparkasse mit den damit verbundenen Chancen und Risiken zu skizzieren. Die Aussagen stützen sich dabei auf den Monatsbericht Dezember 2016 der Deutschen Bundesbank.

C.2.1 Ausblick auf das wirtschaftliche Umfeld

In Deutschland ist für das Jahr 2017 mit einem ähnlichen, wenn gleich etwas schwächeren Wachstum wie 2016 zu rechnen. Die Deutsche Bundesbank erwartet in ihrer Konjunkturprojektion von Dezember 2016 für 2017 ein Wachstum von 1,5 %, womit sich Deutschland im hinteren Drittel des Euroraums bewegt. Das Wachstum der Wirtschaft dürfte im ersten Quartal lebhaft ausfallen und anschließend nachlassen. Der private Konsum bleibt stabil, dürfte aber im Jahresverlauf ebenso wie die Wohnungsbauinvestitionen an Dynamik verlieren, während der Staatskonsum zulegen sollte.

Die Preisentwicklung in Deutschland und im Euroraum bleibt weiter gedämpft, jedoch sollte die Inflationsrate 2017 aufgrund des auslaufenden Basiseffekts der Rohstoffpreise gegenüber dem Vorjahr steigen, auch weil das deutsche Wachstum nun das vierte Jahr in Folge oberhalb der Potenzialrate liegen sollte und die Kapazitätsauslastung steigt. Da sich aber im Euroraum keine spürbare weitere Belebung des Wachstums abzeichnet, dürfte der zusätzliche Preisdruck gedämpft bleiben und die Inflation um ihre Kernrate von etwa 1,4 % oszillieren. Aufgrund der erwarteten Haushaltsdefizitauseitung in den USA könnte die Inflationsrate rascher zum EZB-Ziel zurückkehren, als diese aktuell prognostiziert.

Das Geschäftsumfeld der deutschen Banken ist weiterhin durch ein historisch niedriges Nominalzinsniveau als Folge der langjährigen europäischen Wachstumsschwäche bestimmt. Das europäische Bankgeschäft zeichnet sich allgemein durch einen Verdrängungswettbewerb im Privatkundengeschäft, rückläufige Margen im Einlagengeschäft und disruptive Technologien aus. Darüber hinaus führt die Umsetzung von gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erheblichen administrativen und kostenseitigen Mehraufwänden für die deutsche Kreditwirtschaft. Die Umsetzung des durch den Baseler Ausschuss veröffentlichten Rahmenwerkes zur CRR führt zu sukzessiv steigenden Kapitalanforderungen.

C.2.2 Planungen zur Geschäftsentwicklung und Vermögenslage sowie der Finanz- und Ertragslage

Geschäftsentwicklung und Vermögenslage

In seiner Sitzung am 5. Mai 2014 hat der Gemeinsame Ausschuss des DSGV den überregionalen Stützungsfall für die Sparkasse Südholstein festgestellt und einen Kapitalisierungsbeschluss getroffen. Grundlage bildete eine Sanierungsplanung für den Zeitraum von 2014 bis einschließlich 2020. Unter Berücksichtigung der beschriebenen Sanierungsmaßnahmen, neuer Bilanzdaten und dem herrschenden wirtschaftlichen Umfeld wurde die mittelfristige Unternehmensplanung der Sparkasse aktualisiert. Die Ergebnisse dieser Ertrags- und Aufwandsplanung wurden entsprechend in die Kapitalplanung der Sparkasse übertragen. Ferner hat die Sparkasse, auf Basis der unterstellten Entwicklung des Geschäftsvolumens und der damit verbundenen Auswirkungen auf die im Risikobericht

dargestellten Risiken, ihre Risikotragfähigkeit für den Planungszeitraum ermittelt und die Ergebnisse ebenfalls in die Kapitalplanung der Sparkasse einfließen lassen. Die Kapitalplanung der Sparkasse ist somit grundsätzlich konsistent auf die Risikotragfähigkeitsrechnung und die Planungsannahmen für die Geschäftsentwicklung bis in das Jahr 2021 aufgebaut.

Im Rahmen des skizzierten Umfelds geht die Sparkasse für das Jahr 2017 von einem Anstieg der Forderungen an Kunden aus, der vor allem aus dem Firmenkundensegment resultieren wird. Bei der Ausweitung der Kredite an Kunden wird die Sparkasse auch weiterhin darauf achten, das Kreditrisiko zu begrenzen.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden waren in den vergangenen Jahren stark vom Aufschwung und einer guten Risikovorsorge beeinflusst und werden sich in den Folgejahren auf einem im langjährigen Vergleich niedrigem Niveau bewegen. Steuernde Maßnahmen im Kreditrisikomanagement tragen dazu bei, dieses Ziel auch in einem wirtschaftlich weniger stabilen Umfeld sicherzustellen.

Für die Kundeneinlagen geht die Sparkasse für 2017 ebenfalls von moderat steigenden Volumina aus.

Die Durchschnittsbilanzsumme (DBS) wird sich voraussichtlich von 4.813 Mio. EUR in 2016 auf 4.967 Mio. EUR in 2017 erhöhen.

Finanzlage

Für das Jahr 2017 sind keine größeren Neu- und Ersatzinvestitionen geplant, die die Finanzlage wesentlich beeinflussen würden.

Die strategische Risikosteuerung betrachtet mit der dazugehörigen Limitierung zum einen die Reichweite der liquiden Mittel und zum anderen ein aus der Mittelfristplanung und aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgeleitetes Funding-Gap. Die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Kennziffern, vor allem der Kennzahl gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) sowie der Liquidity Coverage Ratio (LCR), stellt weiterhin eine strenge aufsichtsrechtliche Nebenbedingung für die Steuerung der Liquiditätsposition dar. Zusätzlich werden im Rahmen der operativen und strategischen Steuerung die weiteren Anforderungen aus Basel III und der CRR berücksichtigt, um durch eine entsprechende Ausrichtung der relevanten Einflussgrößen frühzeitig eine Einhaltung der neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen sicherzustellen.

Die festgelegten Limite versteht die Sparkasse dabei als Risikotoleranz. In der operativen Steuerung sind das die Werte zur Einstufung „Grün“ von 1,3 für die LiqV und 110 % für die LCR in 2017 und ab 2018 130 %. In der strategischen Steuerung werden zur Einstufung „Grün“ bezogen auf die Reichweiten im Normalfall 12 Monate und im Risikofall 6 Monate festgelegt.

Ertragslage

Nach der Ertrags- und Aufwandsplanung sollen sich die wesentlichen Kennziffern für 2017 sowie die Zielgröße in 2021 im Vergleich zu 2016 wie folgt entwickeln:

Wesentliche Kennziffern	2016	2017	Zielgröße 2021
	in % zur DBS		
Zinsüberschuss	2,01	1,94	1,69
Provisionsüberschuss	0,70	0,74	0,79
Personalaufwand	1,25	1,24	1,09
Sachaufwand	0,76	0,74	0,62
Betriebsergebnis vor Bewertung	0,71	0,70	0,78
Betriebsergebnis nach Bewertung	0,59	0,34	0,27
Durchschnittliche Bilanzsumme in Mio. EUR	4.813	4.967	5.545
Cost Income Ratio	74%	74%	69%

Bei den Berechnungen wurde für 2017 eine moderate Steigerung des Zinsniveaus insbesondere in den langen Laufzeitbändern und für den Planungszeitraum bis 2021 eine weitere Steigerung des Zinsniveaus über alle Laufzeitbänder mit einer etwas steileren Zinsstrukturkurve unterstellt. Der weiterhin prognostizierte Rückgang des Zinsergebnisses in Prozent zur DBS bis 2021 ist unter anderem auf die steigende Bilanzsumme zurückzuführen. Der Anstieg wird vor allem wegen einer Intensivierung des Firmenkundengeschäftes erwartet. Der Zinsüberschuss wird auch in absoluten Zahlen unter dem Niveau von 2016 verharren. Die Auswirkungen des anhaltenden Niedrigzinsniveaus werden hier deutlich und können durch Ertragssteigerung im Firmenkundengeschäft bestenfalls kompensiert werden. Aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität im Firmenkundengeschäft und des Risikos einer Verstetigung des niedrigen Zinsniveaus sind jedoch Risiken für die prognostizierte Entwicklung nicht auszuschließen. Sollte zum Beispiel die Niedrigzinsphase länger als erwartet fortauern, werden sich der Zinsüberschuss und damit auch das Betriebsergebnis reduzieren. Weiterhin ist die der Planung zu Grunde liegende Annahme der konjunkturellen Entwicklung in den Jahren nach 2017 mit deutlichen Unsicherheiten behaftet, die sich jedoch positiv wie auch negativ auf die Planergebnisse auswirken können.

Der Provisionsüberschuss soll in 2017 von 0,70 % auf 0,74 % der DBS wachsen. Wir gehen in unserer Planung von einem weiter steigenden Provisionsüberschuss in nahezu allen Bereichen aus, so dass wir in 2021 mit einer Zielgröße von 0,79 % der DBS planen. Dieses Wachstum soll durch eine qualitativ gute Beratung und die Nutzung aller Medien erreicht werden, um die Marktpräsenz der Sparkasse zu erhöhen und die Kundenbindung zu vertiefen. Auch hier ist die bestehende Wettbewerbsintensität



zwischen den Marktteilnehmern der entscheidende Risikotreiber. Weiterhin kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere gesetzliche Neuregelungen die geplanten Erlössteigerungen eliminieren, zum einen in Form höherer Kosten und zum anderen in Form eines sich stark verändernden Kundenverhaltens.

Beim Personalaufwand wirken sich vor allem die Tarifsteigerungen erhöhend auf die durchschnittlichen Kosten pro Mitarbeiter aus, während die in 2014 begonnenen Personalmaßnahmen durch deutlich sinkende MAK eine Entlastungswirkung zeigen. Zusammengefasst können die Personalkosten in absoluter Höhe stabilisiert werden, wohingegen sie in Relation zur DBS sinken.

Auch der Sachaufwand wird nach den Planungen relativ gesehen weiter sinken. Hier wirken sich vor allem die entsprechenden Maßnahmen im Rahmen eines stringenten Sachkosten-Managements positiv aus. Insgesamt werden die Sachkosten in 2021 0,62 % der DBS betragen. Die Planung des Sachaufwandes berücksichtigt unter anderem die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen im Rahmen der Sanierungsplanung der Sparkasse, welche bereits teilweise umgesetzt werden konnten. Inwieweit die Maßnahmen, mit den entsprechenden Auswirkungen auf den tatsächlichen Sachaufwand, vollständig und in dem geplanten Zeitraum umgesetzt werden können, ist mit entsprechenden Risiken behaftet.

Insgesamt wird für die Verwaltungskosten für 2017 ein Wert von 1,98 % zur DBS prognostiziert. Dieser liegt im Vergleich mit den Sparkassen in Schleswig-Holstein und auch auf Bundesebene noch deutlich über dem Durchschnitt. In ihrer Zielgröße für 2021 plant die Sparkasse mit Verwaltungskosten von 1,71 % zur DBS, liegt dann unter dem aktuellen Niveau der Sparkassen des Regionalverbandes und damit im Bundesdurchschnitt.

Auf Basis der Planung soll das Betriebsergebnis vor Bewertung in 2017 bei 0,70 % zur DBS auslaufen. Dieses soll sich schrittweise auf 0,78 % zur DBS in 2021 erhöhen.

Das Bewertungsergebnis berücksichtigt das Ergebnis aus dem Kreditgeschäft, dem Wertpapiergeschäft und den Beteiligungsrissen. Im Kreditgeschäft erwartet die Sparkasse in 2017 eine Belastung in Höhe von 0,24 % der DBS. Der Anstieg zu den Istwerten 2016 resultiert aus dem Vergleich der tatsächlich eingetretenen Vorsorgenotwendigkeiten mit der Prognose der möglichen Risikovorsorge vor allem auf Basis eines mathematisch statistischen Modells. Hintergrund hierfür ist die Annahme, dass das lediglich leicht negative Bewertungsergebnis in 2016 aufgrund der in den vergangenen Jahren positiven konjunkturellen Entwicklung und dem niedrigen Zinsniveau nicht uneingeschränkt in die Zukunft fortgeschrieben werden kann. Ferner besteht das Risiko, dass sich die Rückkehr der Staatsschuldenkrise oder der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU negativ auf die Konjunktur und damit mittelfristig auch auf die Risikovorsorge negativ auswirken wird. Derartige unerwartete Risiken berücksichtigen wir im Rahmen unserer Risikosteuerung im Risikofall. Auf die Ausführungen im Risikobericht unter C.1.2 Adressenrisiken wird verwiesen.

Die Sparkasse plant das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft auf Basis einer qualifizierten Ermittlung für 2017 leicht negativ mit -0,07 % der DBS. Wie auch beim Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft wird dieses stark von politischen Ereignissen und auch der zukünftigen Zinsentwicklung abhängig sein. Insoweit besteht ein Risiko, dass darüber hinaus weitere Wertveränderungen aufgrund der allgemeinen Marktentwicklung sowie die Entwicklung von Bonitätsrisiken einzelner Emittenten im Anlagenportfolio nicht generell ausgeschlossen werden können. Diese unerwarteten Risiken berücksichtigen wir im Rahmen unserer Risikosteuerung im Risikofall. Auf die Ausführungen im Risikobericht unter C.1.3 Marktpreisrisiken wird verwiesen.

Das Bewertungsergebnis für Beteiligungen erwartet die Sparkasse für 2017 i.H.v. -0,05 % der DBS und damit ein Ergebnis auf dem Niveau von 2016 (-0,04 % der DBS). In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die gehaltenen Beteiligungen insbesondere strategischer Natur sind und die Einflussmöglichkeiten auf die Wertentwicklung nicht aktiv seitens der Sparkasse gesteuert werden können.

Insgesamt sind die geplanten Bewertungsergebnisse auf Basis der genutzten Verfahren für die Planung fortgeschrieben.

Somit wird in 2017 ein Ergebnis nach Bewertung von 0,34 % der DBS erwartet. Durch die eingeleiteten Maßnahmen und deren erfolgreiche Umsetzung sollte es möglich sein, die negativen Auswirkungen des extrem niedrigen Zinsniveaus auszugleichen und das Ergebnis nach Bewertung auf 0,27 % zur DBS in 2021 zu stabilisieren.

Risiken für die Planung bestehen weiterhin in den nach Einschätzung der Sparkasse weitreichenden Auswirkungen der neuen Eigenkapitalregeln und Liquiditätskennziffern sowie weiterer neuer Regulierungsmaßnahmen auf die zukünftige Geschäftspolitik und damit auf die Geschäftsentwicklung der Sparkasse. Insgesamt werden sich die bereits bekannten und möglicherweise noch kommenden Regeln auf die Kreditvergabe und den Wettbewerb um Kundeneinlagen sowie bei den Eigenanlagen auswirken.

Die größeren Herausforderungen ergeben sich aktuell zum einen aus der geplanten Ertragssteigerung im Kundengeschäft und zum anderen aus dem momentan vorherrschenden Niedrigzinsumfeld.

Für 2017 wird unter Berücksichtigung des Sanierungspfades mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Die in Aussicht gestellten Entwicklungen setzen vor dem Hintergrund der ehrgeizigen Planungen der Sparkasse ein zielgerichtetes Handeln voraus. Dabei ergeben sich für die Sparkasse in Teilbereichen auch Chancen, besser als in den Planungen vorgesehen abzuschneiden. Hier ist insbesondere die dynamische Entwicklung im Hamburger Randgebiet sowohl im Immobiliengeschäft als auch im Firmenkundengeschäft zu nennen. Bei anhaltend positiver Entwicklung könnten sich in diesen

Bereichen die Erträge durch eine überproportionale Geschäftsentwicklung besser entwickeln als prognostiziert.

Ebenfalls könnte sich aufgrund zusätzlicher Ausgabenspielräume der öffentlichen Hand im Zusammenspiel mit einer vergrößerten Investitionsneigung zusätzlicher Bedarf für Finanzierungen im Firmenkundengeschäft ergeben.

Bei den nicht finanziellen Leistungsindikatoren könnte eine schnellere Umsetzung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Strukturierung der Prozesse innerhalb der Sparkasse dazu führen, dass die Leistungspotentiale von Mitarbeitern besser ausgeschöpft werden, mit entsprechenden Folgewirkungen auf die Felder Beratungsqualität und Kundenzufriedenheit.

Bei den Planungen wurden die Anforderungen der CRR sowie der CRD IV berücksichtigt. Dabei ist aber deutlich darauf hinzuweisen, dass die Aufsicht weiterhin an der Konkretisierung der Anforderungen arbeitet und weitere Veränderungen in den Anforderungen wahrscheinlich sind. Wie bereits beschrieben, kann dies Auswirkungen auf die zukünftige Geschäftsentwicklung der Sparkasse haben.

D Schlussbemerkung

Dieser Lagebericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen und Informationen. Solche vorausschauenden Aussagen beruhen auf den heutigen Erwartungen und bestimmten Annahmen der Sparkasse. Sie bergen daher eine Reihe von Risiken und Unsicherheiten.

Eine Vielzahl von exogenen Faktoren wirken sich auf die Geschäftsaktivitäten, den Erfolg, die Geschäftsstrategie und die Ergebnisse der Sparkasse aus. Diese Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, Erfolge und Leistungen der Sparkasse wesentlich von den zukunftsgerichteten Aussagen abweichen.

Neumünster, den 18. April 2017



Andreas Fohrmann
Vorstandsvorsitzender



Martin Deertz
Vorstandsmitglied



Eduard Schlett
Vorstandsmitglied





Sonstige Angaben

Filialen (Stand 31. Dezember 2016)

Hauptstelle

Kieler Straße 1, 25434 Neumünster

Gesondertes Verwaltungsgebäude

Oderstraße 35, 24539 Neumünster
Saalestraße 8, 24539 Neumünster

Filialen

Bad Bramstedt	Bleek 1, 24576 Bad Bramstedt
Bad Segeberg	Oldesloer Str. 24, 23795 Bad Segeberg
Bad Segeberg-Nord	An der Trave 28, 23795 Bad Segeberg
Barmstedt	Königstr. 19 - 21, 25355 Barmstedt
Bönningstedt	Bahnhofstr. 9, 25474 Bönningstedt
Boostedt	Bahnhofstr. 14, 24598 Boostedt
Bornhöved	Am Alten Markt 9 a, 24619 Bornhöved
Ellerau	Berliner Damm 6, 25479 Ellerau
Ellerbek	Pinneberger Str. 155, 25474 Ellerbek
Geschendorf	Dorfstr. 29, 23815 Geschendorf
Halstenbek	Hauptstr. 33, 25469 Halstenbek
Helgoland	Friesenstr. 59, 27498 Helgoland
Henstedt-Ulzburg	Hamburger Str. 83, 24558 Henstedt-Ulzburg
Henstedt-Rhen	Wilstedter Str. 41, 24558 Henstedt-Ulzburg
Kaltenkirchen	Holstenstr. 32, 24568 Kaltenkirchen
Kölln-Reisiek	Köllner Chaussee 27, 25337 Kölln-Reisiek
Leezen	Hamburger Str. 40, 23816 Leezen
Nahe	Segeberger Str. 21, 23866 Nahe
Neumünster-Faldera	Ehndorfer Str. 153, 24537 Neumünster
Neumünster-Gadeland	Segeberger Str. 63, 24539 Neumünster
Neumünster-Großflecken	Großflecken 68/72, 24534 Neumünster
Neumünster-Tungendorf	Am Kamp 2, 24536 Neumünster
Neumünster-Wittorf	Mühlenstr. 7, 24539 Neumünster
Norderstedt-Garstedt	Berliner Allee 40 b, 22850 Norderstedt
Norderstedt-Glashütte	Tangstedter Landstr. 502, 22851 Norderstedt
Norderstedt-Ulzburger Str.	Ulzburger Str. 363 e, 22846 Norderstedt
Pinneberg-Kundencenter	Friedrich-Ebert-Str. 33 (Rathauspassage), 25421 Pinneberg
Pinneberg-Quellental	Oeltingsallee 30, 25421 Pinneberg
Quickborn	Kieler Str. 100, 25451 Quickborn
Rellingen	Hauptstr. 49, 25462 Rellingen
Schenefeld	Kiebitzweg 2, 22869 Schenefeld
Tornesch	Tornescher Hof 1 - 5, 25436 Tornesch
Trappenkamp	Am Markt 1, 24610 Trappenkamp
Uetersen	Wassermühlenstr. 5, 25436 Uetersen
Wahlstedt	Markt 1, 23812 Wahlstedt

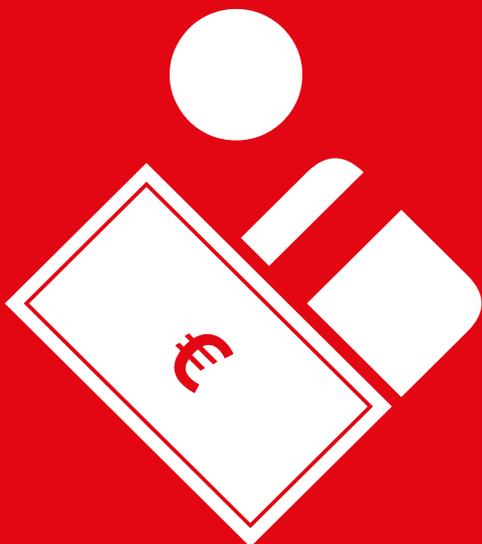


Selbstbedienungs-Filialen

Standorte

24576 Bad Bramstedt
 23795 Bad Segeberg
 23795 Bad Segeberg
 25485 Bilsen
 24558 Henstedt-Ulzburg
 24568 Kaltenkirchen
 24534 Neumünster
 24534 Neumünster
 24539 Neumünster
 24539 Neumünster
 24539 Neumünster
 24536 Neumünster
 24536 Neumünster
 21844 Norderstedt
 21844 Norderstedt
 25421 Pinneberg
 25497 Prisdorf
 25451 Quickborn-Halenberg
 22869 Schenefeld
 23867 Sülfeld
 25436 Uetersen

Oskar-Alexander-Str. 26, Rheumaklinik Bad Bramstedt GmbH
 Kurhausstr. 50
 Ziegelstr. 1, Möbel-Kraft
 Beim Denkmal 2, Fa. Mohr
 Gutenbergstr. 7, real SB-Warenhaus
 Kisdorfer Weg, Famila Handelsmarkt
 Fabrikstr. 21, Holstengalerie (Erdgeschoss & Parckdeck)
 Friesenstr. 11, Friedrich-Ebert-Krankenhaus
 Grüner Weg 9, NORTEX-Mode-Center
 Haart 224, Famila Handelsmarkt
 Oderstr. 11, Designer Outlet Center
 Stoverweg/Baeyerstr.1, a + b center
 Wasbeker Str. 330, Freesen-Center real SB-Warenhaus
 Stormarnstr. 33 - 41, Famila Handelsmarkt
 Ulzburger Str. 547
 Flensburger Str. 3, Famila-Handelsmarkt
 Peiner Hag 1, Marktkauf-Verbrauchermarkt
 Pascalstr. 9, Famila Handelsmarkt
 Kiebitzweg 2, Casino im Stadtzentrum
 Neuer Weg 14, Edeka-Aktiv-Markt Oertwig
 Großer Sand 96, Famila-Handelsmarkt



Bericht des Verwaltungsrates

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat der Sparkasse kam im Geschäftsjahr 2016 zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. Im Rahmen dieser Sitzungen hat der Verwaltungsrat seine ihm nach Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben wahrgenommen, ließ sich durch den Vorstand ausführlich, regelmäßig und zeitnah über die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Risikolage und das Risikomanagement der Sparkasse unterrichten. Der Verwaltungsrat war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Sparkasse eingebunden. Der Verwaltungsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes überzeugt.

Der Risikoausschuss des Verwaltungsrates entschied im Geschäftsjahr 2016 in sieben Sitzungen über Kredit- und Darlehensanträge in seinem Zuständigkeitsbereich und nahm seine ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesene Überwachungsaufgabe durch die Erörterung der Gesamtbank- und der Risikostrategie sowie der Risikosituation mit dem Vorstand wahr. Der Prüfungsausschuss des Verwaltungsrates befasste sich im Geschäftsjahr 2016 in einer Sitzung insbesondere mit der Vorberaterung des Ergebnisses über die Jahresabschlussprüfung 2015, den Ergebnissen von im Geschäftsjahr 2015 extern durchgeführten Prüfungen und mit der Berichterstattung über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems. Der Präsidialausschuss des Verwaltungsrates trat in vier Sitzungen zusammen.

Feststellungen zum Verwaltungsrat gemäß § 25 d Abs. 11 KWG

Größe, Zusammensetzung und Struktur des Verwaltungsrates ergeben sich aus dem Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein sowie der Satzung der Sparkasse. Die Größe des Verwaltungsrates bestehend aus 21 Personen ist für die Sparkasse angemessen und sachgerecht.

Die vom Verwaltungsrat eingerichteten Ausschüsse sind ausreichend und sachgerecht, um den gesetzlichen Anforderungen nachzukommen und die Arbeit des Verwaltungsrates effizient zu gestalten. Die Aufgaben der Ausschüsse sind hinreichend konkret. Der Verwaltungsrat wurde u.a. über seine Auskunftsrechte, die Arbeit seiner Ausschüsse sowie auf Basis eines zusammenfassenden Überblicks über die Vergütungssysteme informiert.

Der Verwaltungsrat verfügt als Gesamtgremium über die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung zur Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Feststellungen zur Geschäftsleitung gemäß § 25 d Abs. 11 KWG

Die Größe der Geschäftsleitung, die aus 3 Personen besteht, ist für die Sparkasse angemessen und sachgerecht. Die Aufgaben sind innerhalb des Vorstands entsprechend den Anforderungen der MaRisk an die Funktionstrennung sinnvoll verteilt.

Der Vorstand als Gesamtgremium ist fachlich geeignet und verfügt über ausreichend Erfahrung, um die Sparkasse zu leiten. Auch die einzelnen Mitglieder des Vorstands sind fachlich geeignet und verfügen über ausreichend Erfahrung für die zugewiesenen Aufgaben. Bezüglich der Leistungsbewertung des Gesamtvorstands wird auf den Jahresabschluss bzw. den entsprechenden Prüfungsbericht verwiesen.

Der Vorstand hat seine Aufgaben hinreichend wahrgenommen, um die in der Geschäftsstrategie der Sparkasse festgelegten Ziele zu erreichen.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein führte im Geschäftsjahr 2016 in der Sparkasse die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen des Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäftes sowie die Prüfung der getroffenen Vorkehrungen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie von sonstigen strafbaren Handlungen durch. Außerdem nahm sie eine Risikomanagement- und eine Risikolageprüfung vor, die die Prüfung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen zum Gegenstand hatte.

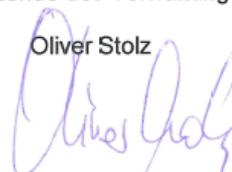
Die Prüfungsstelle hat des Weiteren den durch den Vorstand der Sparkasse aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht für das Jahr 2016 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

In seiner heutigen Sitzung hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2016 festgestellt und den Lagebericht gebilligt.

Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2016 spricht der Verwaltungsrat dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse aus.

Neumünster, den 12. Juni 2017

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Oliver Stolz






Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016

Der
Unterschied
beginnt beim
Namen

wir sind den **Menschen verpflichtet:**
50 Millionen Kunden mit 50 Millionen unterschiedlichen
Bedürfnissen. Deshalb verkaufen wir nicht einfach Finanzprodukte, sondern
erklären sie so, dass jeder sie versteht. Da, wo unsere Kunden
sind, da sind auch wir zu Hause. Deshalb bieten wir nicht
nur Sicherheit
für ihr Geld, sondern
Unterstützung für die ganze Region.
Als Finanzierungspartner Nr.1 fördern wir das Wachstum des
Mittelstands und einen Großteil der **Existenzgründungen**
in Deutschland: Das sichert Arbeitsplätze. Wir entwickeln
die Lösungen
von morgen, weil wir
an Sie und die **Zukunft** glauben. Schon heute haben wir
zum Beispiel die meistgenutzte **Finanz-APP**. Erleben
Sie den Unterschied. Bei Ihrer Sparkasse vor Ort und
auf www.sparkasse.de
wenn's um Geld geht - Sparkasse

der Sparkasse Südholstein

Land Schleswig Holstein

Aktivseite
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		37.135.387,74		36.839
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>129.998.985,97</u>		<u>85.416</u>
			167.134.373,71	<u>122.255</u>
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			0,00	<u>0</u>
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		162.086.094,57		141.699
b) andere Forderungen		<u>146.597.804,12</u>		<u>166.242</u>
			308.683.898,69	<u>307.941</u>
4. Forderungen an Kunden			3.993.142.353,85	3.894.564
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert		1.970.900.203,72 EUR		(1.977.589)
Kommunalkredite		<u>86.800.563,39 EUR</u>		<u>(90.889)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0,00 EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0,00 EUR	0,00	(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		112.115.653,39		132.036
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		112.115.653,39 EUR		(132.036)
bb) von anderen Emittenten		<u>174.088.194,29</u>		<u>163.598</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		166.054.330,51 EUR	286.203.847,68	295.634
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>484.694,01</u>	<u>(158.567)</u>
Nennbetrag		464.000,00 EUR		655
				(631)
			286.688.541,69	<u>296.289</u>
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			90.360.258,39	74.856
6a. Handelsbestand			0,00	261
7. Beteiligungen			58.467.966,46	53.792
darunter:				
an Kreditinstituten		76.693,78 EUR		(203)
an Finanzdienstleistungsinstituten		<u>0,00 EUR</u>		<u>(0)</u>
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			0,00	0
darunter:				
an Kreditinstituten		0,00 EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten		<u>0,00 EUR</u>		<u>(0)</u>
9. Treuhandvermögen			7.793.550,18	9.515
darunter:				
Treuhandkredite		7.793.550,18 EUR		(9.515)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		<u>120.679,00</u>		<u>33</u>
c) Geschäfts- oder Firmenwert		<u>0,00</u>		<u>0</u>
d) geleistete Anzahlungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			120.679,00	<u>33</u>
12. Sachanlagen			14.040.914,07	10.028
13. Sonstige Vermögensgegenstände			4.042.923,44	4.554
14. Rechnungsabgrenzungsposten			764.273,99	869
Summe der Aktiva			4.931.239.733,47	4.774.957

				Passivseite	
				31.12.2015	
	EUR	EUR	EUR	TEUR	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		691.479,48		251	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>775.430.669,24</u>		<u>758.764</u>	
			776.122.148,72	<u>759.015</u>	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.178.835.546,50			1.245.224	
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>4.952.109,31</u>			<u>5.886</u>	
		<u>1.183.787.655,81</u>		<u>1.251.110</u>	
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	2.232.353.159,27			2.019.990	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>160.492.033,18</u>			<u>113.167</u>	
		<u>2.392.845.192,45</u>	3.576.632.848,26	<u>2.133.157</u>	3.384.267
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen		3.676.332,86		10.762	
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>	
darunter:			3.676.332,86	10.762	
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)	
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00 EUR</u>			(0)	
3a. Handelsbestand			0,00	0	
4. Treuhandverbindlichkeiten			7.793.550,18	9.515	
darunter: Treuhandkredite	7.793.550,18 EUR			(9.515)	
5. Sonstige Verbindlichkeiten			5.147.619,64	11.874	
6. Rechnungsabgrenzungsposten			3.506.169,57	4.525	
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		25.023.275,00		25.093	
b) Steuerrückstellungen		<u>2.865.100,00</u>		<u>5.707</u>	
c) andere Rückstellungen		<u>23.409.066,66</u>		<u>26.846</u>	
			51.297.441,66	57.646	
8. (weggefallen)					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			35.567.616,29	85.568	
10. Genusssrechtskapital			0,00	0	
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)	
11. Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals			35.350.000,00	35.350	
12. Fonds für allgemeine Bankrisiken			61.692.256,18	41.981	
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	99.000,00 EUR			(99)	
13. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital	24.900.000,00			24.900	
ab) stille Einlagen	<u>123.666.841,90</u>			<u>123.667</u>	
		<u>148.566.841,90</u>		<u>148.567</u>	
b) Kapitalrücklage		10.723.158,10		10.723	
c) Gewinnrücklagen					
ca) Sicherheitsrücklage	215.163.750,11			215.164	
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>	
		<u>215.163.750,11</u>		<u>215.164</u>	
d) Bilanzgewinn		<u>0,00</u>		<u>0</u>	
			374.453.750,11	374.454	
Summe der Passiva			4.931.239.733,47	4.774.957	
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0	
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>106.064.343,51</u>		<u>115.989</u>	
Über weitere, nicht quantifizierbare Eventualverbindlichkeiten wird im Anhang berichtet.					
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>	
			106.064.343,51	115.989	
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0	
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>	
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>389.465.363,60</u>		<u>299.262</u>	
			389.465.363,60	299.262	

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2015 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	150.288.878,61			164.430
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen	3.388.259,95			4.546
		153.677.138,56		168.976
2. Zinsaufwendungen		61.899.776,96		74.934
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	11.566,47 EUR		91.777.361,60	(48)
				94.042
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2.358.494,45		1.721
b) Beteiligungen		2.111.295,49		3.459
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			4.469.789,94	5.180
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		35.021.467,49		34.174
6. Provisionsaufwendungen		2.254.088,11		2.264
			32.767.379,38	31.910
7. Nettoertrag des Handelsbestands			45.088,41	125
darunter: Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00 EUR			(15)
8. Sonstige betriebliche Erträge			5.912.248,58	7.108
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	361.623,00 EUR			(0)
9. (weggefallen)				
			134.971.867,91	138.365
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	48.072.558,31			48.910
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	12.279.345,15			12.613
darunter:		60.351.903,46		61.523
für Altersversorgung	3.502.762,01 EUR			(3.673)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		35.267.027,05		37.520
			95.618.930,51	99.043
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.382.101,48	1.444
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			5.794.680,35	10.543
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.284.704,52 EUR			(3.736)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.790.642,21		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		11.361
			1.790.642,21	11.361
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		3.721.909,49		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		84
			3.721.909,49	84
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00		0
18. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			19.711.237,59	30.097
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			6.952.366,28	8.683
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			(0)
21. Außerordentliche Aufwendungen		262.451,00		263
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	262.451,00 EUR			(263)
22. Außerordentliches Ergebnis			-262.451,00	-263
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		4.486.487,09		5.128
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		36.161,52		34
			4.522.648,61	5.162
25. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			2.167.266,67	3.258
26. Jahresüberschuss		0,00		0
27. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		0,00		0
		0,00		0
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) aus anderen Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
			0,00	0
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) in andere Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
30. Bilanzgewinn			0,00	0



Anhang

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches (HGB) und unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Hierbei waren erstmals die Änderungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) vom 17. Juli 2015 zu beachten.

In der Vergangenheit wurde durch den Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein (SGVSH) ein Maßnahmenbündel zur Stärkung der Ertrags- und Vermögenslage der Sparkasse Südholstein umgesetzt. In seiner Sitzung am 12. Juni 2013 hat der Vorstand des SGVSH den Stützungsfall gemäß § 3 Nr. 3 der Satzung des Sparkassenstützungsfonds des SGVSH (a.F.) festgestellt. Zur Deckung des Kapitalbedarfs wurden im Jahr 2014 weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Kapitalquoten mit dem Stützungsfonds des SGVSH und der Stützungsseinrichtung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) vereinbart. Mit der Umsetzung der geplanten Maßnahmen wurde das bilanzielle Eigenkapital in den Jahren 2014 und 2015 durch die Bildung von zusätzlichem Stammkapital, durch Einzahlungen in die Kapitalrücklage sowie der Gewährung von weiteren stillen Einlagen aufgestockt. Die Stärkung des Eigenkapitals durch die vorgenannten Maßnahmen wurde mit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung sämtlicher Stützungs Mittel wie vorgesehen im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen.

Neben diesen Maßnahmen wurde mit der Emission von Contingent Convertible Bonds, die als Herabschreibungsanleihe ausgestattet sind, das bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital bereits im Jahr 2014 weiter gestärkt.

Die bereits in 2009 über den SGVSH gewährte Ausfallbürgschaft (unbare Bilanzhilfe) bis zu einem Höchstbetrag von 30,0 Mio. EUR besteht weiterhin. Gleiches gilt für die in Vorjahren erbrachten Stützungsmaßnahmen des SGVSH in Form der stillen Einlagen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Angaben

Die auf den vorherigen Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden stetig angewandt.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß §§ 246 ff. HGB und gemäß der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB, RechKredV).

Anteilige Zinsen und ähnliche das Geschäftsjahr betreffende Beträge, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden,

haben wir - unter Ausnutzung des Wahlrechts nach § 11 Satz 3 RechKredV - nicht nach Restlaufzeiten aufgegliedert.

Barreserve

Die Bestände sind grundsätzlich zum Nennwert bewertet. Die Bewertung von Noten und Münzen (Sorten) in Fremdwährung erfolgt nach dem für das Umlaufvermögen geltenden strengen Niederstwertprinzip, das heißt grundsätzlich zum Anschaffungswert bzw. zum niedrigeren Tageswert (Ankaufkurs am Bilanzstichtag).

Die Bewertung von Fremdwährungsguthaben erfolgt nach den Vorschriften für die Fremdwährungsumrechnung.

Forderungen

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden laufzeit- und kapitalanteilig über max. fünf Jahre bzw. über die vereinbarte Festzinsbindungsdauer aufgelöst.

Für erkennbare Ausfallrisiken wurden bei den Forderungen an Kunden in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Wertverändernde Ereignisse, die erst nach dem Abschlussstichtag aber vor Aufstellung der Bilanz bekannt geworden sind, wurden im Jahresabschluss berücksichtigt soweit sie vor dem Bilanzstichtag verursacht wurden.

Im Rahmen der vom Stützungsfonds des SGVSH übernommenen Ausfallbürgschaft (unbare Bilanzhilfe) wurden für wesentliche Risiken aus dem Kundenkreditgeschäft erstmals per 31. Dezember 2009, mit Anpassungen in den Folgejahren, für unter diese Bürgschaft fallende Darlehensnehmer in Höhe der zugeordneten Bürgschaft, keine Einzelwertberichtigungen gebildet bzw. es wurden Einzelwertberichtigungen erfolgswirksam aufgelöst.

Die Ausfallbürgschaft (unbare Bilanzhilfe) wurde durch den Sparkassenstützungsfonds des SGVSH in Höhe von 30,0 Mio. EUR gewährt und zum 31. Dezember 2016 mit Kreditengagements unterlegt. Damit wurden bis zu einem Höchstbetrag von 24,0 Mio. EUR Ansprüche der Sparkasse Südholstein aus der bankgeschäftsmäßigen Verbindung gegen bestimmte Darlehensnehmer verbürgt. Zum 31. Dezember 2016 war diese in Höhe von 19,0 Mio. EUR beansprucht. In dieser Höhe ergab sich eine bilanzielle Sicherungswirkung. Um der ab dem Jahresabschluss für das Jahr 2018 vorgesehenen Rückführung in Höhe von 5,0 Mio. EUR p.a. frühzeitig Rechnung zu tragen, wurde, ohne die Sicherungswirkung für die unterlegten Kreditengagements einzuschränken, ein im Vergleich zum Vorjahr um 7,0 Mio. EUR erhöhter Teilbetrag von insgesamt 11,0 Mio. EUR nicht beansprucht.

Bezogen auf die Ausfallerfahrungen der letzten fünf Jahre wurde dem latenten Kreditrisiko im Forderungsbestand durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Wertpapiere

Analog dem Vorgehen zum Vorjahr wurden die Wertpapiere zum Bilanzstichtag bezüglich ihrer Eingruppierung in einen aktiven oder inaktiven Markt untersucht. Dabei wurden die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung des Bilanzstichtages einbezogen. Ein aktiver Markt wurde unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Diese Papiere wurden mit dem letzten systemseitig vorliegenden Kurs bewertet. Bei Wertpapieren, für die keine regelmäßig auftretenden Markttransaktionen nachweisbar waren, erfolgte die Bewertung auf Basis von Vergleichskursen. Diese indikativen Kurse wurden anhand weiterer, noch nicht berücksichtigter Marktteilnehmer, einer Plausibilitätskontrolle unterzogen. Einzelne Ausreißer wurden nicht berücksichtigt, da sie nicht den Markt widerspiegeln haben. Grundsätzlich wurde dann der niedrigste Kurs angenommen.

Für Investmentanteile wurde grundsätzlich als beizulegender Zeitwert der investimentrechtliche Rücknahmepreis angesetzt.

Die verzinslichen Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden zu den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen bzw. beizulegenden Zeitwerten am Bilanzstichtag angesetzt (strenges Niederstwertprinzip), gegebenenfalls wurde auf höhere Werte (maximal Anschaffungskosten) zugeschrieben.

Wie im Vorjahr wurde bei den Wertpapieren des Anlagevermögens im Posten 5 „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ das gemilderte Niederstwertprinzip angewandt (§ 253 Abs. 3 Satz 4 HGB).

Der Posten 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ist dem Anlagevermögen zugeordnet und wird grundsätzlich gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Eine Ausnahme bilden die Anteile am Spezialfonds, diese werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei einem offenen Immobilienfonds des Anlagevermögens im Posten 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, der in den nächsten Jahren fondsseitig abgewickelt werden soll, wurde wegen dauernder Wertminderung der im Vorjahr festgelegte Wert, der von der Gesellschaft ermittelt wurde und unter dem aktuellen Tageswert liegt, beibehalten. Weitere Positionen des Postens 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ wurden zu Anschaffungskosten bewertet. Abschreibungen waren nicht vorzunehmen.

Die Bewertung der Wertpapiere steht im Einklang mit dem Rechnungslegungshinweis RH HFA 1.014 des IDW vom 9.1.2009.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die - trotz sachgerechter Ermessensausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Die Kriterien für die Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Handelsbestand bleiben unverändert. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 hat die Sparkasse Südholstein keine Bestände im Handelsbestand.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB waren dem Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340g HGB keine Beträge zuzuführen. In 2015 entsprach diese Zuführung einem Betrag in Höhe von 15 TEUR.

Beteiligungen

Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung des strengen Niederstwertprinzips. Soweit die Gründe für eine Wertberichtigung nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen (Wertaufholungen) bis zu den Zeit- bzw. Anschaffungskosten vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Immaterielle Anlagewerte werden zu den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu den Anschaffungskosten bilanziert und linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung, einschließlich der Betriebsvorrichtungen, werden ebenfalls linear abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten über 150 EUR und bis 1 TEUR (netto) werden im Jahr der Anschaffung in einen Sammelposten eingestellt und über einen Zeitraum von 5 Jahren linear abgeschrieben. Die geringwertigen Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von bis zu 150 EUR (netto) wurden direkt als Aufwand gebucht.

Bei Bauten auf fremden Grundstücken sowie Einbauten in gemieteten Räumen erfolgt seit 1997 die Verteilung der Anschaffungs- und Herstellungskosten entsprechend der Nutzungsdauer nach den für Gebäude geltenden Grundsätzen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung erfolgt grds. zu den Anschaffungskosten (Nennwert) unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Für die abgezinsten Verbindlichkeiten sind Rechnungsabgrenzungen gebildet, die entsprechend der Laufzeit aufgelöst werden. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Erfüllungsbetrag und dem niedrigeren Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungsposten der Aktivseite aufgenommen. Er wird grundsätzlich laufzeit- und kapitalanteilig aufgelöst.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet. Das heißt, dass künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt werden. Bei Restlaufzeiten von mehr als einem Jahr werden entsprechende Abzinsungen vorgenommen. Grundlage sind die per Jahresultimo von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zinssätze der vergangenen sieben Jahre. Bei erstmaligem Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode). Die Rückstellungen berücksichtigen erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen. Änderungen des Aufzinsungssatzes, Teilverbräuche oder Änderungen des Verpflichtungsumfanges werden vereinfachend zum Jahresende berücksichtigt.

Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung bzw. aus der Änderung des Zinssatzes von Rückstellungen für bankgeschäftliche Sachverhalte werden unter dem Zinsergebnis ausgewiesen. Die Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung bzw. aus der Änderung des Zinssatzes von Rückstellungen für sonstige Sachverhalte werden unter sonstige betriebliche Erträge bzw. Aufwendungen ausgewiesen.

Die versicherungsmathematische Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurde unter Anwendung der Projected Unit Credit Method und nach Maßgabe der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck vorgenommen. Die Pensionsrückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins abgezinst, der sich aus einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Aufgrund der im Jahr 2016 erfolgten gesetzlichen Neuregelungen für die Bewertung der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen haben wir unsere Pensionsrückstellungen nicht mehr mit dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre, sondern mit dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen 10 Jahre abgezinst. Als maßgeblicher Rechnungszinssatz für die Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde ein prognostizierter Durchschnittszinssatz von 4,00 % für eine Restlaufzeit von 15 Jahren als Rechnungszins zugrunde gelegt. Im Vergleich zu dem von der Deutschen Bundesbank auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 veröffentlichten Zinssatz von 4,01 % ergaben sich lediglich geringfügige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Weiterhin wurden grundsätzlich erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen (inklusive Karrieretrend) von 2,0 % p.a. und Rentensteigerungen von 1,5 % p.a. bei der Rückstellungsberechnung berücksichtigt.

Für die im Rahmen eines Betriebsüberganges zum 1. Januar 2015 übernommenen Pensionszusagen für 55 Mitarbeiter wurden abweichend hiervon die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die Rückstellungen über die Verpflichtungen zur Zahlung von Altersteilzeitleistungen wurden auf Basis von versicherungsmathematischen Gutachten nach Maßgabe der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 1,58 % bewertet. Trendannahmen bezüglich des Erfüllungsrückstandes und der Aufstockungsleistungen wurden mit 2,0 % p.a. berücksichtigt.

Bei einzelnen Positionen im Sparbereich wurden Rückstellungen für ungewisse Verpflichtungen unter Berücksichtigung eines Fluktuationsabschlages ermittelt.

Die Berechnung der Jubiläumsrückstellung wird mittels einer DV-Anwendung des Rechenzentrums vorgenommen. Dieser Berechnungsmethode liegt ein Pauschalwertverfahren mit einer Pauschalwerttabelle (gültig ab 2009) zugrunde.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Die ausgegebenen Contingent Convertible Bonds, die als Herabschreibungsanleihe ausgestattet sind, werden als Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals mit dem gegebenenfalls infolge einer Herabschreibung verminderten Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Eine Herabschreibung war bisher nicht erforderlich.

Währungsumrechnung, derivative Finanzinstrumente, Bewertungseinheiten, verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuch)

Die Währungsumrechnung erfolgt unter Beachtung von § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB sowie dem IDW RS BFA 4. Die auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände, Schulden, Avale und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind grundsätzlich zum Mittelkurs in Euro umgerechnet worden. In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung geht die Sparkasse aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte beseitigt wird oder eine besondere Beziehung zwischen Vermögensgegenständen oder Schulden hergestellt worden sind und sie in jeweils einer Währung sowie in der Höhe vorliegen, in der sich die Positionen bzw. die Geschäfte in Fremdwährung betragsmäßig entsprechen. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um Kundenkredite, Kunden-Devisentermineinlagen und Bestände auf laufenden Kundenkonten, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung von besonders gedeckten Geschäften sind nicht entstanden. Die schwebenden Termingeschäfte werden in Bewertungseinheiten einbezogen.



Die zur Steuerung der allgemeinen Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht gesondert bewertet.

Im Rahmen der wertorientierten Betrachtung unter Beachtung der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung BFA 3 ist untersucht worden, ob sich aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs ein Verpflichtungsüberschuss ergibt. Das Bankbuch umfasst entsprechend dem internen Risikomanagement alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestandes. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standardrisikokosten und Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung anhand einer barwertigen Betrachtung erfolgt auf Basis einer Zinsstrukturkurve mit dem Swapsatz am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zum 31. Dezember 2016 zeigen eine deutliche Überdeckung. Eine Rückstellung war nicht zu bilden.

Die Sparkasse bildet Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB. Als Grundgeschäfte werden schwebende, derivative Geschäfte mit Kunden mit einem Nominalwert von 4.582 TEUR (Vorjahr: 11.518 TEUR) in die Bewertungseinheiten einbezogen. Dabei handelt es sich jeweils um sogenannte Mikro-Bewertungseinheiten. Die Grundgeschäfte werden mit Hilfe derivativer Finanzinstrumente gegen Zins- und Währungsrisiken abgesichert. Zum Jahresende bestehen für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken Geschäfte mit einem Nominalwert von 1.185 TEUR und für die Absicherung von Währungsrisiken Geschäfte mit einem Nominalwert von 3.397 TEUR. Am Bilanzstichtag werden die derivativen Finanzinstrumente einzeln bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden unter Anwendung der sogenannten Einfrierungsmethode innerhalb der Bewertungseinheit mit dem Bewertungsergebnis der abgesicherten Grundgeschäfte in zulässigem Umfang verrechnet. Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäftes zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses und während der Laufzeit des Grundgeschäftes hinsichtlich des abgesicherten Risikos vollständig gegenläufig sind (Critical Terms Match).

Die Sparkasse hat zum Bilanzstichtag im Bereich des Kundengeschäfts strukturierte Finanzinstrumente in Form von gewährten Forwarddarlehen bzw. Forwardzinsvereinbarungen mit einem Nominalvolumen von 77.284 TEUR und Sparkassenbriefe mit Kündigungsrechten seitens des Kunden in Höhe von 5.000 TEUR im Bestand. Darüber hinaus wurden für diverse Kundendarlehen Zinsunter- und obergrenzen sowie Sondertilgungsrechte vereinbart. Außerdem weisen verschiedene Spareinlagen (im Wesentlichen S-Zuwachssparen und S-Prämiensparen flexibel) Kündigungsrechte seitens des Kunden auf. In Anwendung des IDW RS HFA 22 hat die Sparkasse auf eine getrennte Bilanzierung der in die strukturierten Kundenprodukte eingebetteten Nebenrechte verzichtet.

Steuern

Es bestehen bei der Sparkasse gemäß § 274 HGB zwischen den handelsrechtlichen und den steuerlichen Wertansätzen Differenzen, die zu latenten Steuerbelastungs- und Steuerentlastungseffekten führen. Die latenten Steuern wurden auf Basis eines Körperschaftsteuersatzes (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % (15,0 % Körperschaftsteuer zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag) und eines Gewerbesteuersatzes von 13,80 % (Gewerbesteuerhebesatz: 394,29 % und Gewerbesteuerermesszahl: 3,50 %) ermittelt. Unter Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurde von einer Bilanzierung abgesehen.

Die latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden in folgenden Bilanzpositionen: Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Rückstellungen. Unter Anwendung des Vorsichtsprinzips wurden negative Aktiengewinne ebenfalls berücksichtigt.



**Gelassen
ist einfach.**

Erläuterungen zur Jahresbilanz

AKTIVA

Posten 3: Forderungen an Kreditinstitute

Die unter Posten 3b) andere Forderungen ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

• bis drei Monate	51.953 TEUR
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	90.593 TEUR
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahre	0 TEUR
• mehr als fünf Jahre	0 TEUR
Forderungen an die eigene Girozentrale	83.988 TEUR

Posten 4: Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

• mit unbestimmter Laufzeit	196.808 TEUR
• bis drei Monate	203.762 TEUR
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	263.436 TEUR
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahre	907.402 TEUR
• mehr als fünf Jahre	2.419.467 TEUR

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Bestand am Bilanzstichtag	323 TEUR
Stand am 31.12. des Vorjahres	446 TEUR

Forderungen mit Nachrangabrede entwickelten sich wie folgt:

Stand am 31.12. des Vorjahres	996 TEUR
Veränderungen im Berichtsjahr	+25 TEUR
Bestand am Bilanzstichtag	1.021 TEUR

Realkredite in Höhe von 148.966 TEUR (Vorjahr: 91.410 TEUR) dienen der Deckung begebener Schuldverschreibungen.

Posten 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den unter Posten 5 ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen sind in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig:

77.555 TEUR

Von den unter Aktiva Posten 5 enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind börsennotiert

275.396 TEUR

nicht börsennotiert

11.292 TEUR

Forderungen mit Nachrangabrede

8.034 TEUR

Bilanzwert am 31.12. des Vorjahres

5.032 TEUR

Wertpapiere mit einem Nennwert in Höhe von 12.500 TEUR (Vorjahr 5.000 TEUR) dienen der Deckung begebener Schuldverschreibungen.

Es befinden sich zum 31. Dezember 2016 verzinsliche Wertpapiere in Höhe von 78,9 Mio. EUR (Nennwert) im Anlagebestand. Bei diesem Bestand wurden durch die Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips Abschreibungen in Höhe von 26,7 TEUR vermieden (Buchwert 8,0 Mio. EUR, Zeitwert 7,97 Mio. EUR). Die Sparkasse beabsichtigt, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und geht aufgrund der guten Bonität der Emittenten von einer vorübergehenden, lediglich marktzensbedingten, Wertveränderung aus.



Posten 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Von den unter Aktiva Posten 6 enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind
 börsennotiert
 nicht börsennotiert

0 TEUR
 244 TEUR

Investmentvermögen in einem Spezialfonds mit einem Anteil von über 10 %:

	Buchwert 31.12.2016 TEUR	Marktwert 31.12.2016 TEUR	Unterschieds- betrag TEUR	Ausschüttung 2016 TEUR	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
BetaSafe Fundmaster	89.490	89.490	0	2.338	NEIN *	KEINE

Bei dem Spezialfonds BetaSafe Fundmaster handelt es sich um einen alternativen Investmentfonds (AIF) in der Form eines gemischten Sondervermögens nach § 1 Abs. 6 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB).

* Die Zielinvestments sind teilweise nicht fungibel, sodass wirtschaftlich trotz einer börsentäglichen Anteilspreisberechnung nur Teile des AIF tatsächlich täglich liquide sind. Bezüglich der Anlagepolitik gibt es über die gesetzlichen Beschränkungen hinaus keine weiteren Einschränkungen.

Posten 7: Beteiligungen

Die Beteiligungen entfallen im Wesentlichen auf die Beteiligung am Stammkapital des SGVSH sowie auf die Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der Sparkassen-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbs KG), über die die Sparkasse mittelbar an der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) beteiligt ist.

Der SGVSH hält direkt oder indirekt Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors (unter anderem HSH Nordbank AG, Provinzial NordWest AG, DekaBank AöR, LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG) und wird dafür von seinen Mitgliedsparkassen mit einem Stammkapital ausgestattet, dessen Höhe von der Versammlung des SGVSH bestimmt wird. Der Bewertung der wesentlichen Beteiligungen liegen hauptsächlich indikative Ermittlungen von Unternehmenswertbandbreiten einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf Basis des Ertragswertverfahrens zugrunde. Im Geschäftsjahr 2016 waren Abschreibungen auf die Beteiligung am SGVSH in Höhe von 2,0 Mio. EUR erforderlich. Bedingt durch die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen wurde die Vermögenslage des SGVSH belastet. Zur Buchsanierung erfolgte im Geschäftsjahr 2016 eine vereinfachte Kapitalherabsetzung mit anschließender Stammkapitalerhöhung um 50,0 Mio. EUR.

Über die Erwerbs KG wird eine Beteiligung der Sparkasse an der LBBH gehalten. Der Beteiligungsbewertung der LBBH liegt ein nach den Grundsätzen des IDW S 1 in Verbindung mit IDW RS HFA 10 von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstellter Bewertungsreview zugrunde, der im Wesentlichen auf der vorläufigen Mittelfristplanung der LBBH für die Jahre 2017 bis 2021 sowie auf die Eigenbewertung der LBBH aufsetzt.

Im Zusammenhang mit mittelbaren Beteiligungen an Unternehmen des Finanzsektors können sich insbesondere aufgrund des aktuellen Bankenumfeldes (u. a. strengere regulatorische Anforderungen, erneute Stresstests, Niedrigzinsphase) zukünftig weitere Abschreibungsrisiken ergeben, in Teilen bestehen hohe Planerfüllungsrisiken.

Mit der Beteiligung an der Verwaltungsgesellschaft der schleswig-holsteinischen Sparkassenorganisation GbR, Kiel, ist eine unbeschränkte Haftung für die Verbindlichkeiten der darunter verwalteten Gesellschaften verbunden.

Die Erhöhung des Beteiligungsbestandes im Berichtsjahr resultiert aus Stammkapitalerhöhungen bei den Beteiligungen am Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein (SGVSH), Kiel, in Höhe von 6.846 TEUR, einer Abschreibung in Höhe von 2.044 TEUR sowie dem Abgang bei einer Beteiligung in Höhe von 126 TEUR.

Die Sparkasse ist am Stammkapital SGVSH, Kiel, mit einem Anteil von 17,769 % sowie an der Erwerbs KG, Berlin, mit einem Anteil von 0,655 % beteiligt. Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis unterbleiben aufgrund von § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB.

Weitere Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB entfallen, weil sie gemäß § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung sind.

Posten 9: Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen gliedert sich wie folgt:
Forderungen an Kunden (Posten 4 des Formblattes)

7.794 TEUR

Posten 13: Sonstige Vermögensgegenstände

In dem Posten werden Steuererstattungsansprüche für die Geschäftsjahre 2013 bis 2015 in Höhe von 2.346 TEUR ausgewiesen.

Posten 14: Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:
Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungs- und dem
niedrigeren Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten und Anleihen
Bestand am 31.12. des Vorjahres

275 TEUR
823 TEUR

Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände beläuft sich auf

36.961 TEUR

Anlagenpiegel¹

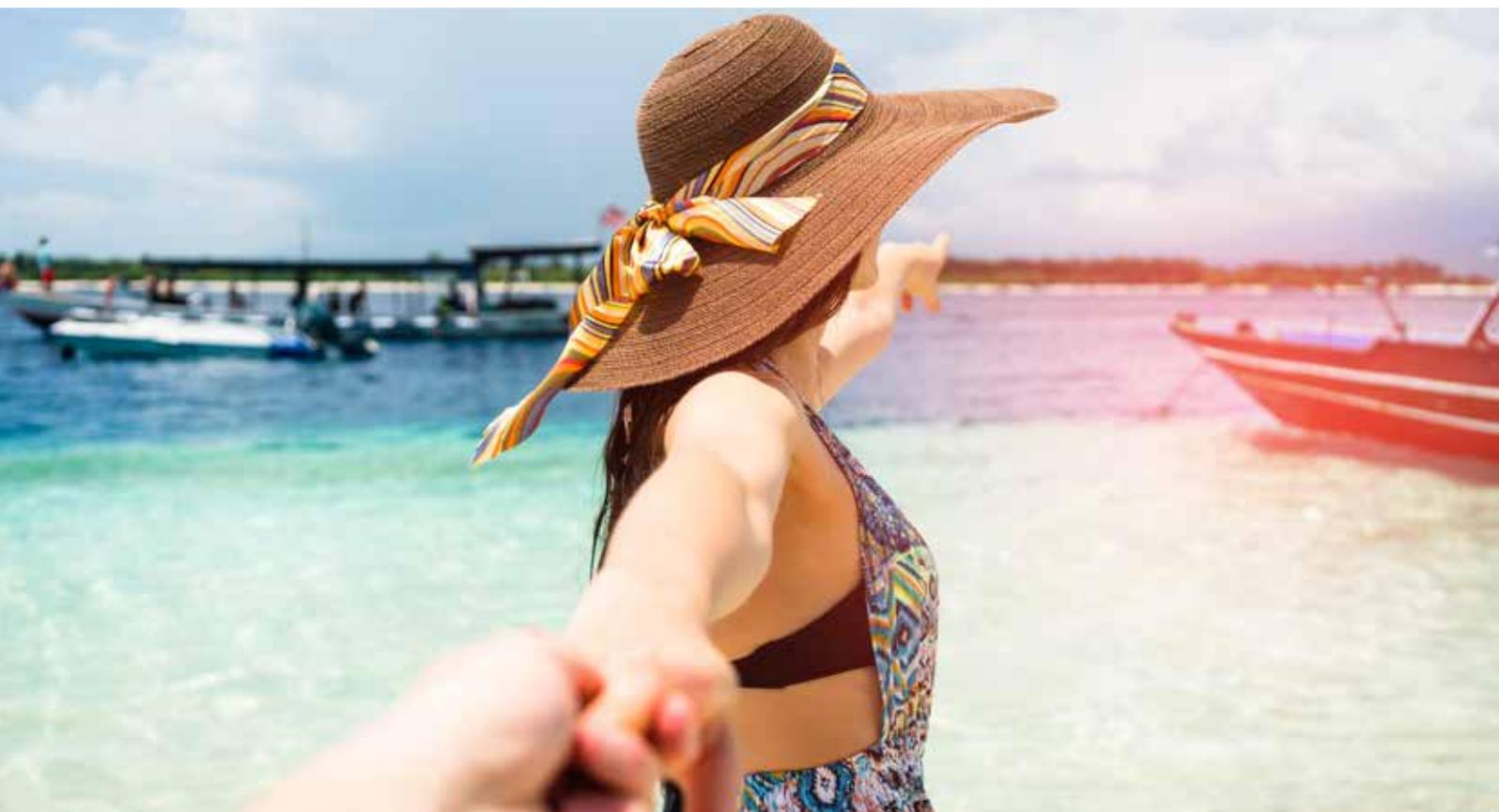
	Entwicklung des Anlagevermögens (Angaben in TEUR)													
	Entwicklungen der Anschaffungs-/Herstellungskosten					Entwicklung der kumulierten Abschreibungen							Buchwerte	
	Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	Abschreibungen im GJ	Zuschreibungen im GJ	Änderungen der ges. Abschreibungen im Zusammenhang mit			Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres
								Zugang	Abgang	Umbuchungen				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ²	5.005	74.646	0	0	79.650	5	62	8	364	0	0	422	79.228	5.000
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	78.212	18.000	655	0	95.558	3.356	2.047	0	0	206	0	5.197	90.360	74.856
Beteiligungen	125.769	6.846	1.164	0	131.450	71.977	2.044	0	0	1.038	0	72.982	58.468	53.792
Immaterielle Anlagewerte	1.938	127	240	0	1.825	1.905	39	0	0	240	0	1.704	121	33
Sachanlagen ³	40.703	5.547	1.831	0	44.418	30.675	1.343	0	0	1.640	0	30.377	14.041	10.028
Sonstige Vermögensgegenstände	7	0	0	0	7	0	0	0	0	0	0	0	7	7

¹ Aus rechentechnischen Gründen können im Anlagenpiegel Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit auftreten

² Davon Zugang aus der Umwidmung von Wertpapieren aus der Liquiditätsreserve 71.666 TEUR

³ Davon für sparkassenbetriebliche Zwecke genutzte Grundstücke und Gebäude 0 TEUR und

³ Davon Betriebs- und Geschäftsausstattung 8.161 TEUR



PASSIVA

Posten 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die unter Posten 1b) ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

• bis drei Monate	42.367 TEUR
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	24.887 TEUR
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahre	341.694 TEUR
• mehr als fünf Jahre	356.511 TEUR

Gesamtbetrag der als Sicherheit für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragenen Vermögensgegenstände	360.752 TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	2.617 TEUR

Posten 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die unter Posten 2a) Unterposten ab) ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

• bis drei Monate	926 TEUR
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	2.732 TEUR
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahre	1.295 TEUR
• mehr als fünf Jahre	0 TEUR

Die unter Posten 2b) Unterposten bb) ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:	
• bis drei Monate	7.194 TEUR
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	4.345 TEUR
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahre	21.355 TEUR
• mehr als fünf Jahre	126.233 TEUR

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:	
Bestand am Bilanzstichtag	17.660 TEUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	20.939 TEUR

Posten 3: Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den unter Posten 3a) ausgewiesenen Beständen:	
• sind im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig:	1.602 TEUR

Posten 4: Treuhandverbindlichkeiten

Die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Posten 1 des Formblattes)	347 TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Posten 2 des Formblattes)	7.447 TEUR

Posten 5: Sonstige Verbindlichkeiten

In dem Posten sind die passivierten Zinsabgrenzungen (Vergütungen) für stille Einlagen für 2016 in Höhe von 2.167 TEUR enthalten.

Posten 6: Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag bzw. den Anschaffungskosten von Forderungen gegenüber dem höheren Nominalbetrag sind enthalten mit Bestand am 31.12. des Vorjahres	1.739 TEUR
	1.947 TEUR

Posten 7 a): Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

In TEUR	Stand 01.01.2016	Um- buchungen	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Zins- effekt	Stand 31.12.2016
Anwartschaften	2.714	26	0	-3	470	42	3.249
Empfänger	22.378	311	-1.611	0	82	614	21.774
Summe	25.092	337	-1.611	-3	552	656	25.023

In dieser Position enthalten sind die im Rahmen eines Betriebsüberganges zum 1. Januar 2015 übernommenen Pensionszusagen für 55 Mitarbeiter. Der zum 31. Dezember 2016 für diese Mitarbeiter bilanzierte Wert von 1.157 TEUR (fortgeführte Anschaffungskosten) liegt um 308 TEUR über dem zum 31. Dezember 2016 errechneten Wert der Pensionsverpflichtungen von 849 TEUR.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 2.765 TEUR.

Der Unterschiedsbetrag, der sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes per 1. Januar 2010 ergeben hat, wird über einen Zeitraum von 15 Jahren bis 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel als außerordentlicher Aufwand zugeführt. Zum 31. Dezember 2016 beträgt der noch zuzuführende Betrag 2.100 TEUR.

Posten 7 c): Andere Rückstellungen

Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	7.022 TEUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	8.799 TEUR

Posten 9: Nachrangige Verbindlichkeiten

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Zinsen in Höhe von angefallen.	1.244 TEUR
---	------------

Im Folgejahr werden aus diesen Mittelaufnahmen zur Rückzahlung fällig:	0 TEUR
--	--------

Die Verbindlichkeiten mit Nachrangabrede von im Einzelfall mehr als zehn Prozent dieser Bilanzposition sind durch folgende Merkmale (ohne anteilige Zinsen) gekennzeichnet:

Ursprungs-Fälligkeit	Zinssatz	Betrag/TEUR
26.06.2028	4,55	5.000

Die Bedingungen der in diesem Posten enthaltenen weiteren Mittelaufnahmen entsprechen in allen Fällen Art. 63 CRR. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung der nachrangigen Verbindlichkeiten besteht nicht. Nachträglich kann der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt 30,0 Mio. EUR, die im Einzelfall 10,0 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,39 % und eine Ursprungslaufzeit von 10 bis 16 Jahren.

Posten 11: Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Unter dieser Position werden die per 1. Dezember 2014 emittierten Contingent Convertible Bonds (CoCo-Bonds) ausgewiesen, die als Herabschreibungsanleihe ausgestattet sind. Es handelt sich um Tranchen von je 5,0 Mio. EUR mit einem Gesamtvolumen von 35,0 Mio. EUR, die in voller Höhe vom Sparkassenstützungsfonds des SGVSH treuhänderisch für den DSGVO – Überregionaler Ausgleich – erworben wurden. Die Anleihebedingungen entsprechen inhaltlich den, vom Bundesverband deutscher Banken e.V. mit dem Bundesministerium der Finanzen abgestimmten, Musterbedingungen für Kapitalinstrumente Typ A (i.d.F. vom 20. Februar 2014) und erfüllen die Anforderungen nach Art. 52 CRR. Sie werden aufsichtsrechtlich als Kernkapital behandelt. Die Schuldverschreibungen werden grundsätzlich bis einschließlich 31. Juli 2024 mit 1,0 % p.a. verzinst.

Laut Emissionsvertrag ist eine Herabschreibung erst erforderlich, wenn die in Art. 92 Abs. 1 Buchstabe a) CRR bzw. einer Nachfolgeregelung genannte harte Kernkapitalquote unter 5,125% fällt. Das Auslöseereignis für eine Herabschreibung der Anleihe ist somit nicht an einen Jahresfehlbetrag geknüpft; insofern fehlt es an einer Verlustbeteiligung, sodass die Herabschreibungsanleihe keinen Eigenkapitalcharakter sondern Fremdkapitalcharakter hat. Die laufende Bedienung der Herabschreibungsanleihe ist infolge des Fremdkapitalcharakters unter den Zinsaufwendungen auszuweisen. Im Berichtsjahr sind Zinsen in Höhe von 350 TEUR angefallen.

Posten 12: Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Berichtsjahr sind im Fonds für allgemeine Bankrisiken enthalten	61.692 TEUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	41.981 TEUR

Von dem Fonds für allgemeine Bankrisiken entfallen 99 TEUR auf den Sonderposten gemäß § 340e Abs. 4 HGB. Eine Zuführung zu diesem Sonderposten wurde im Geschäftsjahr 2016 nicht vorgenommen.

Posten 13: Eigenkapital

Das unter diesem Posten ausgewiesene Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

Stammkapital	24.900 TEUR
stille Einlagen	123.667 TEUR
Kapitalrücklage	10.723 TEUR
Sicherheitsrücklage	215.164 TEUR

Unter Anwendung der Regelung des § 4 Abs. 4 des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein (SpkG) wurde in 2014 Stammkapital gemäß den bankaufsichtsrechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung als Kernkapital in Höhe von 20,0 Mio. EUR durch Umwandlung eines entsprechenden Teilbetrages der Sicherheitsrücklage gebildet. Unter Anwendung der Regelungen des § 4 Abs. 5 und Abs. 6 SpkG hat sich in 2014 der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein – Stützungsfonds – durch eine Kapitalerhöhung von 3,5 Mio. EUR zunächst mit 14,72 % am Stammkapital beteiligt. Des Weiteren wurde in 2015 eine Zuzahlung von 1,4 Mio. EUR in das Stammkapital der Sparkasse seitens des SGVSH vorgenommen. Nunmehr ist der SGVSH mit 19,679 % am Stammkapital der Sparkasse beteiligt.

Zudem wurden vom SGVSH in den Jahren 2014 und 2015 Zuzahlungen in die Kapitalrücklage in Höhe von insgesamt 10.723 TEUR vorgenommen. Mit Schreiben vom 6. August 2015 und vom 15. Dezember 2015 hat die BaFin die Erlaubnis erteilt, die vorgenannten Kapitalbestandteile als Instrumente des harten Kernkapitals anzurechnen.

Der Bestand an stillen Einlagen teilt sich in fünf Bestandteile auf. Davon wurden zwei stille Einlagen über insgesamt 60,0 Mio. EUR in den Jahren 2003 und 2009 (im folgenden Altinstrumente genannt) und drei stille Einlagen (nachfolgend neue stille Einlagen genannt) über insgesamt 63,7 Mio. EUR in den Jahren 2013, 2014 und 2015 gezeichnet.

Die Altinstrumente sind nachrangig gegenüber den Verbindlichkeiten zurückzuzahlen. Bei Feststellung eines Bilanzverlustes für das laufende Geschäftsjahr dürfen keine Ausschüttungen vorgenommen werden. Zusätzlich müssen diese Eigenkapitalinstrumente am Bilanzverlust beteiligt werden. Die Bedingungen der Altinstrumente erfüllen die in § 10 Abs. 2 S. 3 KWG a.F. enthaltene 15 %-Grenze auch im Rahmen der Bestandsschutzregeln des Art. 484 ff. CRR und können damit gemäß den Regelungen des Art. 484 CRR anteilig als zusätzliches Kernkapital angerechnet werden. Aufgrund der vertraglichen Bestimmungen wird im Falle eines Bilanzverlustes oder sofern dieser nicht vermeidbar ist, ein Vergütungsanspruch auf die stillen Einlagen (Altinstrumente) nicht gewährt. Dieses betrifft auch den Fall, dass durch die Zahlung ein Bilanzverlust erhöht würde. Die Ausschüttungen sind auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen in den Folgejahren nachzuzahlen. Zum Bilanzstichtag ergibt sich kein nachzuzahlender Vergütungsanspruch.

Die in den Geschäftsjahren 2013 bis 2015 zugeführten stillen Einlagen über insgesamt 63,7 Mio. EUR erfüllen die Anforderungen als Instrumente des harten Kernkapitals gemäß Art. 26 Abs. 1 CRR. Die Erlaubnis der BaFin zur Einstufung dieser stillen Einlagen als Instrumente des harten Kernkapitals gemäß Art. 26 Abs. 3 der CRR liegt mit Datum vom 18. Dezember 2014 und 15. Dezember 2015 vor.

Aufgrund der vertraglichen Bestimmungen nehmen die neuen stillen Einlagen am Jahresüberschuss oder -fehlbetrag im Verhältnis des Buchwertes der stillen Einlagen zuzüglich der einbehaltenen Gewinnanteile der stillen Gesellschafterin zur Summe der Buchwerte aller Posten des harten Kernkapitals gemäß Art. 26 CRR gleichrangig teil.

Posten 1 b) unter dem Strich: Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen

Die zugunsten der Kreditnehmer eingegangenen Eventualverbindlichkeiten sind grundsätzlich nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten voraussichtlich durch die Kreditnehmer erfüllt werden können. Mit einer Inanspruchnahme ist daher nicht zu rechnen. Sie unterliegen geregelten Kreditüberwachungsprozessen. Sofern im Einzelfall eine Inanspruchnahme nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, hat die Sparkasse ausreichende Rückstellungen gebildet.

Im Zusammenhang mit der Beteiligung der Sparkasse an der Erwerbsgesellschaft der Sparkassen-Finanzgruppe GmbH & Co. KG hat die Sparkasse eventuelle Verpflichtungsüberhänge gegenüber dem DSGV ö.K. aus Aufwendungsersatzansprüchen für bei den Sparkassen aufgenommene Darlehen zur teilweisen Refinanzierung der Beteiligung auszugleichen. Für das Geschäftsjahr 2016 wird derzeit mit einem Ausfall der Ausschüttung der Landesbank Berlin gerechnet, so dass der DSGV ö.K. den Aufwendungsersatzanspruch geltend machen wird. Für eventuelle Verpflichtungsüberhänge aus Aufwendungsersatzansprüchen gegenüber dem DSGV ö.K. besteht eine Rückstellung in Höhe von 838 TEUR.

Posten 2 c) unter dem Strich: Unwiderrufliche Kreditzusagen

Unter dem Posten unwiderrufliche Kreditzusagen sind sämtliche noch nicht durch Auszahlung erfüllte Kreditzusagen im Darlehensbereich einschließlich Abruflkredite erfasst. Daneben werden unwiderrufliche offene Zusagen im Kontokorrentbereich ausgewiesen. Diese förmlichen Zusagen können nicht vorbehaltlos und fristlos gekündigt werden. Sie unterliegen den gleichen Kreditüberwachungsprozessen, die für alle Kreditengagements gelten. Wesentliche Ausfallrisiken aus den unwiderruflichen Kreditzusagen sind nicht erkennbar.

Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährungen lautenden Schulden (einschließlich Avalverbindlichkeiten) beläuft sich auf

37.103 TEUR



Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

Posten 1: Zinserträge

Aufgrund der aktuell atypischen Marktverhältnisse von der Sparkasse gezahlte negative Zinsen wurden mit den Zinserträgen wie folgt verrechnet:

Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	150.678 TEUR	
abzüglich negative Zinsen (Vorjahr: -25 TEUR)	-389 TEUR	
		150.289 TEUR
Vorfälligkeitsentgelte aus der vorzeitigen Ablösung von Darlehen der Kunden		4.605 TEUR
Close-out-Zahlungen aus der Beendigung von Derivaten zur Zinsbuchsteuerung		2.363 TEUR

Posten 2: Zinsaufwendungen

Aufgrund der aktuell atypischen Marktverhältnisse von der Sparkasse erhaltene positive Zinsen wurden mit den Zinsaufwendungen wie folgt verrechnet:

Zinsaufwendungen	62.031 TEUR	
abzüglich positive Zinsen (Vorjahr: -96 TEUR)	-131 TEUR	
		61.900 TEUR
Close-out-Zahlungen aus der vorzeitigen Beendigung von Derivaten zur Zinsbuchsteuerung		12.590 TEUR

Posten 8: Sonstige betriebliche Erträge

Erträge aus Erstattung von Umsatzsteuerbeträgen nach Neueinstufung der Leistung durch externen Dienstleister	1.159 TEUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.103 TEUR
Gebühren aus dem Darlehensgeschäft	873 TEUR
Erträge aus Schadenersatzleistungen	612 TEUR

Posten 12: Sonstige betriebliche Aufwendungen

Zinsaufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.285 TEUR
Aufwand für die Bildung von ergänzenden Rückstellungen für sonstige Schadensfälle	1.124 TEUR
Aufwand für Ausgleichszahlung im Zusammenhang mit Erstattung von Umsatzsteuer durch Dienstleister	593 TEUR

Posten 22: Außerordentliches Ergebnis

Im außerordentlichen Ergebnis in Höhe von -262 TEUR wurden ausschließlich die Anpassungsbuchungen aufgrund der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz ausgewiesen. Die außerordentlichen Aufwendungen entfielen vollständig auf die Pensionsrückstellungen.

Posten 23: Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sind aperiodische Steuererträge in Höhe von 1.240 TEUR für 2015, in Höhe von 286 TEUR für 2014 und in Höhe von 752 TEUR für das Jahr 2013 enthalten. Diese sind im Wesentlichen auf aktivierte Steuererstattungsansprüche im Zusammenhang mit laufenden Einspruchsverfahren zurückzuführen.

Posten 25: Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne

Zinsaufwendungen für stille Einlagen für das Jahr 2016

2.167 TEUR

Sonstige Angaben

I. Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG zum Gesamtbetrag

(Angaben in Mio. EUR)

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Gesamtbetrag des Hypothekendarlehenums	130,10	53,10	134,49	56,12
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	161,47	96,41	185,84	112,18
- davon gattungsklassisch	148,97	91,41	173,53	107,32
- davon sonstige Deckungswerte	12,50	5,00	12,32	4,86
Überdeckung (in %)	24,11	81,56	38,19	99,87
Sichernde Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG (in %)			9,16	8,66

	Risikobarwert Verschiebung nach oben*		Risikobarwert Verschiebung nach unten*	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Gesamtbetrag des Hypothekendarlehenums	109,43	47,37	141,06	58,67
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	159,36	97,29	191,10	116,79
- davon gattungsklassisch	148,81	93,10	178,60	111,79
- davon sonstige Deckungswerte	10,55	4,19	12,50	5,00
Überdeckung (in %)	45,63	105,35	35,47	99,08
Sichernde Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG (in %)	9,64	8,85	8,86	8,52

*gemäß statistischem Verfahren gemäß PfandBarwertV

II. Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG zu Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse

(Angaben in Mio. EUR)

	Laufzeitstruktur 2016		Laufzeitstruktur 2015		Überhang	
	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	31.12.2016	31.12.2015
bis zu 6 Monate:	2,91	0,00	2,91	0,00	2,91	2,91
mehr als 6 bis zu 12 Monate:	2,58	0,00	1,70	0,00	2,58	1,70
mehr als 12 bis zu 18 Monaten:	2,74	0,00	2,59	0,00	2,74	2,59
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren:	3,27	0,00	1,66	0,00	3,27	1,66
2 bis zu 3 Jahre	9,89	0,00	4,79	0,00	9,89	4,79
3 bis zu 4 Jahre	15,01	0,00	6,47	0,00	15,01	6,47
4 bis zu 5 Jahre	19,17	11,10	13,71	0,00	8,07	13,71
5 bis zu 10 Jahre	79,29	91,00	46,92	52,10	-11,71	-5,18
ab 10 Jahre	26,62	28,00	15,66	1,00	-1,38	14,66

III. Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 3 bis 11 PfandBG

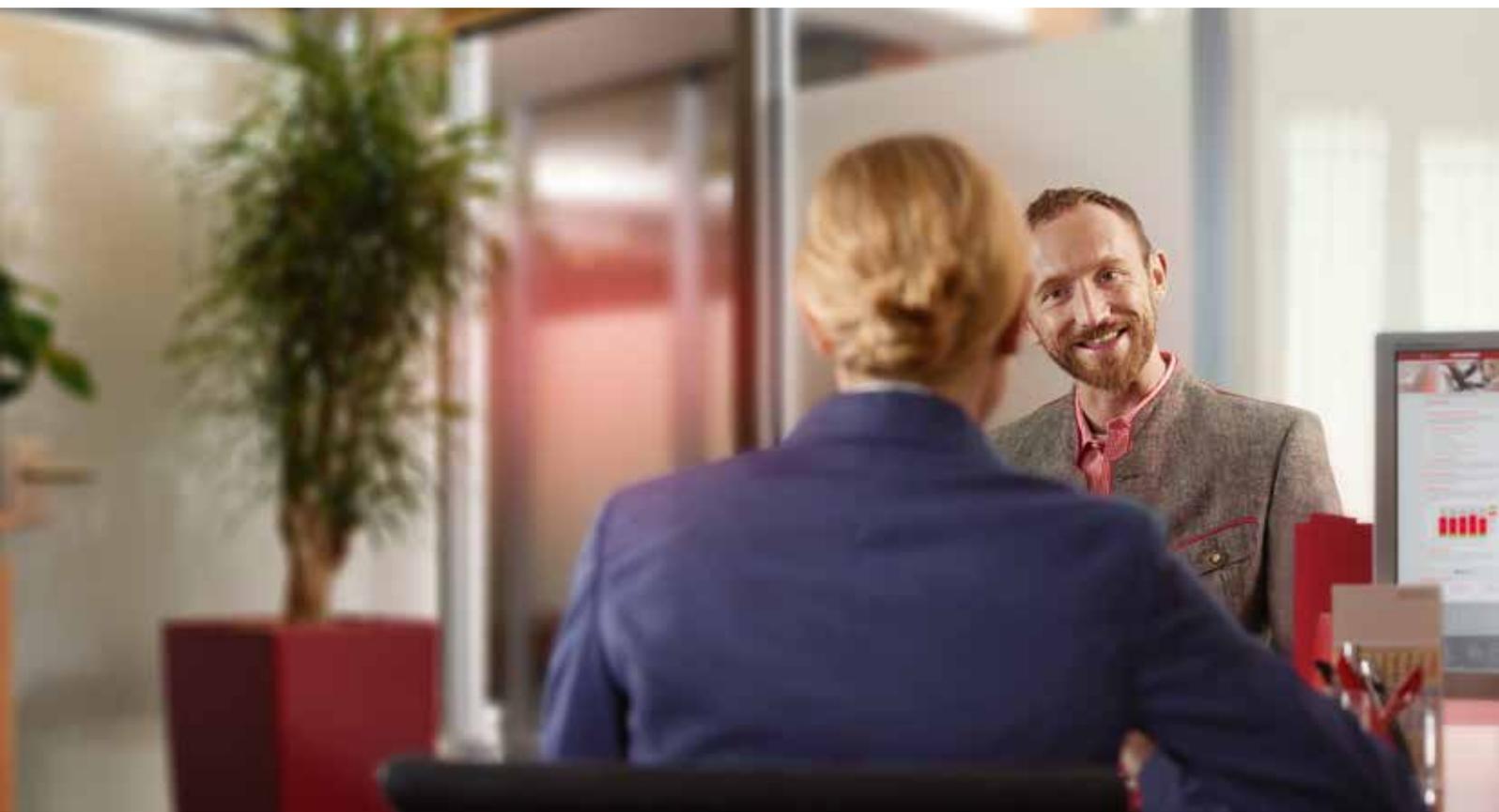
(Angaben in Mio. EUR)

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

In der Deckungsmasse sowie im Pfandbriefumlauf ist keine Fremdwährung enthalten.

Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen (sonstige Deckung)	31.12.2016	31.12.2015	Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs (in %)
- sonstige Deckungswerte	12,50	5,00	9,61
- weitere Deckung gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2-3 PfandBG brutto	0,00	0,00	0,00
- davon nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00	0,00
- davon höchste Geldforderung gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00
- Gesamtauslastung nach § 19 Abs.1 Nr. 3 PfandBG	0,00	0,00	0,00
- Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung verwendet)	(12,50)	(5,00)	(9,61)
- Deckung ausschließlich für Liquiditätssicherung nach § 4 Abs. 1a PfandBG	0,00	0,00	0,00
- Summe gattungsklassische und weitere Deckung	161,47	96,41	124,11

	31.12.2016	31.12.2015
- Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte	100%	100%
- Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100%	100%
- Volumengewichteter Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichenen Laufzeit	4,99	5,39



IV. Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG zur Zusammensetzung der Deckungsmasse

(Angaben in Mio. EUR)

Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	31.12.2016	31.12.2015	Anteil am Gesamtbetrag der Deckungsmasse (in %)
nach Größenklassen			
- bis zu 300 TEUR	130,68	85,38	
- mehr als 300 TEUR bis zu 1 Mio. EUR	11,17	6,03	
- mehr als 1 Mio. EUR bis zu 10 Mio. EUR	7,12	0,00	
- mehr als 10 Mio. EUR	0,00	0,00	
nach Nutzungsart (I) in Deutschland			
- wohnwirtschaftlich	141,64	88,86	
- gewerblich	7,33	2,55	
nach Nutzungsart (II) in Deutschland			
- Eigentumswohnungen	10,88	6,26	6,74
- Ein- und Zweifamilienhäuser	119,36	77,54	73,92
- Mehrfamilienhäuser	11,40	5,06	7,06
- Bürogebäude	0,00	0,00	0,00
- Handelsgebäude	0,00	0,00	0,00
- Industriegebäude	0,96	2,06	0,59
- sonstige gewerblich genutzte Gebäude	6,37	0,49	3,95
- unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	0,00	0,00	0,00
- Bauplätze	0,00	0,00	0,00

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückseinheiten.

V. Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 PfandBG

(Angaben in Mio. EUR)

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2	31.12.2016	31.12.2015
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0,00	0,00

Der gem. § 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG zu ermittelnde durchschnittlich gewichtete Beleihungsauslauf beträgt 54,55 % (Vorjahr 53,96 %).

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 4	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
a) Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
b) Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücken	0	0	0	0

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 4	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
c) Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgegliedert. Da die Sparkasse das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen.

Untergliederung von Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund des Pfandbriefgeschäftes

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute	31.12.2016		31.12.2015
	EUR	EUR	TEUR
a) Hypothekendarlehen	0,00		0
b) Kommunalkredite **	222.978.220,97		204.589
c) andere Forderungen	85.705.677,72		103.351
		308.683.898,69	307.940
darunter:			
- täglich fällig 82.314.918,04 EUR			(141.699)
- gegen Beleihung von Wertpapieren 0,00 EUR			(0)

** Wie im Vorjahr wurden hier auch die Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt/Körperschaft öffentlichen Rechts erfasst.

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden	31.12.2016		31.12.2015
	EUR	EUR	TEUR
a) Hypothekendarlehen	1.970.900.203,72		1.977.589
b) Kommunalkredite	86.800.563,39		90.889
c) andere Forderungen	1.935.441.586,74		1.826.086
		3.993.142.353,85	3.894.564
darunter:			
- gegen Beleihung von Wertpapieren 7.459.570,88 EUR			(5.806)

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2016		31.12.2015
	EUR	EUR	TEUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	695.850,98		823
b) andere	68.423,01		46
		764.273,99	869

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.12.2016		31.12.2015
	EUR	EUR	TEUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	72.341.546,68		35.230
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	0,00		0
c) andere Verbindlichkeiten	703.780.602,04		723.784
		776.122.148,72	759.014
darunter:			
- täglich fällig 691.479,48 EUR			(251)
- zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe 0,00 EUR			(0)
- und öffentliche Namenspfandbriefe 0,00 EUR			(0)

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31.12.2016			31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		58.369.294,56		18.188
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0,00		0
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.178.835.546,50			1.245.225
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	4.952.109,31	1.183.787.655,81		5.886
d) andere Verbindlichkeiten		2.334.475.897,89		2.114.969
			3.576.632.848,26	3.384.268
darunter:				
-täglich fällig				
2.232.353.159,27 EUR				(2.019.990)
-zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe 0,00 EUR				(0)
-und öffentliche Namenspfandbriefe 0,00 EUR				(0)

Passiva 3 – verbrieftete Verbindlichkeiten	31.12.2016			31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen	0,00			0
ab) öffentliche Pfandbriefe	0,00			0
ac) sonstige Schuldverschreibungen	3.676.332,86	3.676.332,86		10.762
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
			3.676.332,86	10.762
darunter:				
- Geldmarktpapiere				
0,00 EUR				(0)

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2016		31.12.2015
	EUR	EUR	TEUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	3.488.514,55		4.508
b) andere	17.655,02		17
		3.506.169,57	4.525



VI. Noch nicht abgewickelte derivative Finanzinstrumente per 31. Dezember 2016

Derivative Finanzinstrumente (keine Handelsgeschäfte)	Basisvolumen TEUR	Marktwerte	
		Sicherungszwecke	
		Microhedge TEUR	Zins-/ Gesamtbuch TEUR
Zins-Swaps Receiver	400.000	0	31.000
Payer	1.055.000	0	-62.949
Zinsterminkontrakte	1.185	42	0
	1.185	-41	0
Devisentermingeschäfte	6.794	61	0
		-51	0

Zur Berechnung der beizulegenden Zeitwerte (Marktwerte) bei Zinsoptionen wird das Black-76-Modell verwendet.

Zinsswaps werden über entsprechende Renditekurven abgezinst. Beim variablen Leg werden hierzu zunächst Forward Cashflows anhand der Fixing-Renditekurve gebildet.

Beim Devisentermingeschäft wird aus dem Spot-Devisenkurs und den Renditekurven beider Währungen der faire Terminkurs errechnet. Der Wert eines Devisentermingeschäftes ergibt sich anhand der Differenz aus Terminkurs und vereinbartem Tauschkurs.

Zinsswapgeschäfte wurden mit sieben Banken, darunter sechs Landesbanken, im Rahmen der Zinsbuchsteuerung abgeschlossen.

Bei den Zinsterminkontrakten besteht ein Zinsbegrenzungsgeschäft in Form einer Mindest-/Höchstzinsvereinbarung (Collar) mit einem Kunden, das durch ein entsprechendes Deckungsgeschäft mit einer Landesbank geschlossen wurde.

Die Devisentermingeschäfte werden zur Deckung von Wechselkursschwankungen mit Kunden abgeschlossen. Es bestehen grundsätzlich Deckungsgeschäfte bei Landesbanken.

VII. Sonstige finanzielle Verpflichtungen und weitere Angaben

Die Verpflichtungen aus den Triple-Net-Mietverträgen (abgeschlossen in 2007) bezüglich der im Rahmen eines Sale-and-Rent-Back-Vertrages veräußerten und zurück gemieteten betrieblich genutzten Gebäude (Ursprungslaufzeiten von 10 bis 18 Jahre) betragen zum Jahresende 2016 3.300 TEUR p.a. inklusive Nebenkosten und Verwaltungskostenpauschale.

Für die Verpflichtung aus der Leistungsabnahme „Nutzung der Selbstbedienungsgeräte der Finanz Informatik“ (Laufzeit 01.07.2014 bis zum 30.06.2024) fallen nutzungsunabhängige Aufwendungen in Höhe von ca. 1.083 TEUR p.a. an.

Die Verpflichtung aus dem Leasingvertrag (Laufzeit bis April 2025) bezüglich des Neubaus eines Sparkassenkundenzentrums „Kundencenter Pinneberg“ beträgt p.a. ca. 905 TEUR. Die Verpflichtungen aus sonstigen Miet- und Leasingverträgen betragen p.a. ca. 240 TEUR.

Für die Abwicklung der ausgelagerten standardisierten Marktfolgeprozesse des Aktiv- und Passivgeschäftes sowie des Zahlungsverkehrs und des Wertpapiergeschäftes rechnet die Sparkasse in 2017 mit einem Aufwand von ca. 861 TEUR.

Das Honorar des Abschlussprüfers beträgt für Abschlussprüfungsleistungen 617 TEUR und für andere Bestätigungsleistungen 46 TEUR.

Die Sparkasse ist nach § 35 Abs. 1 Sparkassengesetz für das Land Schleswig-Holstein Mitglied des SGVSH. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, die gemeinsamen Angelegenheiten seiner Mitgliedssparkassen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wahrzunehmen und zu fördern. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors (unter anderem HSH Nordbank AG, Provinzial Nordwest AG, DekaBank AöR, LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG) gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen (z.B. aus Gewährträgerhaftung für Beteiligungsunternehmen) des Verbandes haftet den Gläubigern gegenüber allein der Verband. Der Verband kann einen nach Heranziehung der Sicherheitsrücklage verbleibenden Fehlbetrag von den Mitgliedssparkassen nach dem Verhältnis ihrer Einzelanteile einfordern. Der Verband erhebt nach § 37 Sparkassengesetz für das Land

Schleswig-Holstein eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht tragen. Die Sparkasse gehört dem Sparkassenstützungsfonds des SGVSH an. Der Sparkassenstützungsfonds ist Bestandteil des institutsbezogenen Sicherungssystems der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe, welcher elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft (freiwillige Institutssicherung). Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Zusammenschluss. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Ziel dabei ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise schützt die Institutssicherung auch sämtliche Einlagen der Kunden.

Das Sicherungssystem ist als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt (gesetzliche Einlagensicherung). Unabhängig von der Institutssicherung hat der Kunde gegen das Sicherungssystem jedenfalls einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen i. S. v. § 2 Absätze 3 bis 5 EinSiG bis zu den Obergrenzen gem. § 8 EinSiG (derzeit 100.000 Euro pro Person).

Die Sparkassen-Finanzgruppe hat das bisherige System der freiwilligen Institutssicherung für alle deutschen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen beibehalten. Zusätzlich erfüllt das Sicherungssystem auch die Anforderungen des EinSiG und wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Einlagensicherungssystem anerkannt.

Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen im Rahmen der freiwilligen Institutssicherung zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Der Einlagensicherungsfall hingegen würde von der BaFin festgestellt werden. In diesem Fall hat das Sicherungssystem die Funktion der Auszahlungsstelle.

Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation besitzt ein effizientes Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der verfügbaren Mittel (Barmittel und Nachschusspflichten).

Die Mittel für das Sicherungssystem werden durch Beiträge von den angehörenden Instituten erbracht. Der Gesetzgeber sieht vor, dass das Sicherungssystem seine finanziellen Mittel bis zum 3. Juli 2024 aufbaut. Die gesetzliche Zielausstattung beträgt dabei 0,8 Prozent der gedeckten Einlagen der Mitglieder des Sicherungssystems. Die künftigen Einzahlungsverpflichtungen in das nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 43 EinSiG als Einlagensicherungssystem anerkannte institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe belaufen sich am Bilanzstichtag auf Basis überschlägiger Ermittlungen und der getroffenen Annahmen auf insgesamt rund 10 Mio. EUR. Bis zum Erreichen des individuellen Zielvolumens in 2024 sind jährliche Beiträge zu entrichten.

Auf Antrag wurde die Sparkasse von der Inanspruchnahme einer Nachschusspflicht in Höhe von ca. 20,2 Mio. EUR gemäß § 16 Abs. 5 der Satzung des Sparkassenstützungsfonds des SGVSH (a.F.) unter einer auflösenden Bedingung befreit.

Für die subsidiären Einstandspflichten aus mittelbaren Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) hat die Sparkasse das Passivierungswahlrecht nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB in Anspruch genommen. Eine Quantifizierung möglicher Ausgleichsbeträge ist nicht möglich. Die Ausgestaltung der Verpflichtungen der Sparkasse aus ihrer Mitgliedschaft in der VBL stellt sich wie folgt dar:

Die Sparkasse ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führenden Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist Mitglied der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in Karlsruhe (VBL). Die VBL ist eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie steht unter der Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Aufgabe der VBL ist es, Arbeitnehmern der bei ihr beteiligten Arbeitgeber im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu zahlen. Die Finanzierung der Leistungen der VBL erfolgt über ein modifiziertes Abschnittsdeckungsverfahren (Umlageverfahren). Der ab dem 1. Januar 2016 beginnende Deckungsabschnitt dauert bis zum 31. Dezember 2022. Der Umlagesatz erhöhte sich im Rahmen der Umsetzung der Tarifeinigung ab dem 1. Juli 2016 auf 8,06 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte von 44,1 Mio. EUR. Davon werden 1,61 % durch die Arbeitnehmer getragen.

Künftig tragen die Arbeitgeber einen Finanzierungsanteil im Rahmen des Umlageverfahrens entsprechend des periodischen Bedarfes in Höhe von 6,45 % bis zu 6,85 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Gesamtbezüge in Höhe von 1.441 TEUR gezahlt. Für diese Personengruppen bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 20.935 TEUR und noch nicht gebildete Rückstellungen aus

der Neubewertung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz von 2.006 TEUR, die gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB spätestens bis zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr mit mindestens einem Fünftel durchgeführt werden müssen.

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstandes ist der Verwaltungsrat zuständig. Der Verwaltungsrat orientiert sich dabei an den Empfehlungen des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein. Mit den Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung wurden nicht vereinbart. Neben der Festvergütung erhalten die Mitglieder des Vorstandes eine leistungsbezogene variable Vergütung.

Die Gesamtbezüge des Vorstands gemäß § 285 Nr. 9a) HGB beliefen sich im Berichtsjahr auf 1.299 TEUR.

Dem Vorstandsvorsitzenden Andreas Fohrmann wurden eine Festvergütung in Höhe von 401.904 EUR und eine variable Zahlung in Höhe von 120.571 EUR gezahlt. Darüber hinaus erhielt er sonstige Vergütungen in Höhe von 14.409 EUR.

Dem Vorstandsmitglied Martin Deertz wurden eine Festvergütung in Höhe von 289.087 EUR und eine variable Zahlung in Höhe von 86.726 EUR gezahlt. Darüber hinaus erhielt er sonstige Vergütungen in Höhe von 18.507 EUR.

Dem Vorstandsmitglied Eduard Schlett wurden eine Festvergütung in Höhe von 273.976 EUR und eine variable Zahlung in Höhe von 82.193 EUR gezahlt. Darüber hinaus erhielt er sonstige Vergütungen in Höhe von 11.934 EUR.

Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Die Dienstzeit der Mitglieder des Vorstandes endet im Falle der Verlängerung der bestehenden Verträge spätestens mit Ablauf des Monats, in dem sie ihr 68. Lebensjahr vollenden.

Der Barwert des Pensionsanspruches für Andreas Fohrmann beläuft sich zum 31.12.2016 auf 630.682 EUR, im Jahr 2016 wurden der Pensionsrückstellung 242.400 EUR zugeführt. Der Barwert des Pensionsanspruches für Martin Deertz beläuft sich zum 31.12.2016 auf 970.326 EUR, im Jahr 2016 wurden der Pensionsrückstellung 144.546 EUR zugeführt. Der Barwert des Pensionsanspruches für Eduard Schlett beläuft sich zum 31.12.2016 auf 319.458 EUR, im Jahr 2016 wurden der Pensionsrückstellung 97.365 EUR zugeführt. Bei Nichtverlängerung der Dienstverträge haben die Vorstandsmitglieder Andreas Fohrmann und Martin Deertz Anspruch auf Zahlung von Pensionsbezügen. Diese würden auf Basis des aktuellen Standes für Andreas Fohrmann 135.361 EUR p.a. und für Martin Deertz 122.139 EUR p.a. betragen. Das Vorstandsmitglied Eduard Schlett erreicht den Anspruch erst bei Verlängerung seines Vertrages.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 2.114 TEUR gewährt.

Die Aufwandsentschädigungen des Verwaltungsrats gemäß § 285 Nr. 9a) HGB beliefen sich im Berichtsjahr auf 180 TEUR.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten entsprechend der „Richtlinie über die Entschädigung der Mitglieder des Verwaltungsrates“ öffentlich-rechtlicher Sparkassen des SGVSH i.V.m. § 21 SpkG monatliche Aufwandsentschädigungen in Abhängigkeit von ihrer Mitgliedschaft im Verwaltungsrat, in seinen satzungsmäßigen Ausschüssen, der kalenderjährlichen Sitzungsanzahl der Ausschüsse und/oder ihrer Tätigkeit als Vorsitzender oder Stellvertreter des Vorsitzenden des Gremiums. Im Geschäftsjahr 2016 wurden folgende erfolgsunabhängige Aufwandsentschädigungen gezahlt: Volker Andresen 3.720,00 EUR, Karl-Heinz Bahr 7.200,00 EUR, Hans-Helmut Birke 10.800,00 EUR, Klaus G. Bremer 7.200,00 EUR, Martina Denkena 7.200,00 EUR, Stefan Diephaus 7.200,00 EUR, Uwe Döring 2.690,32 EUR, Thomas Giese 7.200,00 EUR, Kai Gräper 7.200,00 EUR, Doris Grote 7.200,00 EUR, Andrea Hansen 10.800,00 EUR, Gerd Kühl 7.200,00 EUR, Edda Lessing 7.200,00 EUR, Jörn Magarin 8.568,00 EUR, Wolfgang Meyer-Lomberg 7.200,00 EUR, Jan Peter Schröder 10.800,00 EUR, Uwe Schwarzenberger 7.200,00 EUR, Kerstin Seyfert 7.200,00 EUR, Regina Spörel 8.568,00 EUR, Oliver Stolz 14.400,00 EUR, Dr. Olaf Taurus 12.600,00 EUR, Henning Wulf 10.800,00 EUR.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurden Kredite in Höhe von 1.150 TEUR ausgereicht.

Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB: Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Südholstein, Herr Andreas Fohrmann, ist seit dem 1. Juli 2015 Mitglied im Aufsichtsrat der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG (Hamburg/Kiel).



Organe der Sparkasse Südholstein

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Oliver Stolz, Landrat, Kummerfeld

Stellvertreter des Vorsitzenden

Jan Peter Schröder, Landrat, Bad Segeberg
Dr. Olaf Taurus, Oberbürgermeister, Neumünster

Mitglieder

Volker Andresen, Geschäftsführer i.R., Neumünster (ab 25.06.2016)
Karl-Heinz Bahr, Sparkassenangestellter, Breitenburg
Hans-Helmut Birke, Fachoberlehrer i.R., Elmshorn
Klaus G. Bremer, Studiendirektor i.R., Elmshorn
Martina Denkena, Sparkassenangestellte, Pinneberg
Stefan Diephaus, Sparkassenangestellter, Trappenkamp
Uwe Döring, Landesminister a.D., Neumünster (bis 15.05.2016)
Thomas Giese, Abteilungsleiter Technologieentwicklung, Pinneberg
Kai Gräper, Sparkassenangestellter, Klein Rönna
Doris Grote, Pharmazeutisch-technische Assistentin, Norderstedt
Andrea Hansen, Bürgermeisterin, Uetersen
Gerd Kühl, Rentner, Rechtsanwalt, Neumünster
Edda Lessing, Realschulkonrektorin i.R., Henstedt-Ulzburg
Jörn Magarin, Rechtsanwalt, Sparkassenangestellter, Rellingen
Wolfgang Meyer-Lomberg, Sparkassenangestellter, Wedel
Uwe Schwarzenberger, Sparkassenangestellter, Moorrege
Kerstin Seyfert, Referentin Marketing und PR, Pinneberg
Regina Spörel, Dipl.-Kfm., Unternehmensberaterin, Norderstedt
Henning Wulf, Polizeidirektor i.R., Bad Segeberg

Vorstand

Andreas Fohrmann, Sparkassendirektor (Vorsitzender)
Martin Deertz, Sparkassendirektor
Eduard Schlett, Sparkassendirektor

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt)

Vollzeitbeschäftigte	561
Teilzeitkräfte	352
Insgesamt	913

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die zu einer abweichenden Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geführt hätten.

Neumünster, den 18. April 2017

DER VORSTAND



Andreas Fohrmann
Vorstandsvorsitzender



Martin Deertz
Vorstandsmitglied



Eduard Schlett
Vorstandsmitglied

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2016 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparkasse Südholstein, Neumünster, hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Südholstein besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Südholstein definiert den Umsatz als Saldo aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands (Erträge / Aufwendungen saldiert) und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 134.972 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 782.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 6.690 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 4.486 TEUR. Die Steuern betreffen ausschließlich laufende Steuern.

Die Sparkasse Südholstein hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Südholstein für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

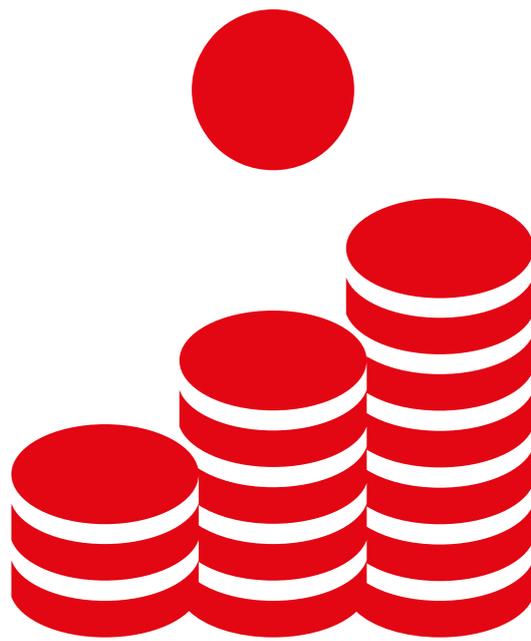
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den **19.** Mai 2017

SPARKASSEN- UND GIROVERBANDES FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN
- PRÜFUNGSSTELLE -




Hammelstein
Wirtschaftsprüfer



Sparkasse Südholstein
Kieler Straße 1
24534 Neumünster

Telefon: 0800 10 10 181
Fax: 0800 10 10 182
E-Mail: service@spksh.de
Internet: www.spk-suedholstein.de